

IWF-Jahresbericht 2019

Unsere vernetzte Welt



IWF-Jahresbericht 2019

Unsere vernetzte Welt



Botschaft des amtierenden Geschäftsführenden Direktors

Liebe Leserinnen und Leser,
die Weltwirtschaft
befindet sich derzeit in
einer heiklen Phase: Der
Anfang 2018 verzeichnete
Aufschwung hat vor allem
wegen der wachsenden
Spannungen im Handel
an Fahrt verloren.
Zunehmende Anfälligkeiten
im Finanzsektor
und geopolitische
Unsicherheiten stellen
weitere Bedrohungen
dar. Angesichts dieser
Herausforderungen gilt
es für die politischen
Entscheidungsträger,
keine Fehlentscheidungen
zu treffen und auf allen
Ebenen die richtigen
politischen Maßnahmen
zu ergreifen – im eigenen
Land, grenzüberschreitend
und weltweit.

Durch die Politik sind
Bedingungen
zu schaffen,
unter denen
die Menschen
erfolgreich
sein können.



In erster Linie sind durch die Politik
Bedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen
erfolgreich sein können. Durch intelligent gestaltete Haushaltspolitik, in der
Wirtschaftswachstum, Schuldentragfähigkeit und soziale Absicherung in einem
ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen, lässt sich Ungleichheit verringern.
Angemessene Strukturreformen können zu Produktivitätssteigerungen führen und
langfristiges, inklusives Wachstum ankurbeln. Das ist vor allem für jene wichtig,
die im bestehenden System auf der Strecke geblieben sind. Die Bekämpfung der
verschiedenen Arten von Korruption ist entscheidend für den Spielraum, der
den Staaten für den Auf- und Ausbau ihrer Infrastruktur und die Ausweitung der
öffentlichen Dienstleistungen zur Verfügung steht. Die Korruptionsbekämpfung
dient auch der Wiederherstellung des Vertrauens.

Auf globaler Ebene kommt keinem Thema eine größere Rolle zu als dem Handel.
Die Handelsintegration hat in den vergangenen Jahren weltweit enorme Vorteile
gebracht. Doch nicht alle haben davon profitiert, und es gibt Verzerrungen im
Handelssystem, die es zu beseitigen gilt. Um das internationale Handelssystem zu
bewahren und zu modernisieren, ist ein gemeinsames Vorgehen unerlässlich.

Auch das internationale System der
Unternehmensbesteuerung sollte überdacht
werden – zusätzlich zu seiner gerechteren
Gestaltung sind veränderte
weltwirtschaftliche Gegebenheiten
abzubilden und die Interessen von
Schwellen- und Entwicklungsländern
angemessen zu berücksichtigen.



Auf globaler Ebene
kommt derzeit
keinem Thema
eine größere
Rolle zu als
dem Handel.

Internationaler Währungsfonds Und schließlich müssen die Länder gemeinsame Herausforderungen – vom Klimawandel bis zum rasanten technologischen Wandel – gemeinsam angehen.

Wie dieser *Jahresbericht* zeigt, arbeiten das Exekutivdirektorium und der Mitarbeiterstab mit großem Einsatz daran, die IWF-Mitgliedsländer durch politische Beratungstätigkeit, Kreditprogramme und Kapazitätsentwicklungsarbeit zu unterstützen. Neben mehreren groß angelegten Überprüfungen der Konditionalität, der Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Kreditfazilitäten haben wir unsere Analyse zu handelsbezogenen Spillover-Effekten und Finanzstabilität vertieft und arbeiten derzeit an der Umgestaltung der Rahmenwerke für die Bewertung der Schuldentragfähigkeit in einkommensschwachen Ländern und Ländern mit Marktzugang. Die Analyse in den Bereichen Finanztechnologie, digitale Wirtschaft und Zukunft der Arbeit haben wir intensiviert, und unsere Arbeit zu Ungleichheit und Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsthema verankert. Wir arbeiten weiterhin mit unseren Mitgliedern an der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Die Geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagarde, hat sich vor Kurzem entschlossen, sich anderen Herausforderungen zu widmen. In den acht Jahren, die sie an der Spitze des IWF stand, hat sich der IWF gewandelt – was seine Ausrichtung, seine Effektivität und seinen Ruf angeht. Mit ihrem Weitblick und ihrem Engagement leistete Christine Lagarde in einem entscheidenden Moment für die Weltwirtschaft einen wichtigen Beitrag. Ich nutze diese Gelegenheit, um ihr für die hervorragende Führung unserer Institution zu danken. Ich bin zuversichtlich, dass der IWF seinen Mitgliedern mit der richtigen Politik und Zusammenarbeit weiterhin bei der Steuerung der Weltwirtschaft durch diese heikle Phase zur Seite stehen kann.



Gemeinsamen
Herausforderungen

müssen sich
die Länder
gemeinsam
stellen.



David Lipton

Amtierender Geschäftsführender Direktor

Inhalt



TEIL 1: Übersicht

Einleitung	1
Botschaft des amtierenden Geschäftsführenden Direktors	1
Über den IWF	4
Schlaglichter – Gemeinsame Verantwortung, geteilter Lohn	4
Für den Handel eintreten	5
Die Finanzstabilitätsanalyse vertiefen	8
Die Verschuldung angehen	11
Digitale Dividenden einfahren	14
Globale Chancen fördern	17
Höhepunkte aus den Regionen	20
Asien und Pazifik	20
Afrika südlich der Sahara	22
Europa	23
Naher Osten und Nordafrika	26
Westliche Hemisphäre	27



TEIL 2: Die Arbeit des IWF

Volkswirtschaftliche Überwachung	30
Einleitung	31
Bilaterale Überwachung	31
Regionale Überwachung	32
Multilaterale Überwachung	32
Politische Beratungstätigkeit	33
Finanzsektor	34
Fiskalpolitische Themen	35
Andere Themen	38
Daten	38
Kreditvergabe	42
Nicht konzessionäre Mittel	43
Konzessionäre Mittel	50
Vereinbarung zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik	51
Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik	52
Überwachung in der Folgezeit von Programmen	53
Kapazitätsentwicklung	54
Einleitung	55
Höhepunkte: Fiskalisches	57
Höhepunkte: Monetäres	59
Höhepunkte: Statistik	60
Höhepunkte: Rechtliches	62
Kapazitätsentwicklung des IWF in Zahlen	65
Partnerschaften für Kapazitätsentwicklung	68
Globale Themenfonds für Kapazitätsentwicklung	69
Regionale Zentren für Kapazitätsentwicklung	69

Schaubilder

1.1 Die Kosten von Handelsspannungen	6	2.1 Im Rahmen des General Resources Account gebilligte Vereinbarungen während der GJ 2010–19 mit Ende zum 30. April	44
1.2 Erhöhte Risiken	10	2.2 Ausstehende nicht konzessionäre Kredite, GJ 2010–19	44
1.3 Staatsvermögen und Staatsschulden	12	2.3 Ausstehende konzessionäre Kredite, GJ 2010–19	50
1.4 In Asien sind 65 % der Fertigungsroboter weltweit im Einsatz	16	2.4 Kostenanteile der wichtigsten Arbeitsbereiche des IWF, GJ 2019	64
1.5 Die Finanzierungslücke angehen	19	2.5 Ausgaben für Kapazitätsentwicklung, GJ 2015–19	64
1.6 Die langfristigen Folgen des Brexit	23	2.6 Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Region, GJ 2016–19	65
1.7 Bruttoexporte von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen in die USA, 2017	25	2.7 Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Einkommensgruppe, GJ 2016–19	65
1.8 Einbußen durch US-Einfuhrzölle auf Fahrzeuge und Fahrzeugteile	25	2.8 Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Thema, GJ 2016–19	65
1.9 Wiederherstellung der Tragfähigkeit	27	2.9 Teilnahme an Ausbildung nach Einkommensgruppe, GJ 2015–19	67
		2.10 Ausbildungsteilnehmer nach Herkunftsregion, GJ 2015–19	67



TEIL 3: Über den IWF

ÜBER DEN IWF..... 73

Organigramm des IWF.....	73
Exekutivdirektoren	74
Turnusmäßige Wahl der Exekutivdirektoren 2018	76
Geschäftsleitung.....	78
Leitende Mitarbeiter.....	80
Personalwesen und Prioritäten.....	83

Unsere Ressourcen und Governance..... 84

Haushalt und Einkommen	84
Einkommensmodell, Gebühren, Vergütung, Lastenteilung und Nettoertrag.....	85
Quoten: Die Geldquellen des IWF.....	88
Sonderziehungsrecht	88

Rechenschaftspflicht

Risikomanagement beim IWF.....	89
Prüfungsverfahren	89
Unabhängiges Evaluierungsbüro	91
Transparenz	95
Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder.....	96
Weiterführende Literatur	100
Akronyme und Abkürzungen	103
Begleitschreiben an den Gouverneursrat	104

Das Geschäftsjahr des IWF (GJ) beginnt jeweils am 1. Mai und endet am 30. April.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Analysen und politischen Überlegungen sind die der Exekutivdirektoren des IWF.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR). In US-Dollar umgerechnete Finanzdaten des IWF stellen nur Näherungswerte dar und sind zur leichteren Verständlichkeit angegeben. Am 30. April 2019 belief sich der Wechselkurs SZR/US\$ auf 1 US\$ = 0,721626 SZR, der Wechselkurs US\$/SZR lag bei 1 SZR = 1,38576 US\$. Die Wechselkurse des Vorjahres (30. April 2018) beliefen sich auf 1 US\$ = 0,695380 SZR und 1 SZR = 1,43806 US\$.

In der deutschen Fassung steht Mio. für Million, Mrd. für Milliarde (eintausend Millionen) und Bio. für Billion (eintausend Milliarden). Geringfügige Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

In diesem *Jahresbericht* bezieht sich der Begriff „Land“ nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Hier wird dieser Begriff auch für Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, für die aber statistische Daten auf getrennter und unabhängiger Basis erhoben werden.

Tabellen

2.1 Im Rahmen des General Resources Account (GRA) gebilligte Vereinbarungen im GJ 2019	43
2.2 Konditionen für GRA-Kredite	46
2.3 Konzessionäre Fazilitäten	48
2.4 Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen und Kredite im GJ 2019	51
2.5 Themen- und Länderfonds des IWF für Kapazitätsentwicklung	71
2.6 Regionale Zentren für Kapazitätsentwicklung des IWF	72
3.1 Haushalt nach den wichtigsten Ausgabenkategorien, GJ 2018–21	84
3.2 Verwaltungsausgaben	85
3.3 Rückstände gegenüber dem IWF, die mindestens sechs Monate überfällig sind, nach Art mit Stand 30. April 2019	87

Kästen

2.1 Kapazitätsentwicklung: Umbasierung des BIP in IWF-Mitgliedsländern	62
2.2 Ein regionales Zentrum für technische Hilfe für den Kaukasus, Zentralasien und die Mongolei.....	68
2.3. 25-Jahr-Feier für das Pacific Financial Technical Assistance Center... ..	70
2.4 Hochrangig besetztes Peer-to-Peer-Forum: Geldpolitik in den ASEAN-Ländern	71
3.1 Ausscheidende und neue leitende Mitarbeiter im Portrait.....	82
3.2 Fortschritte bei der Gebäuderenovierung von HQ1	86
3.3 „Big 5“-Projekte	87
3.4 Risikosteuerung mit Sicherungsbewertungen	90

Über den IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine global tätige Organisation mit 189 Mitgliedsstaaten und wurde mit dem Ziel gegründet, das Wohlergehen der Weltwirtschaft zu fördern. Mit seiner Arbeit zielt der IWF darauf ab, die weltweite Kooperation in der Geldpolitik zu intensivieren, die Finanzstabilität zu sichern, den internationalen Handel zu erleichtern, zu mehr Beschäftigung und nachhaltigem Wirtschaftswachstum beizutragen sowie die Armut weltweit zu bekämpfen. Der IWF stellt mit seiner Aufsichtsfunktion das reibungslose Funktionieren des internationalen Währungssystems sicher. Zu seinen Hauptaufgaben zählt es, die Wechselkursstabilität zu fördern sowie die Ausweitung und ein ausgewogenes Wachstum des Welt Handels zu erleichtern. Dies ermöglicht den Ländern (und ihren Bürgerinnen und Bürgern) den Austausch von Waren und Dienstleistungen und ist unabdingbar, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzielen und den allgemeinen Lebensstandard anzuheben. Alle Mitgliedsländer des IWF sind in dessen Exekutivdirektorium vertreten. Letzteres erörtert die nationalen, regionalen und globalen Folgen der Wirtschaftspolitik eines jeden Mitglieds und entscheidet über die Vergabe von IWF-Krediten an die Mitgliedsländer, um ihnen bei vorübergehenden Zahlungsbilanzproblemen und kapazitätsbildenden Maßnahmen zu helfen. Dieser *Jahresbericht* erfasst die Tätigkeiten des Exekutivdirektoriums, der Geschäftsführung und des Mitarbeiterstabs des IWF im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2018 bis zum 30. April 2019. Die Inhalte spiegeln die Ansichten und politischen Erörterungen des IWF-Exekutivdirektoriums wider, das aktiv an der Ausarbeitung dieses *Jahresberichts* mitwirkte.

Die zentralen Aufgaben des IWF

Im Mittelpunkt der IWF-Arbeit stehen drei zentrale Aufgaben:

Beratung der Mitgliedsländer bei der Einführung von politischen Maßnahmen zur Gewährleistung makroökonomischer Stabilität, zum Ankurbeln der Konjunktur und zur Linderung von Armut.

Gewährung vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsländer für die Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen, etwa bei Devisenknappheit, weil Zahlungen an andere Länder die Deviseneinnahmen übersteigen.

Bereitstellung von technischer Hilfe und Ausbildung auf Antrag eines Mitgliedslandes für den Auf- und Ausbau von Fachwissen und Institutionen zur Umsetzung einer soliden Wirtschaftspolitik.

Das Hauptquartier des IWF befindet sich in Washington, D.C. Mit Büros in aller Welt trägt der IWF seiner globalen Reichweite Rechnung und unterhält enge Beziehungen zu seinen Mitgliedsländern. Weitere Informationen über den IWF und seine Mitglieder sind auf der Website des IWF verfügbar: www.imf.org.

Schlaglichter

Gemeinsame Verantwortung, geteilter Lohn

Angesichts wachsender wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Unsicherheiten intensiviert der IWF seine Bemühungen, die internationale Zusammenarbeit zu stärken und zugleich den Bedürfnissen der Mitglieder gerecht zu werden. Im vergangenen Jahr hat sich die politische Beratungstätigkeit des IWF auf folgende Bereiche konzentriert:

- 1 Für den Handel eintreten** durch Bewahrung des regelbasierten Handelssystems (und Forderung nach dessen Modernisierung)
- 2 Die Finanzstabilitätsanalyse vertiefen** zur Sicherung des globalen Finanzsystems
- 3 Die Verschuldung angehen,** um Anfälligkeiten zu reduzieren, und in die Zukunft der Menschen investieren
- 4 Digitale Dividenden einfahren** durch verbesserte Wirtschafts- und Sozialpolitik
- 5 Globale Chancen fördern** durch bürgernahe Politik im eigenen Land und weltweit



FÜR DEN HANDEL EINTRETEN

Grundsätzlich wird der globale Handel seiner Funktion als Wachstumsmotor gerecht, doch nun muss das Handelssystem überholt werden.

Der Handel ist ein gewichtiger Wachstumstreiber, in letzter Zeit wird seine Rolle jedoch in Frage gestellt. Denn seine oft als selbstverständlich hingegenommenen Vorteile können mit Kosten einhergehen, die häufig übersehen werden. Zugleich entstehen derzeit Spannungen im Regelwerk für den Welthandel, das über mehrere Generationen hinweg für ein beispielloses Wirtschaftswachstum gesorgt hat. Diese Spannungen haben mit Fragestellungen zu tun, die zu lange ungelöst gelassen wurden. Der IWF strebt in seiner Forschungstätigkeit die Klärung dieser Fragen an.

Frühere Forschungsergebnisse zeigten auf, wie der Handel aufgrund der länderübergreifenden Verbreitung von Technologien zu Einkommenssteigerungen und einer Anhebung des allgemeinen Lebensstandards führen kann. Darauf aufbauend bot die Oktoberausgabe 2018 des *World Economic Outlook* (WEO) anschauliche Szenarien zu den möglichen Auswirkungen zunehmender Spannungen in den Handelsbeziehungen zwischen den USA und China. Der Analyse zufolge würde die Weltwirtschaft insgesamt in Mitleidenschaft gezogen: Langfristig wäre ein Rückgang des weltweiten BIP von 0,4 Prozent zu verzeichnen (das entspricht einem Rückgang um 340 Mrd. US\$ bezogen auf den Dollarwert von 2018). Im Jahr 2019 würden sich die Einbußen in den USA auf nahezu 1 Prozent und in China auf 1,6 Prozent des BIP belaufen. Ein Großteil dieses Rückgangs wäre auf den Negativeffekt von Vertrauenseinbußen (niedrigere Investitionen) und restriktivere Finanzierungsbedingungen (höhere Finanzierungskosten) zurückzuführen.

Des Weiteren wurde in der Ausgabe des WEO vom April 2019 dargelegt, dass bilaterale Handelsbilanzen – in denen die wertmäßige Differenz zwischen den Exporten und Importen zweier Länder erfasst wird – stärker von makroökonomischen Maßnahmen als von Zöllen beeinflusst werden. Makroökonomische Maßnahmen umfassen etwa starke fiskalpolitische Anreize, die die Gesamtnachfrage ankurbeln und das Handelsbilanzdefizit eines Landes ausweiten würden, oder Subventionen für Staatsbetriebe, was Letzteren einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ausländischen Unternehmen verschaffen und den Handelsbilanz-

überschuss des Landes erhöhen würde. Darüber hinaus sind dem Bericht zufolge bilaterale Zölle zur Beseitigung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte nicht zielführend, weil sie zu einer Handelsumlenkung führen. Ein offenes Handelssystem ist für die Aufrechterhaltung von Investitionen und Wirtschaftswachstum sehr wichtig, so der Bericht.

Zu diesen Erkenntnissen kommt auch der *External Sector Report 2018* (Bericht über den Außenwirtschaftssektor). Die globalen Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz beliefen sich auf rund 3¼ Prozent des globalen BIP. 40–50 Prozent davon wurden als übermäßig eingestuft und bestanden vor allem in fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Ohne geeignete Gegenmaßnahmen könnten sich diese übermäßigen Ungleichgewichte ausweiten und eine Bedrohung für die Stabilität des globalen Finanzsystems darstellen.

Das System der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Handelsregeln hat enorme Vorteile gebracht. Nun muss es überholt werden. Im Zuge der umfassenderen Diskussion zum Thema Handel wurde die laufende Stabsanalyse zur Modernisierung der Verhandlungs-, Transparenz- und Streitbeilegungsfunktionen der Welthandelsorganisation WTO vom Exekutivdirektorium erörtert. Damit das Handelssystem für alle Länder besser funktioniert, muss das WTO-Regelwerk für den Technologietransfer und für die (von unterschiedlichen Akteuren, einschließlich Staatsbetrieben, gewährten) Industrie- und Agrarsubventionen überarbeitet werden.

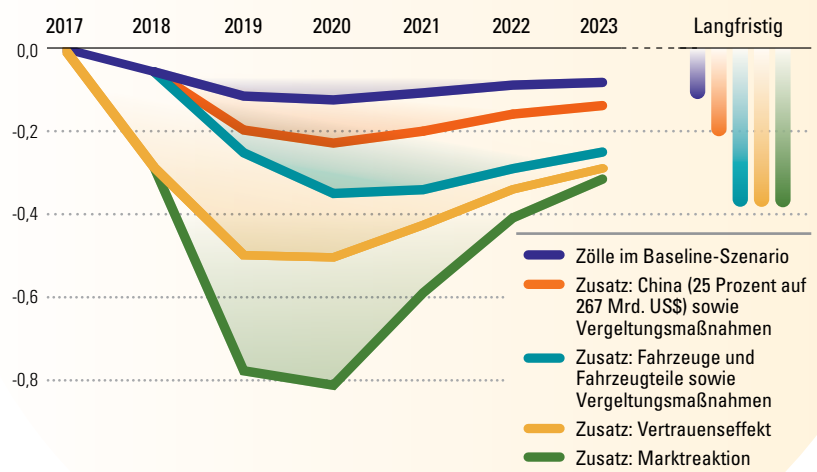
SCHAUBILD 1.1

Die Kosten von Handelsspannungen

Eine Eskalation der Handelsspannungen würde zu einem Rückgang des globalen BIP führen. Das wäre nicht nur der Beeinträchtigung des Warenverkehrs zuzuschreiben, sondern (was noch wichtiger ist) dem negativen Vertrauenseffekt und finanziellen Auswirkungen.

(Abweichung von der Baseline in Prozent)

Quelle: World Economic Outlook, Oktober 2018, Kapitel 1.





WISSENSWERTES

Handelsintegration im Maghreb



Regionale Handelsintegration kann ein wichtiger Motor für wirtschaftlichen Wohlstand sein. Dies gilt insbesondere für die Maghreb-Staaten, denen Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien angehören. Mit lediglich 5 Prozent am Gesamthandel liegt das intraregionale Handelsvo-

lumen auf einem der niedrigsten Werte weltweit. Als Hindernisse für die regionale Integration sind geopolitische Spannungen, eine restriktive Handelspolitik sowie Beschränkungen des Kapitalverkehrs zu nennen.

Durch ein höheres Maß an regionaler Integration würde ein Markt mit knapp 100 Millionen Menschen entstehen, die nominal über ein durchschnittliches Pro-Kopf-Jahreseinkommen von 4000 US\$ verfügen, was in Kaufkraftparitäten etwa 12 000 US\$ entspricht. Das würde die Attraktivität der Region für ausländische Direktinvestitionen steigern. Zugleich würden die Kosten für den Waren- und Kapitalverkehr sowie die Bewegung von Arbeitskräften innerhalb der Region sinken, und die Ressourcenallokation würde sich verbessern. Die intraregionale Integration könnte dazu beitragen, das langfristige Wachstum in jedem Maghreb-Staat um durchschnittlich 1 Prozent anzuheben.



HINTER DEN KULISSEN

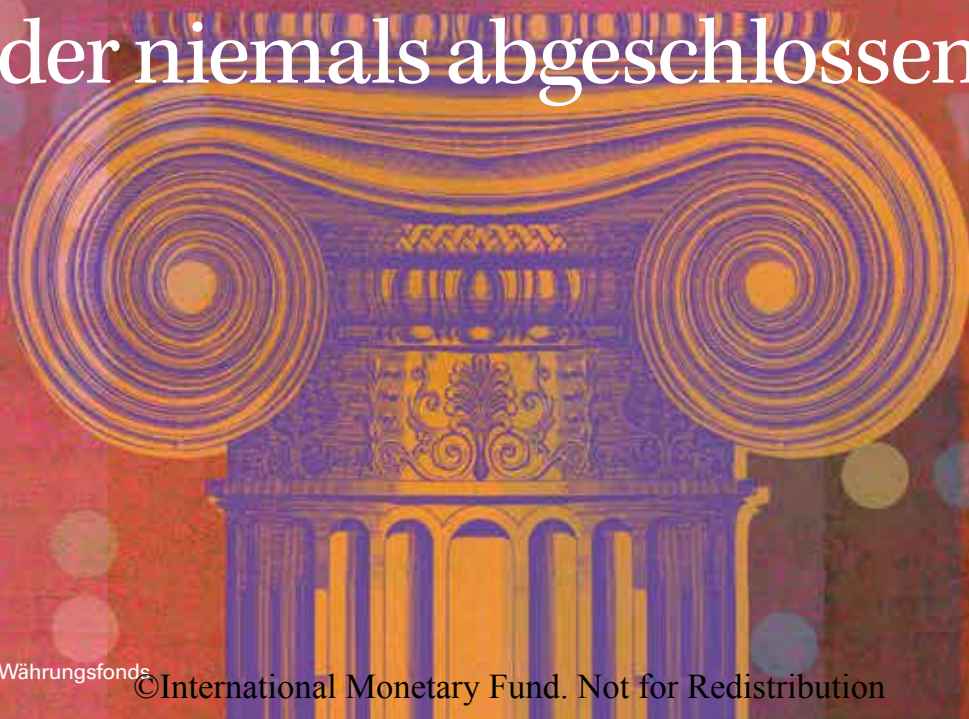
Modernisierung des internationalen regelbasierten Handelssystems

Im Gründungsjahr der WTO 1994 war der elektronische Handel (oder E-Commerce) praktisch noch kein Thema. Doch mittlerweile belaufen sich die weltweiten E-Commerce-Umsätze im Bereich B2B auf 23,9 Bio. US\$. Wenn das internationale Regelwerk den realen Entwicklungen hinterherhinkt, ist das Vorantreiben von Verhandlungen unumgänglich. Das gilt unter anderem auch für die Bereiche E-Commerce und Investitionserleichterungen, wobei auch flexible Ansätze wie „Koalitionen der Willigen“ zum Einsatz kommen. Fortschritte in diesen Bereichen wären ein schlüssiger Beleg für die Anpassungsfähigkeit und anhaltende Relevanz des multilateralen Handelssystems. Die im Januar 2019 von einer Gruppe von 76 Ländern angekündigte Aufnahme von Verhandlungen zum E-Commerce zeigt, wie vielversprechend das Beschreiten neuer Wege ist.



DIE FINANZSTABILITÄTSANALYSE VERTIEFEN

Die Sicherung des globalen Finanzsystems ist ein Prozess, der niemals abgeschlossen ist.



Politiker hätten gerne hellseherische Fähigkeiten, um Krisen vorhersagen und verhindern zu können. Angesichts der tiefen Spuren, die die globale Finanzkrise hinterlassen hat, arbeiten der Stab und die Finanzexperten des IWF hart daran, genau dies zu erreichen.

In der Aprilausgabe 2019 des *Global Financial Stability Report* (GFSR) wurde ein neues Analysetool vorgestellt, das Politikern helfen soll, die Wahrscheinlichkeit eines Abschwungs am Wohnimmobilienmarkt einzuschätzen, damit sie frühzeitig Maßnahmen zur Schadensbegrenzung ergreifen können. Die Daten aus diesem Tool namens „House-Prices-at-Risk“ werden in ein „Growth-at-Risk“ genanntes Modell eingespeist, in dem die Gefahr eines kurz- bis mittelfristig auftretenden drastischen Konjunkturerinbruchs anhand der vorherrschenden finanziellen Bedingungen eingeschätzt wird. Basierend auf fünf Parametern mit Einfluss auf die Wohnimmobilienpreise (darunter die Preisentwicklung der Vergangenheit und Kreditbooms) zeigt die Analyse, dass Ende 2017 in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften der Stichprobe eine geringere Wahrscheinlichkeit für einen Einbruch der inflationsbereinigten Wohnimmobilienpreise bestand als zehn Jahre zuvor. In den meisten aufstrebenden Volkswirtschaften war das Risiko 2017 hingegen höher als kurz vor Ausbruch der globalen Finanzkrise.

Die globale Finanzkrise ist nach wie vor eines der prägenden Ereignisse der heutigen Zeit. Angesichts der schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise waren konzertierte Bemühungen um eine globale Agenda für regulatorische Reformen des Finanzsystems zwingend erforderlich. Zehn Jahre danach lässt sich der Oktoberausgabe 2018 des GFSR zufolge eine deutliche Stärkung der Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors feststellen. Doch die Reformagenda ist noch nicht vollständig umgesetzt, und vor allem im unregulierten Bereich des Finanzsystems, dem sog. Schattenbanksystem, sind neue Risiken entstanden. Folglich sind die Aufsichtsbehörden weltweit gefordert, wachsam zu bleiben, und die Länder sind aufgerufen, ihr politisches Instrumentarium zu ergänzen. Es sei daran erinnert, dass Risiken tendenziell in guten Zeiten ansteigen, und sie entstehen auch in neuen, unerwarteten Ecken des Finanzsystems.

Vor allem im unregulierten Bereich des Finanzsystems sind neue Risiken entstanden.

Übersicht



WISSENSWERTES

Was sind Leveraged Loans?

In einem wachsenden Segment des Finanzsektors werden – üblicherweise von Bankenkonsortien arrangierte – Kredite an hoch verschuldete oder bonitätsschwache Unternehmen vergeben. Diese Kredite werden als „leveraged“ (gehebelt) bezeichnet, weil die Verschuldung des Kreditnehmers im Verhältnis zu seinem Vermögen oder Gewinn das branchenübliche Maß deutlich übersteigt. Der globale Markt für solche Kredite hat inzwischen ein Volumen von 1,4 Bio. US\$ erreicht. Das hat Politiker und Analysten dazu veranlasst, vor einer gefährlichen Verschlechterung der Kreditvergabestandards zu warnen.

Dafür gibt es mehrere Gründe: Für die meisten dieser Kredite kommen gelockerte Vergabestandards zur Anwendung, der Anlegerschutz ist schwächer und der Markt ist weniger transparent. Darüber hinaus wird ein großer Teil der Leveraged Loans gebündelt in Form von Collateralized Loan Obligations an andere Anleger (etwa Investmentfonds) weiterverkauft, und deren Verbindung zum Bankensektor ist nicht immer klar ersichtlich. Um einer Verschlechterung der Kreditvergabestandards entgegenzuwirken, ist die Entwicklung und Anwendung eines neuen Instrumentariums durch die Entscheidungsträger daher von zentraler Bedeutung. Nach der schmerzhaften Lektion über unvorhergesehene Gefahren für das Finanzsystem vor zehn Jahren sollten die politischen Entscheidungsträger eine weitere potenzielle Bedrohung keinesfalls übersehen.

HINTER DEN KULISSEN

Instrumente für die Risikoerkennung

Die Aprilausgabe 2019 des Global Financial Stability Report befasst sich näher mit der IWF-Methodik zur Quantifizierung von Schwachstellen im Finanzsystem. Das diesbezügliche Rahmenwerk dient der Überwachung und soll den Entscheidungsträgern erlauben, bei Bedarf vorbeugende Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen. Dabei werden die folgenden sechs Sektoren unter die Lupe genommen: Unternehmen, private Haushalte, Staat, Banken, Versicherungsunternehmen und andere Finanzinstitute (etwa Schattenbanken).

Bei einer Reihe von Schwachstellen werden Bestands- und Flussgrößen erfasst, darunter Leverage, Laufzeit- und Liquiditätsinkongruenzen zwischen Aktiva und Passiva sowie Währungsinkongruenzen. Die Daten über diese Schwachstellen werden auf regionaler und globaler Ebene erfasst und über 29 systemisch wichtige Länder aggregiert.

Welche Risiken wurden dabei aufgedeckt? In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften handelte es sich um Schwachstellen im Zusammenhang mit der steigenden Unternehmensverschuldung und dem Eingehen finanzieller Risiken in Kombination mit der sinkenden Bonität der Kreditnehmer. In den aufstrebenden Volkswirtschaften war es der Anstieg von benchmarkgetriebenen Kapitalzuflüssen, was diese Länder anfälliger gegenüber einer plötzlichen Umkehr der Kapitalströme macht.

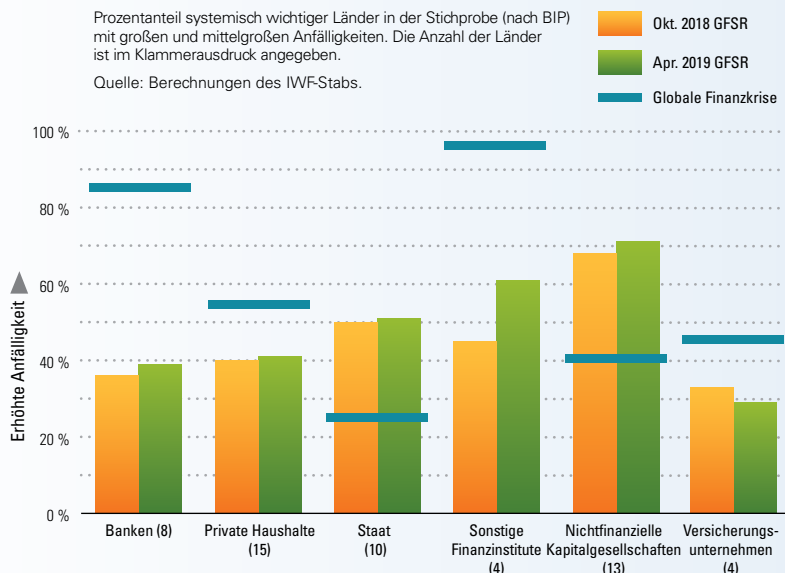
SCHAUBILD 1.2

Erhöhte Risiken

Seit der globalen Finanzkrise nehmen die Anfälligkeiten sowohl im öffentlichen als auch im nichtfinanziellen Sektor zu.

Prozentanteil systemisch wichtiger Länder in der Stichprobe (nach BIP) mit großen und mittelgroßen Anfälligkeiten. Die Anzahl der Länder ist im Klammerausdruck angegeben.

Quelle: Berechnungen des IWF-Stabs.





DIE VERSCHULDUNG ANGEHEN

Hohe Staatsschulden behindern Investitionen in die Zukunft der Menschen.

Die globale Verschuldung hat einen historischen Höchststand erreicht. Ende 2017 belief sie sich auf 184 Bio. US\$, was 225 Prozent des globalen BIP entspricht. An sich ist gegen Schulden in moderater Höhe nichts einzuwenden, sofern die Mittel effizient für wachstumsfördernde Zwecke eingesetzt werden. Doch eine hohe Verschuldung – die nicht unbedingt Anzeichen für eine Krise ist – führt häufig dazu, dass Mittel von produktiveren Verwendungszwecken abgezogen werden.

Durch Zinszahlungen für Staatsschulden werden Bildungs-, Gesundheits- und Infrastrukturausgaben verdrängt. Für Firmen bedeutet eine hohe Verschuldung, dass weniger Ressourcen für den Ausbau der Geschäftstätigkeit und neue Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Eine hohe Verschuldung der öffentlichen Hand beschränkt zudem den politischen Spielraum für Ausgabenerhöhungen oder Steuersenkungen zum Ankurbeln der Wirtschaft. Kurz gesagt, hohe Schulden schränken den fiskalischen Spielraum eines Landes ein. Im Mai 2018 erörterte das Exekutivdirektorium die Erfahrungen mit dem neuen IWF-Rahmenwerk für die Messung des fiskalischen Spielraums. Dabei wird der fiskalische Spielraum eines Landes nicht nur anhand der Höhe der Staatsschulden bestimmt. Auch handelt es sich nicht um ein statisches Konzept. Vielmehr kann der fiskalische Spielraum in Abhängigkeit vom Marktumfeld und von den wirtschaftlichen Bedingungen variieren. Es wird daher berücksichtigt, dass landesspezifische Umstände bei Entscheidungen für oder gegen die Nutzung des fiskalischen Spielraums den Ausschlag geben.

Auch die Aprilausgabe 2019 des *Fiscal Monitor* thematisiert die Bedeutung der Fiskalpolitik für den Umgang mit hohen Staatsschulden, wenn zugleich in die Zukunft der Menschen investiert werden soll. Hoch verschuldete Länder sollten durch Einnahmesteigerungen oder die Kürzung übermäßiger Ausgaben im Budget Spielraum für den nächsten Konjunkturabschwung schaffen. Auch müssen in der Fiskalpolitik der demografische Wandel und der Einsatz neuer Technologien berücksichtigt werden, da sie Auswirkungen auf das Wirt-

schaftswachstum und die Einkommensverteilung haben. Eine progressivere Besteuerung kann dazu beitragen, Ungleichheit zu mindern. Zudem lässt sich mit einer Reform der Besteuerung von großen, multinationalen Konzernen – insbesondere Digitalkonzernen – Gewinnverschiebungen ein Riegel vorschieben, durch die einkommensschwache Länder um dringend benötigte Steuereinnahmen gebracht werden.

Die Arbeit des IWF zur Unterstützung von Ländern bei der Bewältigung von hoher und steigender Schuldenanfälligkeit ist weiter vorangeschritten. Die G20 hat einen Vorschlag zur Stärkung der Schuldentransparenz und der nachhaltigen Kreditvergabe durch die Gläubigerländer vorgelegt. Im Juli 2018 wurde zur Verbesserung der Schuldentragfähigkeitsanalyse ein neues Rahmenwerk für die Bewertung der Schuldentragfähigkeit einkommensschwacher Länder eingeführt. Darin wird eine deutliche Ausweitung der Erfassung von Staatsschulden sowie der Berichtspflichten empfohlen. Ähnlich angelegte Gespräche werden vom Exekutivdirektorium auch zur Aktualisierung des Rahmenwerks für die Bewertung der Schuldentragfähigkeit von Ländern mit Marktzugang geführt.

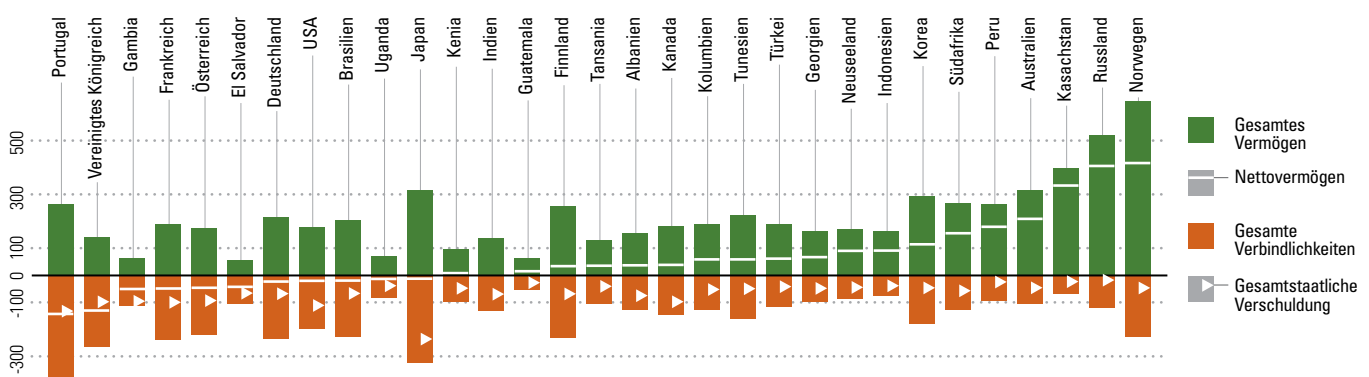
Dennoch gibt eine hohe Verschuldung nicht unbedingt Anlass zu großer Besorgnis. Denn die Schulden eines Staates spielen eine ebenso wichtige Rolle wie sein Vermögen. In der Oktoberausgabe 2018 des *Fiscal Monitor* wurde gezeigt, dass starke Bilanzen bei Konjunkturabschwüngen eine wichtige Pufferfunktion erfüllen. Doch wenige Staaten wissen Bescheid über ihre Aktiva – oder darüber, wie sie diese Mittel für das öffentliche Wohl einsetzen. Der konkrete Einsatz der Mittel spielt jedoch eine wichtige Rolle: Er kann sich in einer Erhöhung der Einkünfte um etwa 3 Prozent des BIP pro Jahr niederschlagen und zugleich risikosenkend wirken.

SCHAUBILD 1.3

Staatsvermögen und Staatsschulden

Analyse des Nettostaatsvermögens auf Basis der Bilanzen (Prozent des BIP)

Quelle: Schätzungen des IWF-Stabs. Hinweis: Daten von Ende 2016, mit folgenden Ausnahmen: Albanien (2013), Brasilien (2014), Gambia (2016), Guatemala (2014), Kenia (2013), Kolumbien (2016), Österreich (2013), Peru (2013), Portugal (2012), Russland (2012), Tansania (2014), Tunesien (2013), Türkei (2013), Uganda (2015).





HINTER DEN KULISSEN

Fiskalischer Spielraum vorhanden?

Als fiskalischen Spielraum bezeichnet man die Möglichkeiten eines Landes zur zeitlich befristeten Erhöhung seines Budgetdefizits, ohne seinen Marktzugang oder die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung aufs Spiel zu setzen. Es handelt sich um ein dynamisches Konzept – der fiskalische Spielraum kann sich mit dem Marktumfeld und der Konjunktur verändern. Im IWF-Rahmenwerk für die Messung des fiskalischen Spielraums werden daher mehrere Faktoren herangezogen, etwa die Zusammensetzung und Entwicklung der öffentlichen Verschuldung, der Finanzierungsbedarf und der Zugang zu Fremdmitteln sowie die Stärke der fiskalischen Institutionen.

Manche Länder verfügen über einen erheblichen fiskalischen Spielraum. Das zeigt sich unter anderem an ihrem Zugang zu einer stabilen und kostengünstigen Finanzierung über die Finanzmärkte sowie an soliden öffentlichen Finanzen und starken Institutionen. In anderen Ländern ist der fiskalische Spielraum hingegen stark eingeschränkt. Das zeigt sich an den höher bewerteten Risiken bei einer Finanzierung über die Finanzmärkte sowie am relativ hohen Niveau von Verschuldung, Finanzierungsbedarf oder Schulden dienstverpflichtungen.

Über fiskalischen Spielraum zu verfügen ist wie Geld auf der Bank zu haben. Ob dieser Spielraum tatsächlich genutzt werden soll, ist eine gänzlich andere Frage. Die Schaffung eines angemessenen fiskalischen Spielraums und seine vernünftige Nutzung, ohne die langfristigen Gesundheit der Volkswirtschaft zu gefährden, liegt in der Verantwortung der einzelnen Länder und ihrer Regierungen.

WISSENSWERTES

Wie steht es um den Wohlstand der Nationen?

Genau wie Privatpersonen verlieren auch Staaten gelegentlich den Überblick über ihre Finanzen. Sie führen zwar genaue Aufzeichnungen über ihre Schulden, über ihr Vermögen sind sie sich jedoch weit weniger im Klaren. Der IWF hat im Rahmen seiner Forschungstätigkeit das staatliche Nettovermögen von 31 Ländern analysiert.

Mit etwa 198 Prozent des BIP waren die Gesamtverbindlichkeiten in diesen Ländern weit höher als die Staatsschulden. Letztere machten weniger als die Hälfte dieser Verbindlichkeiten aus; der Rest entfiel zu einem Großteil auf die Pensionsverpflichtungen, wobei nur wenige Länder sie als solche ausweisen. Die Aktiva beliefen sich auf 101 Bio. US\$ oder 219 Prozent des BIP. Sie umfassen Bankeinlagen und Investitionen des Staates – etwa in Straßen, Brücken und Abwasserrohre – sowie Bodenschätze.

Was das bedeutet, soll am Beispiel Chinas erläutert werden. Im Jahr 2016 entsprach die Gesamtverschuldung des Landes 247 Prozent des BIP. Doch aufgrund jahrelanger hoher Infrastrukturinvestitionen verfügt China über erhebliche Vermögenswerte, die höher sind als seine Verbindlichkeiten. Das Nettovermögen – Vermögenswerte minus Verbindlichkeiten – liegt bei deutlich über 100 Prozent des BIP und damit auf dem höchsten Wert unter den aufstrebenden Volkswirtschaften. So sind die Risiken in Bezug auf die Verschuldung in China zwar hoch, doch das Land verfügt auch über Puffer.



An abstract graphic featuring a collage of elements: currency symbols (Euro, Pound, Yen, Dollar, Plus) in circles, circuit-like blue lines, a gear icon, a padlock, and orange robotic arms at the bottom. The background is a mix of green, yellow, and blue geometric shapes.

DIGITALE DIVIDENDEN EINFAHREN
Zur Umsetzung der
technologischen
Revolution bedarf
es entschlossenerer
politischer Maßnahmen.

Durch die Technologie ist unser Leben einem rasanten Wandel unterworfen. Sie ist verantwortlich für die Umgestaltung von Wirtschaftsmodellen, Arbeitsverhältnissen und Finanztransaktionen, um hier nur einige Beispiele zu nennen. Eine derart bahnbrechende Kraft birgt viele Chancen, wie die größerer finanzieller Inklusion. Doch kann sie auch Ängste hervorrufen, insbesondere bei Menschen, denen durch die Automatisierung der Verlust ihres Arbeitsplatzes droht. Der IWF konzentriert sich in seiner Arbeit auf Maßnahmen zur Überbrückung der digitalen Kluft, damit sich die Dividenden des digitalen Zeitalters einfahren lassen.

Weltweit haben ganze 1,7 Milliarden Erwachsene keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen. In diesem Umfeld stellt FinTech eine bahnbrechende Innovation dar. Nirgendwo auf der Welt ist dies offensichtlicher als in Afrika. In den letzten zehn Jahren ist die Verwendung von mobilem Geld exponentiell gestiegen, wodurch die Region zum Weltführer in Sachen Innovation, Annahme und Verwendung von Mobilgeld wurde. Es ist auch die einzige Region, in der sich das mobile Transaktionsvolumen auf nahezu 10 Prozent des BIP beläuft. Zum Vergleich: in Asien sind es nur 7 Prozent des BIP, in anderen Regionen sogar unter 2 Prozent.

Finanzinnovationen wie Krypto-Assets oder die Blockchain-Technologie erregen ebenfalls das Interesse der Notenbanken in aller Welt. So wird etwa sondiert, ob digitales Zentralbankgeld als gesetzliches Zahlungsmittel dienen könnte, so wie physisches Geld jetzt. Auch wird die Frage erörtert, wie Krypto-Assets im Rahmen der derzeit geltenden statistischen Normen und Klassifikationen in den makroökonomischen Statistiken zu behandeln sind, denn Krypto-Assets wie Bitcoin und digitale Tokens ohne Gegenposten auf der Passivseite entsprechen nicht der Definition eines finanziellen Vermögenswerts. FinTech führt zweifellos zu einer Demokratisierung von Finanzdienstleistungen auf der ganzen Welt, doch geht sie mit bestimmten Risiken und Herausforderungen einher. Zur Unterstützung der Mitgliedsländer bei der Nutzbarmachung der Vorteile von FinTech und der Bewältigung der damit einhergehenden Risiken lancierte der IWF gemeinsam mit der Weltbank im Oktober 2018 die Bali FinTech Agenda.

Auch die Art der Herstellung und Vermarktung von Waren und Dienstleistungen verändert sich durch die Digitalisierung. Ihrer Messung kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Der IWF gehört einer Expertengruppe an, die die Beiträge zum *Handbook on Measuring Digital Trade* verfasst.

Technologie kann nicht nur zur wirtschaftlichen Inklusion beitragen, sie kann auch zur wirtschaftlichen Spaltung führen. Ein Beispiel dafür ist die Marktmacht, die durch urheberrechtlich geschützte, immaterielle Vermögenswerte und Netzwerkeffekte auf sehr leistungsfähige und innovative Digitalunternehmen übertragen wird. Damit entsteht eine Dynamik, in der einigen wenigen Unternehmen der Löwenanteil des Marktes zufällt. Durch den technologischen Fortschritt verändert sich auch unsere Arbeitsweise. Das kann dazu führen, dass Menschen auf der Strecke bleiben. Neue Technologien – etwa künstliche Intelligenz, Automatisierung und Robotik – können ein breites Spektrum an menschlichen Fertigkeiten ersetzen und damit Arbeitsplätze, insbesondere die von Frauen, gefährden.

Weltweit stehen etwa 180 Millionen Arbeitsplätze in von Frauen dominierten Berufsfeldern auf dem Spiel. Das liegt daran, dass Frauen in ihrem Arbeitsleben tendenziell häufiger in Routinejobs tätig sind, und diese Jobs sind durch die Automatisierung am stärksten in Gefahr. Die Forschungsergebnisse des IWF zeigen jedoch, dass menschliche Arbeitskraft nicht durchweg ersetzbar ist. Durch den Einsatz künstlicher Intelligenz werden sich Arbeitsplätze wohl eher grundlegend verändern, als dass sie obsolet werden. Durch den technologischen Fortschritt kommt es zu Produktivitätssteigerungen, die im Laufe der Zeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und einem Anstieg der Einkommen und des allgemeinen Lebensstandard führen.

Wie lässt sich die bahnbrechende Kraft der Technologie zügeln und sinnvoll nutzen? Zum einen müssen die Länder Maßnahmen zur Reallokation von Arbeitskräften und zur Verkürzung von Leerlaufzeiten ergreifen. Doch ganz grundlegend müssen sie in ihre Bürger investieren und ihnen Möglichkeiten eröffnen. Konkret erfordert das neben geeigneten Umverteilungsmaßnahmen zielgerichtete Bildungsausgaben, die sich nach der Nachfrage am Arbeitsmarkt richten und Möglichkeiten für lebenslanges Lernen schaffen. Zudem werden Investitionen in die digitale Infrastruktur und bessere Rahmenbedingungen für den Wettbewerb benötigt, damit die Vorteile des technologischen Fortschritts gerecht geteilt werden.

Der technologische Fortschritt birgt unglaubliche wirtschaftliche und soziale Chancen. Doch er kommt nur dann allen zugute, wenn flankierend die richtigen politischen Maßnahmen ergriffen werden.





WISSENSWERTES

Was ist die Bali FinTech Agenda?

Länder in aller Welt sind bestrebt, sich die Vorteile und Chancen des rasanten Fortschritts im Bereich Finanztechnologie – durch den es zu grundlegenden Veränderungen bei der Erbringung von Bankdienstleistungen kommt – zunutze zu machen und zugleich die damit einhergehenden Risiken im Zaum zu halten. Die Bali FinTech Agenda des IWF und der Weltbank bietet ein Rahmenwerk, anhand dessen Länder ihre politischen Optionen abwägen und ihren spezifischen Umständen und Prioritäten entsprechend anpassen können. Die zwölf Elemente des Rahmenwerks beruhen auf Erfahrungswerten der Mitgliedsländer und umfassen ein breites Spektrum an Themen zur Förderung von FinTech, zur Sicherstellung der Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors, zur Bewältigung von Risiken und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und des Informationsaustausches.

HINTER DEN KULISSEN

Eine Belegschaft aus Menschen und Robotern?



Mit geschätzten 65 Prozent am weltweiten Einsatz von Industrierobotern im Jahr 2017 kommt Asien bei der Automatisierung eine Vorreiterrolle zu. Mit etwa 1 Million Robotern im Einsatz weist Asien die höchste Roboterichte (also die Anzahl von Industrierobotern pro 10 000 Beschäftigte) weltweit aus.

Neben seiner Rolle als Weltführer beim Einsatz von Industrierobotern ist Asien auch Marktführer bei der Roboterproduktion. Japan und Korea stehen hier mit Marktanteilen von 52 Prozent bzw. 12 Prozent an der Spitze.

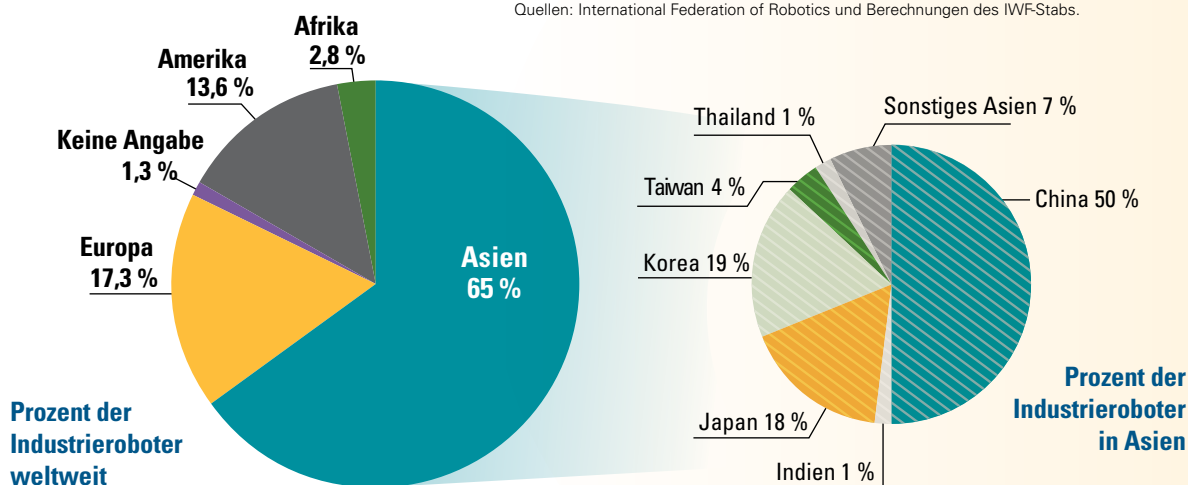
Robotertechnik und Automatisierung gehen nicht nur mit Wachstumschancen für die Region, sondern auch mit wirtschaftlichen Risiken einher. Davon betroffen sind insbesondere gering qualifizierte Arbeitskräfte im Niedriglohnssektor, auf deren Arbeit sich die Rolle der Region als Fabrik der Welt gründet.

Nun liegt es an den politischen Entscheidungsträgern, den durch Roboter-technik und Automatisierung verursachten Störungen der Arbeitsmärkte durch die Schaffung von Arbeitsplätzen entgegenzuwirken, ohne Innovationen zu bremsen. Neben der Umverteilung von Einkommen und Sicherheitsnetzen erfordert das eine Neuausrichtung des Bildungssystems, Investitionen in die physische und regulatorische Infrastruktur zur Unterstützung von Unternehmertum und Innovation sowie die Bewältigung von Herausforderungen an den Arbeitsmärkten.

SCHAUBILD 1.4

In Asien sind 65 % der Fertigungsroboter weltweit im Einsatz

Quellen: International Federation of Robotics und Berechnungen des IWF-Stabs.



Globale Chancen fördern

Bürgernahe Politik vor Ort, auf globaler Ebene.



Angeichts der Herausforderungen durch den rasanten technologischen Fortschritt, den demografischen Wandel und den Klimawandel wenden sich viele zunehmend vom System der globalen Zusammenarbeit und Wirtschaftsintegration ab, das in den vergangenen Jahrzehnten enorme Vorteile gebracht hat. Eine Neuausrichtung der Politik auf nationaler und internationaler Ebene ist daher dringend erforderlich.

Dazu sind im Inland durch die Politik Bedingungen zu schaffen, die es den Menschen erlauben, erfolgreich zu sein. In besonderem Maß gilt das für aufstrebende Volkswirtschaften und Entwicklungsländer, wo die Herausforderung darin besteht, ausreichend Erwerbsarbeit für die große junge Bevölkerung anzubieten. In vielen dieser Volkswirtschaften gehen bis zu 20 Prozent der erwerbsfähigen Jugendlichen weder einer Arbeit nach noch gehen sie zur Schule. Wenn es gelingt, die Nichterwerbsquote von Jugendlichen auf das Niveau in fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu senken, würde das die Wirtschaftsleistung um 5 Prozent steigern. Neben Maßnahmen zur Arbeitsmarktflexibilisierung und zur Verbesserung der Qualität des Beschäftigungsangebots geht es vor allem um Maßnahmen zur Stützung der Gesamtnachfrage und zum Ankurbeln der Konjunktur.

Für eine Wiederherstellung des Vertrauens in Regierungen und Institutionen bedarf es politischer Rahmenbedingungen, die die Inklusion und Chancen für alle fördern. Dabei spielt die Bekämpfung der Korruption und der Ursachen der Ungleichheit eine entscheidende Rolle. In Ländern mit vergleichsweise wenig Korruption sind die Steuereinnahmen den Forschungsergebnissen des IWF zufolge um 4 Prozent des BIP höher als in den (hinsichtlich Entwicklungsstand vergleichbaren) Ländern mit der höchsten Korruption. Darüber hinaus sind politische Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs auf dem Markt und zur gerechteren Aufteilung der Handels- und Technologievorteile erforderlich.

Bestandsaufnahme des IWF zu seiner Arbeit in Pilotländern zum Thema Ungleichheit: Der politische Dialog wurde dahingehend erweitert, dass nun auch die Auswirkungen von Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum sowie die Verteilungseffekte von Maßnahmen und Reformen berücksichtigt werden. Eine Bestandsaufnahme der Bemühungen des IWF um die Gleichstellung der Geschlechter deutet ebenfalls darauf hin, dass Gleichstellungsfragen von makroökonomischer Relevanz sind. Daher wird diese Querschnittsthematik als integraler Bestandteil in die Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF aufgenommen.

Um sich Herausforderungen zu stellen, die für einzelne Länder alleine nicht lösbar sind, und die Länder beim Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu unterstützen, bedarf es eines verstärkten gemeinsamen Vorgehens. Die Arbeit des IWF legt nahe, dass für die Umsetzung der in der Agenda 2030 verankerten Ziele zusätzliche Ausgaben in Höhe von 0,5 Bio. US\$ in einkommensschwachen Entwicklungsländern erforderlich sind. In aufstrebenden Volkswirtschaften sind es 2,1 Bio. US\$. Mittels eingehender Analysen politischer Maßnahmen und gezielter Kapazitätsentwicklungsarbeit wird der IWF seine Mitglieder weiterhin dabei unterstützen, dass sie die Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen. Unter anderem wird er ihnen bei der Erarbeitung von Strategien für die Mobilisierung von Geldern aus verschiedenen Quellen helfen.



Dazu sind im Inland durch die Politik Bedingungen zu schaffen, die es den Menschen erlauben, erfolgreich zu sein.

WISSENSWERTES

Die Geschlechterkluft in den Führungsetagen der Banken überwinden

Frauen sind auf allen Ebenen des globalen Finanzsystems unterrepräsentiert, sei es als Kontoinhaberin oder Kreditnehmerin, im Vorstand der Banken oder in der Bankenaufsicht. Sie machen weniger als 2 Prozent der CEOs von Finanzinstituten und weniger als 20 Prozent der Vorstandsmitglieder aus. Die Überwindung der Geschlechterkluft hat auch konkrete Auswirkungen auf die Stabilität von Banken: Banken mit einem höheren Frauenanteil im Vorstand wiesen höhere Eigenkapitalpuffer, einen niedrigeren Anteil notleidender Kredite und eine höhere Stressresistenz auf. Der Grund dafür ist, dass in der Vielfalt Stärke liegt. Unter dem Strich könnte also eine stärkere Einbindung von Frauen – nicht nur als Kundinnen und Anbieterinnen von Finanzdienstleistungen, sondern auch in der Aufsicht – Vorteile bringen, die über die Beseitigung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten hinausgehen.

SCHAUBILD 1.5

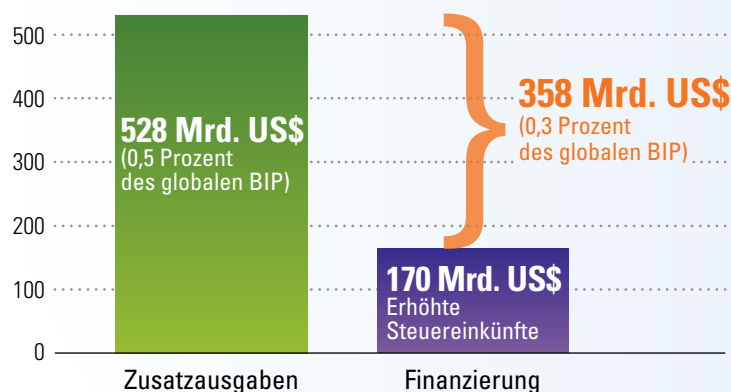
Die Finanzierungslücke angehen

In einkommensschwachen Entwicklungsländern werden die Steuereinkünfte nicht ausreichen, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu finanzieren; Mittel aus anderen Quellen werden benötigt.

(Milliarden US-Dollar bezogen auf den Dollarwert von 2016)

Hinweise: Unter „Zusatzausgaben“ sind die jährlichen Zusatzausgaben zu verstehen, die in einkommensschwachen Entwicklungsländern für nennenswerte Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Straßen, Elektrizität, Wasser und Abwasser getätigt werden müssen.

Quellen: Berechnungen des IWF-Stabs auf Basis von Gaspar et al. (2019).



HINTER DEN KULISSEN

Die Finanzierung der Agenda 2030

Die Fortschritte beim Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung hängen maßgeblich davon ab, ob ein Land für wesentliche Bereiche, etwa Gesundheit, Bildung und Infrastruktur, höhere Ausgaben aufbringen kann. Schätzungen des IWF zufolge belaufen sich die jährlichen Zusatzausgaben für einkommensschwache Länder im Schnitt auf 15 Prozentpunkte des BIP. Für aufstrebende Volkswirtschaften werden die Kosten mit 4 Prozentpunkten des BIP beziffert.

Zusammengenommen entsteht für einkommensschwache Länder ein Finanzierungsbedarf in Höhe von 0,5 Bio. US\$ bzw. 0,5 Prozent des globalen BIP. Ein Drittel davon könnte durch staatliche Mehreinnahmen gedeckt werden, sodass eine Finanzierungslücke in Höhe von 0,3 Prozent des weltweiten BIP bestehen bleibt.

Ob bzw. in welchem Ausmaß sich diese Lücke schließen lässt, wird von mehreren Faktoren abhängen: zum einen von Effizienzsteigerungen bei den öffentlichen Ausgaben und zum anderen von verschiedenen globalen öffentlichen Gütern wie Transparenz, offenem Handel und geopolitischer Stabilität. Durch den Privatsektor, öffentliche Entwicklungshilfe, philanthropische Aktivitäten und internationale Finanzinstitutionen bereitgestellte Mittel können dazu beitragen, die verbleibende Lücke rascher zu schließen.

Asien und Pazifik

Jahrestagung 2018 in Indonesien

Mehr als 11 000 Menschen aus aller Welt kamen anlässlich der Jahrestagung 2018 von IWF und Weltbank nach Bali (Indonesien).

Kennzeichnend für die Phase rund um die Jahrestagung, die erstmals seit der Tagung 2006 in Singapur wieder in Südostasien stattfand, war die Sorge über das stagnierende Wachstum und die steigenden Handelsspannungen. Zur Bewältigung der Herausforderungen im Handelssektor durch die Turbulenzen und die entstandene Vertrauenskrise rief der IWF zu einem neuen Multilateralismus auf. In diesem Sinne legte der IWF gemeinsam mit der Weltbank und anderen Partnern die Bali FinTech Agenda vor. Dabei handelt es sich um eine Anleitung für politische Entscheidungsträger, die einen Umgang mit neuen Risiken finden und das Potenzial von FinTech erschließen und allen zugutekommen lassen möchten.

Die Jahrestagung war auch eine Gelegenheit für Indonesien, seine zunehmend wichtige Rolle in der Welt hervorzuheben und seinen kulturellen Reichtum zu präsentieren. Durch die erstmalige Teilnahme der Staats- und Regierungschefs aller zehn Mitglieder des Verbands Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) wurde die Jahrestagung zu einem historischen Ereignis.

Im Vorfeld der Jahrestagung in Indonesien veröffentlichte die Abteilung Asien und Pazifik des IWF zwei Bücher – „*Realizing Indonesia's Economic Potential*“ und „*The ASEAN Way*“ –, in denen die wirtschaftspolitischen Empfehlungen des IWF für Südostasien beleuchtet werden.



Das wirtschaftliche Potenzial Indonesiens erschließen

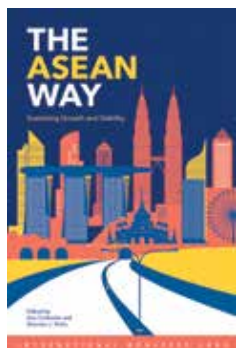
In dem Buch „*Realizing Indonesia's Economic Potential*“ werden Indonesiens bemerkenswerte Fortschritte während der letzten beiden Jahrzehnte anhand einer umfassenden und integrierten makroökonomischen Analyse nachgezeichnet. Das dank umsichtiger Politik und Struktur-reformen starke und stabile Wirtschaftswachstum hat Millionen Menschen einen höheren Lebensstandard beschert. Zur Sicherung dieses Wohlstands müssen die politischen Maßnahmen jedoch ständig an sich verändernde wirtschaftliche Gegebenheiten angepasst werden, so die Autoren. Dem Buch zufolge könnte ein wohldurchdachtes Maßnahmenpaket aus Steuer-, Struktur- und Finanzreformen mittelfristig zu einer Beschleunigung der jährlichen Wachstumsrate um 1 Prozentpunkt auf 6,5 Prozent führen.





Der ASEAN-Ansatz

Das zweite Buch, „*The ASEAN Way*“, befasst sich mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, den die fünf ASEAN-Gründungsmitglieder Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand während der letzten zwei Jahrzehnte verzeichneten. Dabei wird das konsensbasierte Vorgehen in der Zusammenarbeit und bei der Handels-, Finanzmarkt- und Arbeitsmarktintegration auf dem Weg zu einer Wirtschaftsgemeinschaft der ASEAN-Staaten hervorgehoben. Dieser Ansatz, der sich während der letzten zwei Jahrzehnte in der Region gut bewährt hat, gilt auch für die Zukunft als erfolgversprechend.



Unterstützung für Chinas Reformagenda

Angesichts der Umstellung von rasantem zu qualitativ hochwertigem Wachstum und der Bemühungen um die Rückführung der Unternehmensverschuldung ist es für Chinas Wirtschaft nun wichtiger denn je, unabhängig von der Eigentümerstruktur (Staats- oder Privatunternehmen, in- oder ausländisches Unternehmen) für eine effiziente Ressourcenallokation zu sorgen.

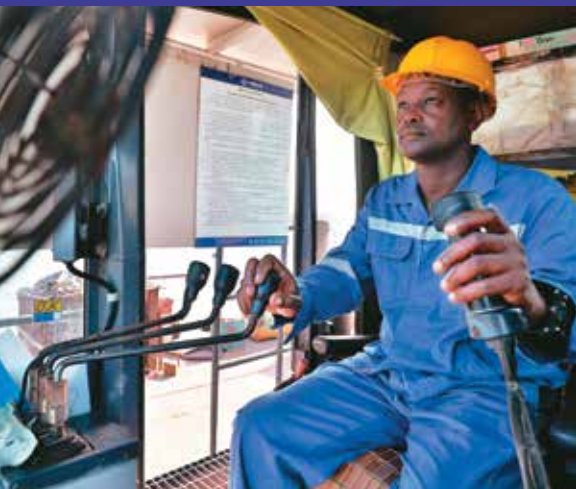
Die Schaffung eines wettbewerbsneutralen Umfelds stellt eine Herausforderung dar und ist ein Thema, das in einer ganzen Reihe von Ländern und internationalen Organisationen eine Rolle spielt. Vor Kurzem wurde die Wettbewerbsneutralität von den chinesischen Behörden an die erste Stelle ihrer Reformagenda gerückt. Anlässlich der vom IWF und der People's Bank of China zur Unterstützung der Agenda veranstalteten siebten hochrangig besetzten Konferenz zu Marktöffnung und Wettbewerbsneutralität im April 2019 wurden die bestehenden Entwicklungen bewertet, die Reformpläne der Behörden erörtert und Reformvorschläge auf Basis internationaler Erfahrungswerte eingebracht.

An der Konferenz nahmen internationale und chinesische Experten sowie Vertreter von Regulierungsbehörden, internationalen Organisationen und des Privatsektors teil. Die im Rahmen der Konferenz gewonnenen Erkenntnisse fließen maßgeblich in die Artikel-IV-Konsultationen 2019 ein und werden voraussichtlich auch in der Arbeit des IWF zum Kapazitätsaufbau – etwa über das neue Zentrum für Kapazitätsentwicklung von China und IWF (CICDC) und im Rahmen von Kooperationsverträgen mit manchen staatlichen Stellen – berücksichtigt.

Afrika südlich der Sahara

Die Zukunft der Arbeit

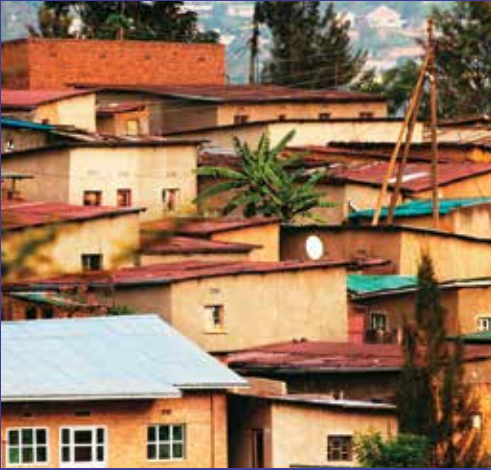
Damit Afrika südlich der Sahara seine wachsende Erwerbsbevölkerung absorbieren kann, müssen dort in den nächsten 20 Jahren 20 Millionen Arbeitsplätze jährlich geschaffen werden. Laut einer von der Afrika-Abteilung des IWF herausgegebenen Studie mit dem Titel „The Future of Work in Sub-Saharan Africa“ könnten in der Region – bedingt durch Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur und beim Lohnniveau – der Automatisierung weniger Arbeitsplätze zum Opfer fallen als in fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Doch die Automatisierung wird voraussichtlich zu einem Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte führen. Für die Schaffung von Arbeitsplätzen sind Integration und Vernetzung entscheidend. Auch für ein inklusives Wachstum sind mehrere Faktoren wesentlich: eine gut ausgebaute herkömmliche und digitale Infrastruktur, ein Bildungssystem, das mit sich verändernden Qualifikationsanforderungen Schritt halten kann, Konzepte für intelligente Urbanisierung, Sicherheitsnetze für einen volatilen Arbeitsmarkt sowie ein hohes Maß an Handelsintegration.



Die CEMAC-Region und die Arbeit des IWF

Dank der sogenannten CEMAC-Strategie (CEMAC steht für Central African Economic and Monetary Community bzw. Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft) ist es gelungen, trotz anhaltender Herausforderungen eine Krise abzuwenden. Die makroökonomische Anpassung wird durch den strafferen geldpolitischen Kurs, Fortschritte bei der Finalisierung des neuen geldpolitischen Rahmens und Devisenvorschriften unterstützt. Zwei Länder haben jedoch nach wie vor keine Finanzierungsvereinbarung mit dem IWF getroffen. Obwohl die Ölpreise über den Projektionen liegen, bleiben die Devisenreserven hinter den Erwartungen zurück. Eine Konjunkturerholung in der CEMAC-Region ist nur möglich, wenn die Abwärtsrisiken beseitigt werden. Verzögerungen bei der Verabschiedung der IWF-gestützten Programme mit der Republik Kongo und Äquatorialguinea, niedrigere Ölpreise und weltweit restriktivere Finanzierungsbedingungen könnten den Aufschwung bremsen. Hingegen würden eine Diversifizierung der Wirtschaft, eine Verbesserung des Geschäftsumfeldes und das Zurückdrängen der wahrgenommenen Korruption zu einer Verbesserung der Wachstumsaussichten in den CEMAC-Ländern beitragen.





Angola und Ruanda

Die Zusammenarbeit mit Angola und Ruanda veranschaulicht das Engagement des IWF in der Region im GJ 2019.

Im Dezember 2018 wurde die Extended Fund Facility (Erweiterte Fondsfazilität) für Angola im Umfang von 3,7 Mrd. US\$ (361 Prozent der Quote) genehmigt. Mit dem Programm soll die Haushaltsdisziplin gestärkt, die Inflation gesenkt, die Wechselkursflexibilität gefördert, die Stabilität des Finanzsystems verbessert und dem Druck in Korrespondenzbank-Beziehungen entgegengewirkt werden. Durch das Fördern der Haushaltsdisziplin sendet das Programm positive Signale an die Stakeholder.

Ruanda konnte seine Vereinbarung mit dem IWF im Rahmen des Policy Support Instrument erfolgreich zu Ende führen. Das Exekutivdirektorium schloss die zehnte (und letzte) Prüfung im November 2018 ab, und das Programm lief nach fünf Jahren am 1. Dezember 2018 aus. Mit dem Programm wurde ein Beitrag zur Wahrung der makroökonomischen Stabilität, zur Förderung inklusiven Wachstums und zur Bekämpfung der Armut geleistet. Von den ruandischen Behörden und dem IWF-Stab wurde auf Mitarbeiterebene eine Vereinbarung abgeschlossen, die einen zukünftigen Antrag für ein IWF-gestütztes Nachfolgeprogramm vereinfachen könnte.

Europa

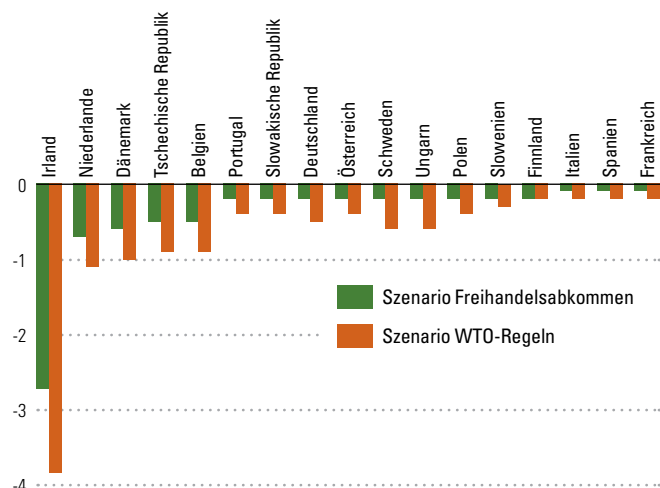
Die langfristigen Folgen des Brexit für die Europäische Union

Zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich bestehen enge wirtschaftliche Verflechtungen. Durch den Brexit kommt es zu stärkeren Spannungen in den Wirtschaftsbeziehungen, was einer Studie des IWF-Stabs mit dem Titel „Euro Area Policies“ zufolge Kosten für beide Seiten nach sich ziehen wird. Bei Abschluss eines standardmäßigen Freihandelsabkommens würde das BIP der verbleibenden 27 EU-Mitgliedstaaten im Vergleich zu einem Szenario ohne Brexit langfristig um bis zu 0,8 Prozent sinken. Bei einer Rückkehr zu den Regeln der Welthandelsorganisation WTO würde der Rückgang 1,5 Prozent ausmachen. Wie sich der Brexit genau auswirkt, wird wohl gemerkt von den Ergebnissen der laufenden Verhandlungen abhängen und sich stark von Land zu Land unterscheiden. Unter ausschließlicher Berücksichtigung des Handels wären insbesondere Irland, Belgien und die Niederlande von einem erheblichen langfristigen Rückgang der Wirtschaftsleistung betroffen.

SCHAUBILD 1.6

Die langfristigen Folgen des Brexit

Rückgang der Wirtschaftsleistung in Prozent gegenüber einem Szenario ohne Brexit



Quelle: Euro Area Policies — Selected Issues „Long-term impact of Brexit on the EU“ IWF-Länderbericht Nr. 18/224.

Europa (Fortsetzung)



Strukturreformen und Wirtschaftsresilienz in Europa

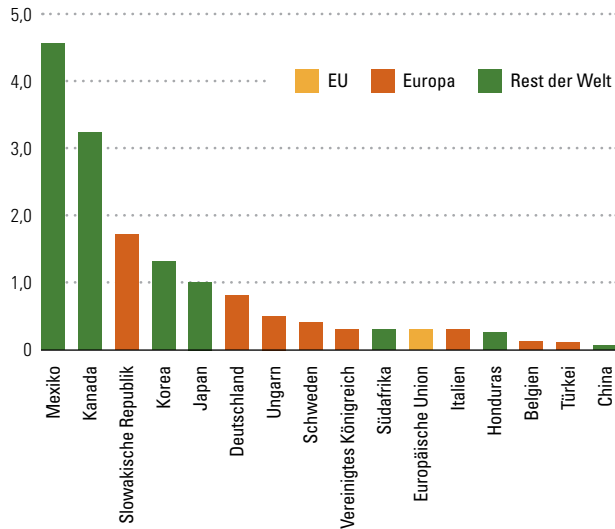
Im Euroraum bestehen nach wie vor erhebliche länderspezifische Unterschiede bei der wirtschaftlichen Resilienz. Diese bezeichnet das Vermögen einer Volkswirtschaft, Schocks standzuhalten und sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Zum Teil sind die Unterschiede darauf zurückzuführen, dass den einzelnen Ländern eine Abwertung ihres nominalen Wechselkurses nicht mehr zur Verfügung steht, um Schocks abzufedern. Dem IWF-Stab zufolge würden EU-weite strukturelle Veränderungen, etwa die Banken- und die Kapitalmarktunion sowie eine zentralisierte Fiskalpolitik, zu einer stärkeren Risikostreuung beitragen. Doch nicht einmal das ist eine wirksame Absicherung gegen alle Schocks. Hier kommt politischen Maßnahmen auf einzelstaatlicher Ebene eine wichtige Rolle zu. In einer Staff Discussion Note des IWF wird die Wirkung strukturpolitischer Maßnahmen auf Länderebene zur Bewältigung ökonomischer Schocks im Euroraum analysiert.

Anhand einer Kombination aus empirischen Methoden und Modellierungsansätzen gelangen die Autoren zu dem Schluss, dass an die landesspezifischen Umstände angepasste, wachstumsfördernde Reformen der Arbeits- und Produktmarktregulierung einzelnen Volkswirtschaften im Euroraum bei der Bewältigung negativer Schocks helfen würden. Verbesserte Insolvenzverfahren unterstützen eine effizientere Reallokation der Faktoren nach einem Schock. In der Note wird auch auf das Zusammenwirken von struktur- und konjunkturpolitischen Maßnahmen hingewiesen. Wenn eine Volkswirtschaft ein hohes Maß an Rigidität aufweist, erhöht dies ihre Anfälligkeit. Dadurch gerät die Fiskalpolitik stärker in Zugzwang. Für die Mitglieder einer Währungsunion gilt dies in besonderem Maß. Wirtschaftlich gute Zeiten sollten zur Ausweitung des fiskalischen Spielraums und zum Abbau von Rigiditäten genutzt werden, damit es in schwierigen Zeiten weniger Anlass für antizyklische Maßnahmen gibt und diese bei ihrem Einsatz wirksamer sind.

SCHAUBILD 1.7

Bruttoexporte von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen in die USA, 2017

Prozent des BIP

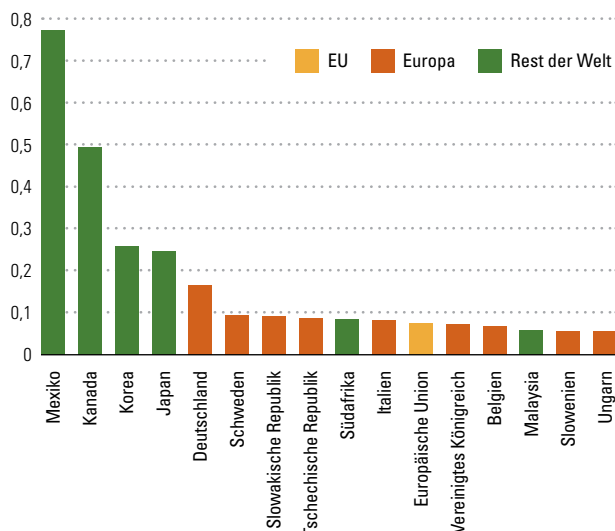


Quellen: EORA-Datenbank, UN COMTRADE und Berechnungen des IWF-Stabs.
Hinweis: In dem Szenario wird von einem Zoll von 25 Prozent auf US-Importe von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen ausgegangen.

SCHAUBILD 1.8

Einbußen durch US-Einfuhrzölle auf Fahrzeuge und Fahrzeugteile

Prozent des BIP



Quellen: EORA-Datenbank, UN COMTRADE und Berechnungen des IWF-Stabs.
Hinweis: In dem Szenario wird von einem Zoll von 25 Prozent auf US-Importe von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen ausgegangen.

Handelsspannungen, globale Wertschöpfungsketten und Spillover-Effekte

Europa ist sowohl innerhalb als auch außerhalb der Region stark in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden. Nahezu 70 Prozent der europäischen Gesamtexporte erfolgen in Verbindung mit vor- oder nachgelagerten Prozessen in der Lieferkette. Über diese komplexen Handelsverflechtungen würde sich die Einführung von Zöllen oder anderen Handelshemmnissen auf die europäischen Volkswirtschaften auswirken.

Eine IWF-Studie veranschaulicht, wie wichtig die Unterscheidung zwischen Bruttoexporten (dem herkömmlichen Maß) und dem Wertschöpfungsgehalt der Exporte für die Messung der Anfälligkeit gegenüber Außenhandelsschocks ist, denn die Differenz zwischen den beiden Werten ist in Europa besonders groß.

Als Beispiel werden in die USA exportierte europäische Fahrzeuge und Fahrzeugteile angeführt, die insgesamt 0,3 Prozent des BIP in der EU ausmachen (Schaubild 1.7). Sollte es, wie von den US-amerikanischen Behörden angedroht, zu einer Anhebung der Zölle um 25 Prozent kommen, würden sich die Einbußen in der Europäischen Union – unter Berücksichtigung der dadurch verursachten Produktionseinbußen in der gesamten Lieferkette – auf rund 0,1 Prozent des BIP belaufen. Dabei wären von den Verlusten mehr europäische Länder betroffen, als aus den Daten zu den Bruttoexporten ersichtlich ist. Die Tschechische Republik ist ein gutes Beispiel dafür, wie unterschiedlich die Verteilung der Einbußen je nach verwendeter Messgröße ausfällt.

Trotz ausgesprochen niedriger eigener Bruttoexporte von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen in die USA würde die Tschechische Republik (die in Schaubild 1.7 nicht einmal abgebildet ist) bei Berücksichtigung der Lieferkette auf Platz 4 der von den US-Fahrzeugzöllen am stärksten betroffenen EU-Länder landen (Schaubild 1.8). Anders gesagt verbirgt sich in den Fahrzeugexporten anderer EU-Länder in die USA eine Menge tschechischer Wertschöpfung.

Naher Osten und Nordafrika

Chancen für alle schaffen

Nach dem im Rahmen der Konferenz „Opportunity for all“ in Marrakesch im Januar 2018 ergangenen Handlungsappell legte der IWF im Juli 2018 beim Arabischen Wirtschaftsforum in Beirut (Libanon) ein Paper zum Thema inklusives Wachstum mit dem Titel „Opportunity for All: Promoting Growth and Inclusiveness in the Middle East and North Africa“ vor. Darin wird eingehend erläutert, wie das Wirtschaftswachstum mittels politischer Maßnahmen inklusiver gestaltet werden kann. Neben Beispielen für Reformen und den daraus gezogenen Lehren in der Region findet sich ein Plädoyer für die schnellere Umsetzung von Reformen in den Bereichen Governance; Wettbewerb, Handel und Technologie; Sozialausgaben und Steuergerechtigkeit sowie Schaffung von Arbeitsplätzen.

Bei der Präsentation des Papers bezeichneten Entscheidungsträger aus Politik und Privatwirtschaft die Agenda für inklusives Wachstum als potenzielle Vorlage für einen neuen Gesellschaftsvertrag in der Region. Ähnlich äußerten sich auch in den darauf folgenden zweitägigen Konsultationen zivilgesellschaftliche Organisationen und Journalisten, die ebenfalls einen diesbezüglichen Schwerpunkt in den IWF-Programmen forderten.

Jahrestagung 2021

Im April 2018 wurde verlautbart, dass die Jahrestagung der Weltbank und des IWF im Oktober 2021 in Marrakesch (Marokko) stattfinden wird. Die Vorarbeiten für die Veranstaltung sind bereits in vollem Gang – ein Team aus IWF- und Weltbankvertretern hat bereits vor Ort Gespräche mit den marokkanischen Behörden aufgenommen.



Die finanzielle Inklusion von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fördern

Im Nahen Osten und in Zentralasien, wo jährlich Millionen Menschen das erwerbsfähige Alter erreichen und die Arbeitslosigkeit schon jetzt hoch ist, stellt die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft eine große Herausforderung dar. Diesbezügliche Maßnahmen sollten auf die Entwicklung eines dynamischen KMU-Sektors setzen, und zwar insbesondere durch einen verbesserten Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten.

Laut einer im Februar 2019 vom IWF an der American University in Kairo vorgelegten Arbeit mit dem Titel „Financial Inclusion of Small and Medium-Sized Enterprises in the Middle East and Central Asia“ könnte ein verbesserter Finanzierungszugang für KMU erhebliche makroökonomische Vorteile für die Region bringen – und potenziell zur Schaffung von 15 Millionen Arbeitsplätzen bis 2025 beitragen.



Westliche Hemisphäre

Somalia auf dem Weg zur Stabilität

Seit der Anerkennung der Bundesregierung von Somalia durch den IWF im Jahr 2013 hat der IWF das Land nach dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg durch seine politische Beratungstätigkeit und technische Hilfe auf dem Weg in die wirtschaftliche Stabilität unterstützt. Auch wenn noch viel zu tun ist, hat Somalia durch den erfolgreichen Abschluss von drei aufeinanderfolgenden, von IWF-Mitarbeitern überwachten Programmen (Staff-Monitored Programs, SMPs) beträchtliche Fortschritte erzielt. Das Nachfolge-SMP (im Juli 2019) entspricht den Konditionalitätskriterien einer Vereinbarung über eine erweiterte Kredittranche (Upper-Credit Tranche Arrangement) und wurde vom Exekutivdirektorium entsprechend genehmigt. Das ebnet Somalia den Weg zu einer Entschuldung im Rahmen der Initiative zugunsten hochverschuldeter armer Länder (HIPC-Initiative). Somalia wird in der kommenden Periode voraussichtlich einer der größten Nutznießer der technischen Hilfe durch den IWF bleiben.



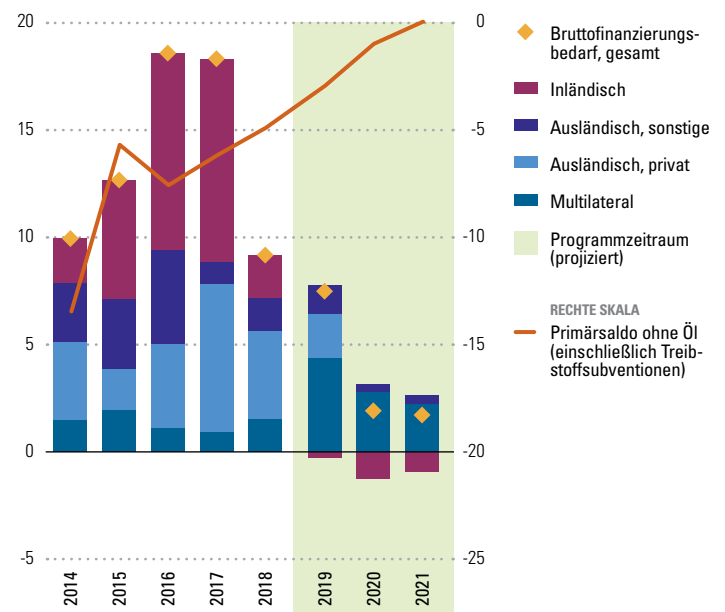
Ecuador

Im März 2019 einigten sich Ecuador und der IWF auf den Abschluss einer dreijährigen Vereinbarung im Rahmen der Extended Fund Facility in Höhe von 4,2 Mrd. US\$. Vorgesehen sind Maßnahmen zur Unterstützung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit, zur stärkeren institutionellen Verankerung der Dollarisierung des Landes, zur Sicherung der Schuldentragfähigkeit, zum Schutz der Armen und zur Bekämpfung der Korruption. Damit soll die Wirtschaft Ecuadors zugunsten aller Bürgerinnen und Bürger des Landes dynamischer und inklusiver gestaltet werden.

SCHAUBILD 1.9

Wiederherstellung der Tragfähigkeit

Haushaltsdefizit und Außenfinanzierung in Ecuador (Prozent des BIP)



Quellen: Zentralbank und Finanzministerium Ecuadors sowie Berechnungen des IWF-Stabs.

Westliche Hemisphäre

(Fortsetzung)



Brasilien: Konjunkturelle Berg- und Talfahrt und der Weg zur wirtschaftlichen Erholung

Brasiliens Wirtschaft erholt sich langsam nach einer Rezession historischen Ausmaßes, der ein gewaltiger Wirtschaftsboom vorangegangen war, und nun steht das Land an einem Scheideweg. In dem Buch mit dem Titel „Brazil: Boom, Bust, and the Road to Recovery“ werden neben einer Einschätzung der brasilianischen Wirtschaft politische Maßnahmen zum Ankurbeln der Produktivität und der Konjunktur erörtert. Die Präsentation des Buches fand im März 2019 in Rio de Janeiro und São Paulo sowie im Wilson Center in Washington, D.C. statt.



Die Katastrophen- und Klimaresilienz in der Karibik stärken

Im November 2018 wurde in Washington, D.C. vom IWF, der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank gemeinsam eine hochrangig besetzte Konferenz zur Stärkung der Katastrophen- und Klimaresilienz in der Karibik veranstaltet.

Ziel der Konferenz war es, den politischen Schwerpunkt in zweifacher Hinsicht zu erweitern: zum einen durch Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz im Vorfeld konkreter Ereignisse und zum anderen durch die Bestimmung geeigneter Reformen und Instrumente für diese Neuausrichtung. Bei den Konferenzteilnehmern herrschte Einigkeit darüber, dass die Folgen des Klimawandels mit größerer Dringlichkeit anzugehen sind. Mehrere Herausforderungen wurden angesprochen, darunter Kapazitätsengpässe, die hohen Kosten einer klimaresilienten Infrastruktur und die hohen Prämien für Versicherungen gegen Naturkatastrophen, die beschränkten Gebermittel für Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz im Vorfeld konkreter Ereignisse, das Fehlen angemessener Daten für die Risikokalkulation sowie Überlegungen der politischen Ökonomie beim Abwägen der hohen Vorabkosten und dem erst langfristig erkennbaren Nutzen. Die Konferenzteilnehmer sprachen sich nachdrücklich für eine weitreichende Übereinkunft zwischen den wichtigsten Akteuren (im Sinne eines „Grand Bargain“) als Katalysator für internationale Unterstützung aus. Zusätzlich zu Bemühungen der einzelnen Länder um Wiederherstellung der fiskalischen Nachhaltigkeit sind die Vorabkosten von Investitionen in die Resilienz und deren langfristiger Nutzen im Gesamthaushaltsrahmen zu berücksichtigen, so der Tenor. Die Ergebnisse der Konferenz flossen in das Paper „Building Resilience in Small States Vulnerable to Natural Disasters“ ein, das vom Exekutivdirektorium im Mai 2019 erörtert wurde.



TEIL 2:

Die Arbeit des IWF

Der IWF hat drei zentrale Tätigkeitsbereiche:

Volkswirtschaftliche Überwachung

1 Der IWF beaufsichtigt das internationale Währungssystem und überwacht die Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 189 Mitgliedsländer. Im Rahmen dieses Überwachungsprozesses, der sowohl auf globaler als auch auf einzelstaatlicher Ebene stattfindet, zeigt der IWF mögliche Risiken für die Stabilität auf und bringt sich beratend zu den notwendigen politischen Anpassungen ein.

119 Länder im Gesundheitscheck

70 Mrd. US\$ an acht Länder

sowie 325,7 Mio. US\$ an vier einkommensschwache Entwicklungsländer

Kreditvergabe

2 Der IWF vergibt Kredite an Mitgliedsländer mit (tatsächlichen oder potenziellen) Zahlungsbilanzproblemen, um sie beim Auffüllen der Währungsreserven, der Stabilisierung ihrer Währung, der fortlaufenden Bezahlung von Importen sowie bei der Wiederherstellung der Voraussetzungen für ein starkes Wirtschaftswachstum zu unterstützen. Zugleich wird eine Lösung der zugrunde liegenden Probleme angestrebt.

Kapazitätsentwicklung

3 Der IWF arbeitet mit Regierungen in aller Welt an der Modernisierung ihrer Wirtschaftspolitik und -institutionen und an der Ausbildung der Bürger und leistet damit einen Beitrag zu inklusivem Wachstum.

306 Mio. US\$

für praxisorientierte fachliche Beratung, politikorientierte Ausbildung und Peer Learning



Volkswirtschaftliche Überwachung

Im Zuge seiner Überwachungstätigkeit beaufsichtigt der IWF das internationale Währungssystem, überwacht weltwirtschaftliche Entwicklungen und nimmt einen Gesundheitscheck der Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 189 Mitgliedsländer vor. Des Weiteren zeigt der IWF mögliche Stabilitätsrisiken für seine Mitgliedsländer auf und berät deren Regierungen zu potenziellen Anpassungen ihrer Politik, damit das internationale Währungssystem seine Funktion erfüllen kann, den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital zu fördern und damit solides Wirtschaftswachstum zu unterstützen.

EINLEITUNG

Die Überwachungsarbeit des IWF umfasst die „bilaterale Überwachung“, für die der IWF die politischen Maßnahmen jedes Mitgliedslands bewertet und die Länder bei der Gestaltung der Maßnahmen berät, und die „multilaterale Überwachung“, also die Analyse der Weltwirtschaft bzw. einer Gruppe von Ländern mit gemeinsamen Merkmalen. Die Zusammenführung der bilateralen und multilateralen Überwachung ermöglicht dem IWF eine umfassendere und einheitlichere Analyse sogenannter Spillover-Effekte, die die möglichen Auswirkungen der Politik eines Landes auf andere Länder beschreiben. Darüber hinaus umfasst die Überwachungsarbeit des IWF auch regionale Finanzierungsvereinbarungen und Währungsunionen.

Kernstück der bilateralen Überwachung ist die Artikel-IV-Konsultation, benannt nach dem Artikel des IWF-Übereinkommens, der die Prüfung der wirtschaftlichen Entwicklungen und der Wirtschafts- und Finanzpolitik in jedem Mitgliedsland des IWF vorschreibt.

Die multilaterale Überwachung ist auf globale und regionale Wirtschaftstrends ausgerichtet und analysiert die Spillover-Effekte der politischen Maßnahmen seiner Mitglieder auf die Weltwirtschaft.

Der IWF überwacht auch regionale und globale Wirtschaftstrends und analysiert die Auswirkungen, die die Politik eines Mitgliedslands auf seine Nachbarn und die Weltwirtschaft haben kann. Er veröffentlicht regelmäßig Berichte und Analysen zu diesen Trends. Der *World Economic Outlook* (Weltwirtschaftsausblick) enthält eine ausführliche Analyse zur Weltwirtschaft und ihren Wachstumsaussichten und befasst sich u. a. mit den makroökonomischen Folgen von Turbulenzen an den globalen Finanzmärkten und potenziellen globalen Spillover-Effekten. Im Fokus stehen dabei insbesondere jene Effekte, die sich aus der Wirtschafts-, Haushalts- und Geldpolitik großer, global maßgebender Volkswirtschaften wie den USA, China und dem Euroraum ergeben können. Im *Global Financial Stability Report* (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems) wird eine Bewertung der globalen Kapitalmärkte sowie eine Einschätzung der finanziellen Ungleichgewichte und Schwachstellen vorgenommen, die die Finanzstabilität gefährden könnten. Der *Fiscal Monitor* bietet regelmäßig aktuelle mittelfristige Haushaltsprojektionen und bewertet Entwicklungen der öffentlichen Finanzen. In seinen *Regional Economic Reports* veröffentlicht der IWF ausführliche Analysen zu wichtigen Regionen der Welt.

BILATERALE ÜBERWACHUNG

Ablauf einer Artikel-IV-Konsultation:**Eine jährliche Bewertung**

Die Konsultationen decken eine Reihe von Themenbereichen mit makrokritischer Bedeutung ab (Haushalt und Finanzen, Devisen-, Geld- und Strukturpolitik) und konzentrieren sich dabei auf Risiken und Schwachstellen sowie die zur Gegensteuerung ergriffenen Maßnahmen. In den Konsultationsprozess sind Ökonomen und andere Mitarbeiter aus verschiedenen Abteilungen des IWF einbezogen. Artikel-IV-Konsultationen sehen einen politischen Dialog zwischen dem IWF und den Behörden des betreffenden Landes vor. Die Bewertung der Wirtschaftspolitik und des wirtschaftspolitischen Kurses eines Landes erfolgt im Rahmen von Treffen des IWF-Teams mit Regierungsbeamten und Vertretern der Zentralbank sowie anderen Stakeholdern, etwa Parlamentariern und Vertretern der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften. Der IWF-Stab legt dann normalerweise dem Exekutivdirektorium einen Bericht zur Erörterung vor. Damit ist die Konsultation abgeschlossen und der IWF übermittelt den Länderbehörden eine Zusammenfassung des Treffens. In den meisten Fällen wird die Bewertung durch das Direktorium als Pressemitteilung zusammen mit den entsprechenden Stabsberichten veröffentlicht, sobald das Mitgliedsland dieser Veröffentlichung zustimmt. Im Lauf des GJ 2019 führte der IWF 119 Artikel-IV-Konsultationen durch (Webtabelle 2.1).

Programm zur Bewertung des Finanzsektors

Zur Sicherung der globalen Finanzstabilität ist es unerlässlich, den Zustand der Finanzsektoren der Mitgliedsländer zu überprüfen. Alle fünf Jahre nimmt der IWF obligatorische Bewertungen für 29 Länder vor, deren Finanzsektoren als systemrelevant gelten. Zusätzlich bewertet der IWF die Finanzsektoren anderer Mitglieder auf freiwilliger Basis. Das dafür vorgesehene Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program, FSAP) umfasst eine eingehende Analyse der Risiken und Widerstandsfähigkeit sowie eine Beurteilung des politischen Rahmens und der bestehenden Sicherheitsnetze des Finanzsektors. Auf dieser Grundlage werden wichtige politische Empfehlungen zur Sicherung der Finanzstabilität abgegeben.

Im GJ 2019 wurde das Exekutivdirektorium von 12 FSAPs unterrichtet, die für Armenien, Australien, Brasilien, den Euroraum, Jamaika, Kuwait, Malta, Nordmazedonien, Peru, Polen, Rumänien und Tansania durchgeführt wurden.

Die FSAP-Überprüfung 2020 erfolgt vor dem Hintergrund des sich rasch verändernden makrofinanziellen Umfelds. Die Normalisierung der Geldpolitik in wichtigen fortgeschritten Volkswirtschaften, Finanzinnovationen wie FinTech sowie Risiken durch die Digitalisierung und Cyber-Risiken stellen neue Herausforderungen für die Sicherung der Finanzstabilität dar. Um diesen Entwicklungen angemessen Rechnung zu tragen, wird sich die FSAP-Überprüfung vor allem darauf konzentrieren, den Umfang der Bewertungen im Rahmen von FSAPs zu prüfen, das analytische Fundament des Programms zu stärken, die Wirksamkeit von FSAPs u. a. durch Zusammenführung mit anderen Komponenten der Überwachung des Finanzsystems durch den IWF zu erhöhen, die Teilnahme (einschließlich der Liste der obligatorischen Bewertungen) zu überprüfen sowie die Kosten angesichts von Budgetbeschränkungen zu prüfen.

REGIONALE ÜBERWACHUNG

Gemeinsames Vorgehen

Bei der politischen Beratungstätigkeit des IWF für Mitglieder von Währungsunionen zeigte sich, wie schwierig die Aufrechterhaltung von Wirtschaftswachstum in einem volatilen globalen Umfeld ist. In den Ländern der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (WAEMU) belief sich das Wirtschaftswachstum das siebte Jahr in Folge auf durchschnittlich 6 Prozent, und das trotz gestiegener Ölpreise und erhöhter Sicherheitsbedenken. Angesichts der nach wie vor hohen Haushaltsdefizite und der Vorhaben im öffentlichen Sektor sind die Staatsschulden und die Kosten für den Schuldendienst dennoch gestiegen. Für einen weiterhin günstigen Ausblick bedarf es daher fortgesetzter Bemühungen zur Stärkung der öffentlichen Finanzen und zur Umsetzung von Reformen, die zu einer Verbesserung des Geschäftsumfelds beitragen.

Besonders dringlich sind solche Reformen in den Ländern der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC), wo das konjunkturelle Umfeld nach wie vor herausfordernd ist. Zur anhaltenden Wachstumsschwäche infolge der hohen Zahlungsrückstände der öffentlichen Hand kommt noch eine Verschlechterung der Lage im Bankensektor hinzu. Reformen zur Verbesserung der Governance und zur Stärkung des Finanzsektors sind ebenso wichtig für die schrittweise Verbesserung des mittelfristigen Ausblicks.

In den Ländern der Ostkaribischen Währungsunion (ECCU) zeichnet sich nach den verheerenden Auswirkungen der Wirbelstürme Irma und Maria im Jahr 2017 eine allmähliche Erholung ab. Der Tourismus zieht in den direkt betroffenen Ländern langsam wieder an und ist andernorts auf hohem Niveau stabil geblieben. Die Wachstumsbedingungen sind zwar nach wie vor günstig, doch die Risiken erhöhen sich aufgrund großer Haus-

haltsdefizite und anhaltender Schwachstellen im Finanzsektor. Im Rahmen der Erörterung durch das Direktorium herrschte Einigkeit, dass die Stärkung der Klima- und Katastrophenresilienz im Vorfeld konkreter Ereignisse hohe Priorität hat. Zu den diesbezüglichen Maßnahmen zählen Investitionen in eine resiliente Infrastruktur, mit der sich katastrophenbedingte Schäden und Verluste verringern, private Investitionen ankurbeln und die Abwanderung eindämmen lassen.

MULTILATERALE ÜBERWACHUNG

Frühwarnübung

Die Frühwarnübung ist ein wichtiger Bestandteil der Überwachungsarbeit der Institution und wird – abgestimmt auf die Veröffentlichung der wichtigsten Publikationen (*World Economic Outlook*, *Global Financial Stability Report*, *Fiscal Monitor*) – zweimal jährlich durchgeführt.

Die streng vertraulichen Ergebnisse der Frühwarnübung werden bei den Frühjahrs- und Jahrestagungen von IWF und Weltbank ausschließlich den Mitgliedern des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses vorgelegt. Folgearbeiten zu Frühwarnübungen finden im Rahmen der bilateralen und multilateralen Überwachungstätigkeit statt. Durch die enge Zusammenarbeit des IWF und des Rates für Finanzstabilität (Financial Stability Board, FSB) bei der Frühwarnübung soll eine integrierte Perspektive zu sogenannten Tail Risks (d. h. Risiken durch unvorhergesehene Ereignisse) und Anfälligkeiten sichergestellt werden. Der IWF widmet sich makroökonomischen, makrofinanziellen und makrostrukturellen Fragestellungen sowie Technologie- und Länderrisiken, während sich der FSB auf regulatorische und aufsichtsrechtliche Aspekte des Finanzsystems konzentriert.

Bericht über den Außenwirtschaftssektor

Der *External Sector Report* (Bericht über den Außenwirtschaftssektor) liefert multilateral stimmige Bewertungen des Außenwirtschaftssektors der Mitgliedsländer, einschließlich ihrer Wechselkurse, Leistungsbilanzen, Reserven, Kapitalflüsse und Außenhandelsbilanzen. Dieser Bericht gehört (neben dem *World Economic Outlook*, dem *Global Financial Stability Report* und dem *Fiscal Monitor*) zu den wichtigsten Publikationen des IWF. Er wird seit 2012 jährlich erstellt und behandelt 29 der weltgrößten Volkswirtschaften sowie den Euroraum. Damit deckt er etwa 90 Prozent des weltweiten BIP ab. Der *External Sector Report* ist Teil kontinuierlicher Bestrebungen, für eine konsequente und unvoreingenommene Bewertung übermäßiger globaler Ungleichgewichte und ihrer Ursachen zu sorgen. Darüber hinaus soll ein angemessener Umgang mit möglichen Spillover-Effekten der Politik einzelner Mitglieder auf die außenwirtschaftliche Stabilität weltweit sichergestellt werden.



Der zusammen mit Bewertungen einzelner Volkswirtschaften publizierte Bericht für 2018 wurde vom Exekutivdirektorium im Rahmen einer formellen Sitzung im Juli 2018 erörtert. Die Direktoren stimmten den Ergebnissen und Empfehlungen des Berichts allgemein zu und begrüßten die Bemühungen um eine verfeinerte Methodik und größere Reichweite des Berichts.

Halbjährlich veröffentlichte Berichte

In diesen Berichten (*World Economic Outlook*, *Global Financial Stability Report* und *Fiscal Monitor*) werden aktuelle weltwirtschaftliche Entwicklungen analysiert. Darüber hinaus erstellt der IWF-Stab für die Treffen der G20 zweimal pro Jahr eine Überwachungsnotiz (Surveillance Note).

POLITISCHE BERATUNGSTÄTIGKEIT

Die Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin

Im April 2019 legte die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde dem Exekutivdirektorium im Rahmen einer informellen Sitzung ihre Global Policy Agenda mit dem Titel „Joint Responsibility, Shared Rewards“ (Gemeinsame Verantwortung, geteilter Lohn) vor. Obwohl die internationale Zusammenarbeit, die Wirtschafts- und Finanzintegration sowie der technologische Fortschritt in den vergangenen Jahrzehnten weltweit enorme Vorteile gebracht haben, haben der Agenda zufolge nicht alle im selben Maß davon profitiert. Zu den Folgen gehört ein Verlust des Vertrauens in die Institutionen und eine Aushöhlung der Unterstützung für das globale System, das all diese Vorteile hervorgebracht hat.

Zu diesem Vertrauensverlust kommt es in einer Phase, in der die Welt durch den rasanten technologischen Fortschritt, Unsicherheit bezüglich der Zukunft der Arbeit, den demografischen Wandel, Umweltprobleme und den Klimawandel vor zahlreichen Herausforderungen steht. Diese lassen sich nur mit einem neuen



Multilateralismus bewältigen, der den Menschen glaubhaft vermittelt, dass die Kosten und der Lohn dauerhafter Lösungen gerecht aufgeteilt werden. Die politischen Entscheidungsträger sind aufgerufen, durch eine Neuausrichtung der nationalen und internationalen Politik für einen besseren Umgang mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der internationalen Integration und des technologischen Fortschritts zu sorgen und zugleich den globalen Fußabdruck ihres Handelns zu berücksichtigen.



Das Konzept eines neuen Multilateralismus beruht auf drei Bereichen politischen Handelns, die einander ergänzen und verstärken: innenpolitische Maßnahmen, mit denen widerstandsfähigere Volkswirtschaften aufgebaut und wirtschaftliche Chancen gefördert werden, eine verbesserte globale Zusammenarbeit, die über Landesgrenzen hinweg für mehr Chancengleichheit sorgt, und die Verpflichtung zur Zusammenarbeit bei größeren globalen Herausforderungen, etwa dem Klimawandel.

Kapitalströme in der Praxis und die Taxonomie des IWF für Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalströmen

Im Juli 2018 wurde vom IWF ein Paper mit dem Titel „The IMF’s Institutional View on Capital Flows in Practice“ veröffentlicht, das einen Überblick über das diesbezügliche Rahmenwerk des IWF und seine Umsetzung bietet. Damit soll sichergestellt werden, dass bei der Beratung der Mitglieder bezüglich der Steuerung von Kapitalströmen konsistente Kriterien unter Berücksichtigung länderspezifischer Umstände zur Anwendung kommen. Das im September 2018 veröffentlichte Referenzwerk „The IMF’s 2018 Taxonomy of Capital Flow Management Measures“ befasst sich mit den verschiedenartigen Maßnahmen, die die Länder seit der Veröffentlichung der institutionellen Perspektive im Jahr 2012 zur Steuerung von Kapitalströmen ergriffen haben. Beide Werke zielen darauf ab, mehr Verständnis für die institutionelle Perspektive und ihre Umsetzung in der Praxis zu schaffen.

FINANZSEKTOR

Strategie zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Im November 2018 wurde die Anti-Geldwäsche-Strategie des IWF vom Exekutivdirektorium einer Überprüfung unterzogen. Dank eines mehrgleisigen Ansatzes ist der IWF in der Lage, Probleme in den Bereichen Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Finanzierung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie weiter gefasste Themen im Bereich Finanzintegrität anzugehen, darunter auch neu auftretende Fragestellungen etwa im Bereich Korrespondenzbankbeziehungen und FinTech. Die Effizienz und Wirksamkeit der Bemühungen des IWF zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sollen durch stärkere Synergien zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen (Überwachung, IWF-gestützte Programme, Programme zur Bewertung des Finanzsektors und Kapazitätsentwicklung) erhöht werden.

Zu diesem Zweck wurde zunächst die Zahl der vom IWF durchgeführten Bewertungen gesenkt. Zugleich wurden die Mitarbeiter stärker in die Überprüfung der Qualität und Konsistenz anderer Bewertungen eingebunden und mehr Schulungen

durchgeführt. Diese Maßnahmen wurden vom Exekutivdirektorium gebilligt, denn sie erhöhen die Reichweite und Wirkung der Arbeit des IWF zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Global Financial Stability Report

Das Exekutivdirektorium erörterte die Aprilausgabe 2019 des *Global Financial Stability Report*, der zu dem Schluss kommt, dass die finanziellen Bedingungen trotz signifikanter Schwankungen in den letzten zwei Quartalen nach wie vor locker sind. Entsprechend setzte sich der Aufbau finanzieller Anfälligkeiten im öffentlichen Sektor, im Unternehmenssektor sowie im Nichtbanken-Finanzsektor in mehreren systemisch wichtigen Ländern weiter fort, was zu einem Anstieg der mittelfristigen Risiken geführt hat. Der Bericht bietet eine Gesamtbewertung dieser Anfälligkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Unternehmensverschuldung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, der Verbindungen zwischen öffentlichem Sektor und Finanzsektor im Euroraum, der finanziellen Ungleichgewichte in China, der volatilen Portfolioströme in aufstrebende Volkswirtschaften und der Abwärtsrisiken auf dem Wohnimmobilienmarkt.

IWF-Beschluss zu den Leitlinien für die Regulierung islamkonformer Bankgeschäfte

Der islamische Finanzsektor gewinnt zunehmend an Größe und Komplexität. Weltweit werden rund 2 Bio. US\$ islamkonform verwaltet, wobei etwa 85 Prozent des Gesamtvolumens auf den Bankensektor entfallen. Islamische Banken sind in mehr als 60 Ländern vertreten, und die Branche ist inzwischen in 13 Ländern systemrelevant.

Durch das Angebot neuer Finanzierungsformen und die Einbindung von Personen ohne Bankkonto und Zugang zum Finanzsystem ergeben sich aus dem Zuwachs bei islamischen Finanzgeschäften wichtige Chancen für die Stärkung der finanziellen Inklusion, die Vertiefung der Finanzmärkte und die Mobilisierung von Mitteln für Entwicklung. Die von islamischen Banken getätigten Geschäfte unterscheiden sich hinsichtlich Risikoprofil und Bilanzstruktur wesentlich von denen herkömmlicher Banken. Daraus ergeben sich Implikationen für die Finanzstabilität.

Im Mai 2018 erteilte das Exekutivdirektorium seine Zustimmung zu einem Vorschlag über die Anwendung der Leitlinien für die Regulierung islamkonformer Finanzgeschäfte, die vom Islamic

Financial Services Board unter Mitwirkung des Sekretariats des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht entwickelt wurden. Zum einen stellen die Leitlinien eine Ergänzung der internationalen Finanzstabilitätsarchitektur dar, zum anderen sollen sie Verbesserungen des aufsichtsrechtlichen Rahmens für den islamischen Bankensektor in den verschiedenen Ländern anregen. Die Anwendung der Leitlinien würde zu einer weiteren Verbesserung der Ausgewogenheit und Konsistenz der Überwachung, der Programmgestaltung und der technischen Unterstützung beitragen.

FISKALPOLITISCHE THEMEN

Initiative für fiskalische Transparenz: Einbeziehung von Fragestellungen im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen

Fiskalische Transparenz und verantwortungsvolle Staatsführung (Stichwort Good Governance) sind besonders wichtig, wenn es um die gerechte und nachhaltige Bewirtschaftung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen geht. Überlegungen zur fiskalischen Transparenz sind angesichts der Endlichkeit natürlicher Ressourcen und der Höhe der ökonomischen Renten bei der Verwendung der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft grundsätzlich relevant. Da dem Abbau nicht erneuerbarer Ressourcen Grenzen gesetzt sind, muss der konkrete Einsatz der Mittel besonders hohen Maßstäben genügen, was den Nutzen für heutige und künftige Generationen betrifft. Ein weiteres Argument für starke Mechanismen der Rechenschaftspflicht ist die Korruptionsanfälligkeit des Sektors infolge der potenziell hohen Renten.

Im Dezember 2018 wurde vom Exekutivdirektorium daher ein Vorschlag zur Berücksichtigung von Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft in der (zu diesem Zweck geschaffenen) Säule IV des Verfahrenskodex zur fiskalischen Transparenz (Fiscal Transparency Code) erörtert. Bei der Gestaltung von Säule IV wurde darauf geachtet, sowohl etablierte Verfahren in der Rohstoffindustrie als auch entstehende Normen aufzunehmen, etwa die Veröffentlichung von Zahlungsflüssen und Verträgen sowie die Offenlegung der wirtschaftlichen Eigentümer der Rechte an Ressourcen. Auch Erfahrungen, die z. B. in Peru und Mexiko im Zuge von Pilotprojekten zur fiskalischen Transparenz gesammelt wurden, und das ausführliche Feedback von Stakeholdern sind in die Gestaltung eingeflossen. Die neue Struktur dient der Ergänzung der (bereits in der Fassung von 2014 enthaltenen) Säulen I–III, die sich ganz allgemein mit den folgenden Themen befassen: Finanzberichterstattung, fiskalische Prognosen und Haushaltsplanung sowie Analyse und Steuerung fiskalischer Risiken.

Die Arbeit des IWF zur Schaffung von fiskalischem Spielraum – eine Bilanz

Im Mai 2018 informierten die IWF-Mitarbeiter das Exekutivdirektorium über ihre Erfahrungen mit dem probeweisen Einsatz des Rahmenwerks für fiskalischen Spielraum in 24 Ländern im Zeitraum 2017–18. Der fiskalische Spielraum bezeichnet das Ausmaß, in dem diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen zur Umsetzung bestehender Pläne ergriffen werden können, ohne den Marktzugang des Landes und die Schuldentragfähigkeit zu gefährden. Das Rahmenwerk ist mehrdimensional, wobei länderspezifische Faktoren und die Beurteilung durch die IWF-Mitarbeiter eine wesentliche Rolle bei der abschließenden Beurteilung spielen.

Den Ergebnissen der Überprüfung zufolge funktioniert das Rahmenwerk grundsätzlich gut. Die damit erstellten Beurteilungen des fiskalischen Spielraums stimmten weitgehend mit der zugrunde liegenden Logik und den zugrunde liegenden Indikatoren überein. Damit half das Rahmenwerk bei der evidenzbasierten und ausgewogenen internen Überprüfung von Länderunter-

lagen. Das Vorhandensein von Spielraum bedeutet wohlgemerkt nicht unbedingt, dass dieser Spielraum genutzt oder nicht stärker ausgeweitet werden soll.

Darüber hinaus zeigte sich, dass die meisten Länder trotz erhöhter Staatsverschuldung über zumindest etwas fiskalischen Spielraum verfügen. Fortgeschrittene Volkswirtschaften verfügen demzufolge insgesamt über mehr fiskalischen Spielraum als aufstrebende Volkswirtschaften, was in erster Linie auf ihre besser gesicherte Finanzierung zurückzuführen ist, die vor allem ein höheres Maß an Glaubwürdigkeit und institutioneller Stärke widerspiegelt.

Bei der Umsetzung des Rahmenwerks zeigten sich einige wenige Bereiche, in denen eventuell noch Änderungen angezeigt sind, etwa bei der formellen Berücksichtigung von Eventualverbindlichkeiten und der Erfassung der Besonderheiten von Rohstoff erzeugern und einkommensschwachen Ländern.

Bewertung der Verwaltung öffentlicher Investitionen – Überprüfung und Aktualisierung

Öffentliche Investitionen sind womöglich ein wichtiger Katalysator für das Wirtschaftswachstum, doch der tatsächliche Nutzen hoher Investitionen hängt maßgeblich von deren Effizienz ab.

Dank höherer öffentlicher Investitionen in aufstrebenden Volkswirtschaften und einkommensschwachen Ländern konnte die Kluft zwischen den reicheren und ärmeren Ländern hinsichtlich der Qualität und des Zugangs zur sozialen Infrastruktur zum Teil geschlossen werden. Doch im Schnitt gehen den Ländern aufgrund ineffizienter Prozesse etwa 30 Prozent des Investitionswerts verloren. Bis zu zwei Drittel dieser Effizienzverluste lassen sich durch Verbesserungen der Infrastruktur-Governance verhindern.

Für die Beurteilung der Infrastruktur-Governance über den gesamten Investitionszyklus und den Auf- und Ausbau von Wirtschaftsinstitutionen ist die Bewertung der Verwaltung öffentlicher Investitionen (Public Investment Management Assessment, PIMA) das wichtigste Instrument des IWF. Die damit in mehr als 30 Ländern gesammelten Erfahrungen wurden im Mai 2018 in einem IWF-Paper ausgewertet. Das ursprüngliche Rahmenwerk wurde anhand der Erfahrungen und Erkenntnisse aus der ersten Welle von Bewertungen geringfügig überarbeitet. In der überarbeiteten Version sind die wichtigsten Merkmale der ursprünglichen Fassung aus 2015 – einschließlich der dreistufigen Struktur (Planung, Mittelzuweisung und Durchführung) – erhalten geblieben. Zugleich wurden manche zentralen Aspekte





der Governance stärker hervorgehoben, darunter etwa die Betreuung, Auftragsvergabe und unabhängige Überprüfung von Projekten sowie die Angemessenheit der rechtlichen Rahmenbedingungen und der personellen Kapazitäten. Die Bewertung der Verwaltung öffentlicher Investitionen ist Teil der Initiative des IWF zur Unterstützung der Infrastrukturpolitik.

Unternehmensbesteuerung in der globalisierten Wirtschaft

Die Wahrnehmung der Öffentlichkeit, dass manche großen multinationalen Konzerne wenig Steuern zahlen, hat Bedenken bezüglich der Wirksamkeit und Gerechtigkeit des gesamten Steuersystems aufkommen lassen und die Notwendigkeit für ein neues System der internationalen Unternehmensbesteuerung deutlich gemacht. Schätzungen zufolge entgehen Nicht-OECD-Ländern durch die Verschiebung von Gewinnen in Niedrigsteuerländer jährlich Einnahmen in Höhe von rund 200 Mrd. US\$ oder etwa 1,3 Prozent des BIP. Mit diesen (vor allem in einkom-

mentsschwachen Ländern) dringend benötigten Mitteln könnte stärkeres und inklusiveres Wachstum erzielt werden, was den Ländern dabei hilft, die in der Agenda 2030 festgelegten Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Auch angesichts des Siegeszugs hochprofitabler, technologiegetriebener und stark digitalisierter Geschäftsmodelle, die auf immaterielle Vermögenswerte wie Patente setzen, die schwer zu bewerten, jedoch einfach umzusiedeln sind, ist ein Überdenken der geltenden internationalen Steuervorschriften gerechtfertigt.

Im Februar 2019 erörterte das Exekutivdirektorium einen neuen Forschungsansatz des IWF, bei dem zusätzlich zu einer Bestandsaufnahme der derzeitigen internationalen Körperschaftsbesteuerung die Reformoptionen anhand der folgenden drei Schlüsselkriterien geprüft werden: Verbesserung des Umgangs mit Steuerverschiebung und Steuerwettbewerb, Beseitigung der rechtlichen und verwaltungstechnischen Hindernisse für Reformen sowie vollumfängliche Anerkennung der Interessen von aufstrebenden Volkswirtschaften und Entwicklungsländern. Die Exekutivdirek-

toren begrüßten die Analyse und Erörterung dieser – sowohl in technischer als auch politischer Hinsicht – schwierigen Herausforderungen. Zugleich verwiesen sie auf die große Bedeutung der fortwährenden engen Zusammenarbeit mit der OECD und anderen in dem Bereich tätigen internationalen Organisationen, um sicherzustellen, dass die Arbeit des IWF weiterhin eine Ergänzung zur Arbeit anderer Organisationen darstellt.

ANDERE THEMEN

Umfassende Überprüfung der Überwachung

Bei der „Umfassenden Überprüfung der Überwachung“ 2020 – der ersten umfassenden Überprüfung seit der „Dreijährigen Überprüfung der Überwachung“ im Jahr 2014 – handelt es sich um eine vorausschauende Betrachtung, die der Vorbereitung auf die im kommenden Jahrzehnt erwartete globale Wirtschafts- und Finanzlandschaft dient. Durch die Neuausrichtung der Überwachungsschwerpunkte und die Neugestaltung der Zusammenarbeit mit den Ländern soll das Vertrauen in den IWF gestärkt und seine Relevanz für die Mitglieder erhöht werden.

Ausgangspunkt für diese Überprüfung ist eine Erörterung der voraussichtlich bestimmenden makrofinanziellen Faktoren für die Weltwirtschaft im Zeitraum 2020–30. Dazu gehören Spannungen im globalen Handel und Probleme bei der Finanzintegration (die zu einem Hinterfragen traditioneller wirtschaftspolitischer Lösungsansätze führen) genauso wie die Dividenden des technologischen Fortschritts und des demografischen Wandels, die allen Menschen zugutekommen sollen. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Überprüfung Vorschläge für Überwachungsschwerpunkte gemacht und der potenzielle Nutzen aus dem Vorantreiben der Schwerpunkte für die Mitglieder erörtert. Darüber hinaus wird im Zuge der Überprüfung untersucht, wie sich die Wirksamkeit der politischen Beratung durch den IWF (z. B. durch Verbesserungen bei den Überwachungsmodalitäten und der Zusammenstellung der verwendeten Tools) erhöhen lässt.

Angesichts der Zukunftsorientierung der „Umfassenden Überprüfung der Überwachung“ 2020 wurden zwei externe Beratergruppen ins Leben gerufen, die allgemeine Leitlinien vorgeben sowie Denkansätze und Fachwissen auf dem neuesten Stand einbringen sollen. Die externe Beratergruppe für Überwachung (External Advisory Group on Surveillance) wird im Rahmen der Überprüfung lenkend in die Erarbeitung der Schwerpunkte und der strategischen Ausrichtung eingreifen und sich anschließend bei den Erkenntnissen und vorläufigen Empfehlungen der Mitarbeiter einbringen. Die externe Beratergruppe für digitale Technologie (External Advisory Group on Digital Technology)

wird sich den potenziellen makroökonomischen Folgen und politischen Implikationen wichtiger bestehender technologischer Trends widmen und den IWF bei der Entwicklung neuer Ansätze für die Überwachung angesichts des technologischen Wandels unterstützen.

Verwendung von Indikatoren Dritter in IWF-Berichten

Bei fehlendem oder begrenztem Fachwissen im Haus sind die Mitarbeiter des IWF auf das Fachwissen und die Schätzungen anderer Institutionen angewiesen. Zur Unterstützung des evidenzbasierten Ansatzes des IWF werden Indikatoren Dritter in zentralen Bereichen verwendet, z. B. bei der Messung von Risiken und Spillover-Effekten, bei makrofinanziellen und makrostrukturellen Fragestellungen sowie in der Governance- und Korruptionsthematik. Auch in vergleichsweise neuen Bereichen – etwa Ungleichheit, Gender und Klimawandel – spielen sie eine Rolle.

Die unterschiedliche Qualität dieser Indikatoren birgt jedoch Herausforderungen und Risiken für die Glaubwürdigkeit des IWF. Manchen Indikatoren Dritter liegen harte Daten zugrunde, doch andere beruhen auf qualitativen Einschätzungen von Fachleuten, Erfahrungswerten, Wahrnehmung oder einer Kombination aus unterschiedlichen Datenquellen. Potenziell problematisch sind Indikatoren, deren Datenquellen und Methodik nicht transparent sind, sowie Wahrnehmungsindikatoren und Indikatoren auf der Basis von Werturteilen.

Nach einer diesbezüglichen Anregung des Exekutivdirektoriums im GJ 2018 wurde im September 2018 eine Leitlinie für die Verwendung von Indikatoren Dritter erstellt, die sich auf drei Best-Practice-Vorgaben stützt: Transparenz, Robustheit und Berücksichtigung von Stakeholder-Ansichten.

DATEN

Aktualisierung der Daten- und Statistikstrategie

Im GJ 2019 arbeitete der IWF weiterhin an der Entwicklung seiner Daten- und Statistikstrategie, die als Zielrichtung ein Ökosystem aus Daten und Statistiken vorgibt, mit dem der IWF und seine Mitglieder besser für den sich ändernden Datenbedarf der digitalen Welt von heute gerüstet sind.

Ein neu geschaffenes Rahmenwerk für Daten-Governance soll bei der Umsetzung der Strategie helfen. In dem Rahmenwerk ist ein Chefstatistiker und Chief Data Officer (m/w) vorgesehen, der

bzw. die auch die Abteilung Statistik leitet. Ein hochrangig besetzter Ständiger Ausschuss für Daten und Statistiken wird mit der Verantwortung für die Daten- und Statistikstrategie und deren Umsetzung betraut, und ein Gremium für Daten-Governance (Data Governance Group) ist für die Entwicklung angemessener Maßnahmen, Verfahren und Leitlinien für das IWF-Datenmanagement sowie für die Überwachung ihrer Umsetzung verantwortlich.

Im Rahmen der Strategie wird eine Laufbahn für Datenspezialisten (m/w) geschaffen, um Innovationen im Bereich Statistik (einschließlich Big Data und Machine Learning) und deren routinemäßige Einbeziehung in die Arbeit des IWF voranzutreiben. Die statistischen Publikationen des IWF erscheinen seit Januar 2019 nur noch digital. Der Online-Zugriff auf die den Publikationen zugrunde liegenden Daten bleibt bestehen.

Erweitertes allgemeines Datenweitergabesystem

Nach dem erweiterten allgemeinen Datenweitergabesystem (Enhanced General Data Dissemination System, e-GDDS), das vom Exekutivdirektorium des IWF im Mai 2015 verabschiedet wurde, verpflichten sich die Behörden der Länder zur Veröffentlichung von Daten, die ihren laufenden politischen Dialog mit dem IWF-Stab unterstützen. Die Veröffentlichung – über die National Summary Data Page, ein zentrales Online-Datenportal – erfolgt zu den mit den Behörden vereinbarten Intervallen und Fristen, die Daten sind einfach zugänglich und auch für den M2M-Datenaustausch geeignet.



Dadurch wird die internationale Zusammenarbeit gefördert. Für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur (Open Data Platform), über die die National Summary Data Pages in ausgewählten Ländern Afrikas und der westlichen Hemisphäre betrieben werden, gewähren die Afrikanische Entwicklungsbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank maßgebliche Unterstützung.

Im Lauf des Jahres wurde der e-GDDS in folgenden Ländern implementiert: Angola, Aserbaidshan, Bahamas, Bosnien und Herzegowina, Burkina Faso, Demokratische Volksrepublik Laos, Dominikanische Republik, Fidschi, Gambia, Ghana, Kambodscha, Kenia, Myanmar, Oman, Pakistan, Panama, Serbien, Timor-Leste, Togo, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate und Vanuatu.

Spezieller Datenweitergabestandard

Durch die Einhaltung des speziellen Datenweitergabestandards (Special Data Dissemination Standard) verbessert sich die Verfügbarkeit aktueller Statistiken, was zu einer soliden makroökonomischen Politik und dem reibungsloseren Funktionieren der Finanzmärkte beiträgt. Im GJ 2019 verpflichtete sich die

Mongolei zur Einhaltung des speziellen Datenweitergabestandards. Damit ist die Mongolei das erste Land Asiens, in dem die Umsetzung des e-GDDS die Annahme des speziellen Datenweitergabestandards zur Folge hatte.

Spezieller Datenweitergabestandard Plus

Die höchste Stufe der Datenweitergabeinitiativen des IWF, der Special Data Dissemination Standard Plus (SDDS Plus), ist primär für Volkswirtschaften gedacht, die an den internationalen Kapitalmärkten eine führende Rolle spielen und deren Finanzinstitute global stark vernetzt sind. Im GJ 2019 verpflichteten sich Finnland, Lettland, Litauen und Nordmazedonien zur Einhaltung des SDDS Plus.

Die Zahl der Länder, die gemäß den Datenweitergabestandards wichtige volkswirtschaftliche Indikatoren veröffentlichen, stieg im Zeitraum April 2017 bis März 2019 von 83 auf 121, was einem Plus von 46 Prozent entspricht.



Datenlückeninitiative der G20

Im September 2018 veröffentlichten der Finanzstabilitätsrat und der IWF den dritten Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Phase 2 der Datenlückeninitiative der G20 (Data Gaps Initiative, DGI-2). In dem Bericht werden die seit September 2017 erzielten Fortschritte bei der Umsetzung von Empfehlungen dargestellt, mit denen zum einen die nach der globalen Finanzkrise identifizierten Datenlücken beseitigt werden sollen und zum anderen die regelmäßige Übermittlung fristgerechter und verlässlicher statistischer Daten für den Einsatz in der Politik sichergestellt werden soll. Das Arbeitsprogramm der DGI für 2019 umfasst drei Themenworkshops (zu Immobilienpreisen, sektoralen Konten und Wertpapierstatistiken) sowie die jährliche Global Conference. Über die Fortschritte zur Gesamtinitiative werden die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 im September 2019 im *Vierten Fortschrittsbericht von IWF und FSB zur zweiten Phase der DGI-2* in Kenntnis gesetzt.

Lücken in der Finanzinklusion

Im Rahmen der Erhebung des IWF zum Finanzzugang (Financial Access Survey, FAS) werden jährlich Daten zum Zugang zu Finanzdienstleistungen und zur Nutzung von Finanzdienstleistungen erfasst. Beide sind maßgeblich für die finanzielle Inklusion. Die Erhebung 2018, FAS 2018, brachte eine Erweiterung um drei Dimensionen: die systematische Einbeziehung von nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Daten, die Aufnahme von über Verkaufsstellen abgewickelten Bankgeschäften (eine Form des Branchless Banking) sowie die Erfassung der Anzahl der im Umlauf befindlichen Debit- und Kreditkarten.

Der Erhebung zufolge ist die Abwicklung von Bankgeschäften über Verkaufsstellen – darunter zumeist Einzelhandelsgeschäfte, Postfilialen und Kleinunternehmen, die im Auftrag von Banken agieren, – in Südasien und Lateinamerika auf dem Vormarsch. Den Daten zufolge nimmt auch die Verwendung von mobilem Geld in allen Regionen weiter zu, allen voran in einkommensschwachen Ländern. Hier ist die Zahl der mobilen Konten pro 1000 Erwachsene im Schnitt mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der Bankkonten pro 1000 Erwachsene. In Afrika südlich der Sahara setzt sich der Anstieg bei der Verwendung von mobilem Geld ungebrochen fort, und andere Regionen stehen dem kaum nach. So verzeichnen in Asien etwa Bangladesch, Indonesien, Pakistan und die Philippinen hohe Wachstumsraten in dem Bereich.

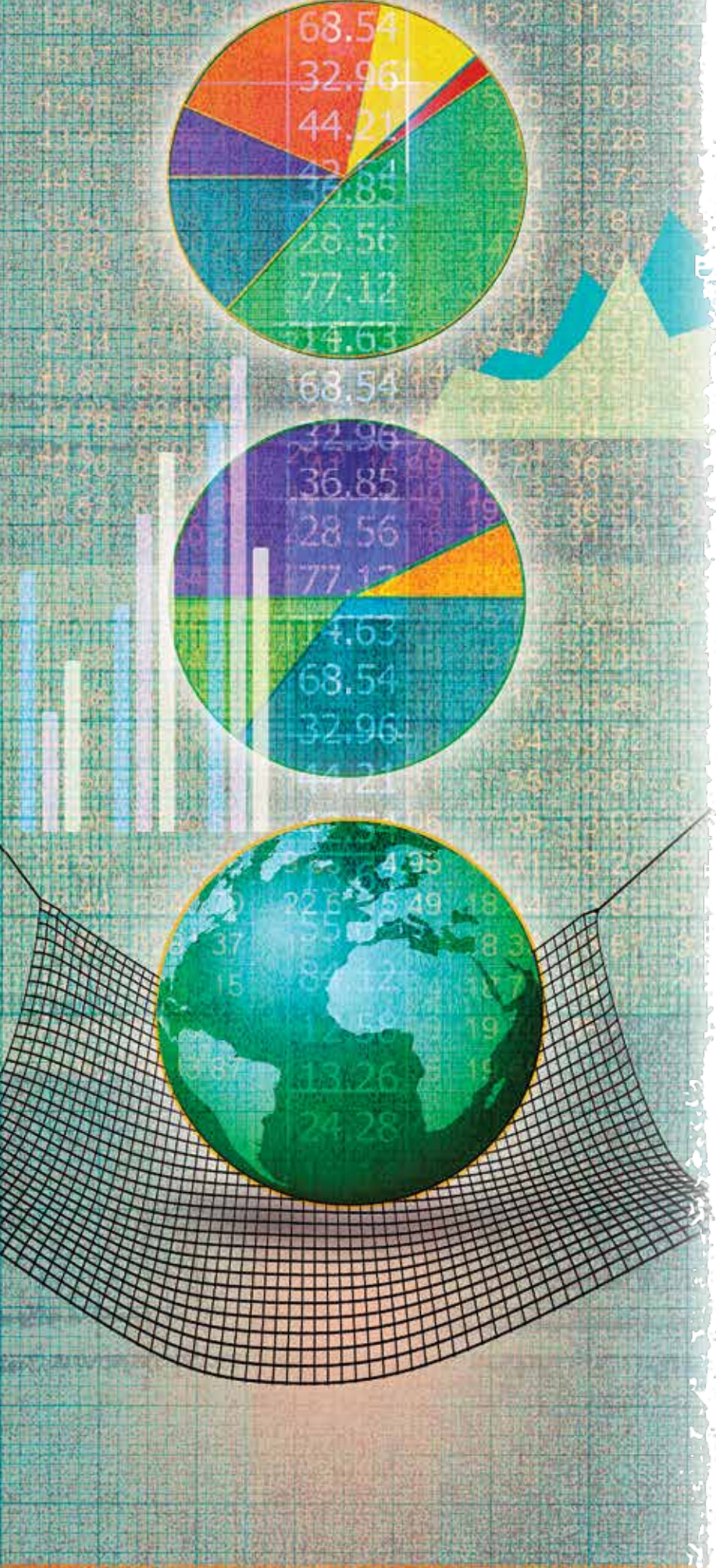


Nach Geschlechtern aufgeschlüsselte Daten deuten auf unterschiedlich große Fortschritte der einzelnen Länder beim Schließen der Geschlechterkluft im Bereich der finanziellen Inklusion hin. Diese Unterschiede könnten mit länderspezifischen Faktoren wie etwa der Frauenerwerbsquote zusammenhängen – eine eingehendere Untersuchung erscheint hier lohnend.

Der Erhebung liegen Verwaltungsdaten zugrunde, die von den Zentralbanken oder Finanzaufsichtsbehörden bei Finanzinstituten und Dienstleistern erhoben werden. Derzeit enthält der Datensatz mit Angaben aus 189 Ländern über einen Zeitraum von über zehn Jahren mehr als 100 Zeitreihen zum Zugang zu Finanzdienstleistungen und zu deren Nutzung. Bis Oktober 2018 wurde die Erhebung vom niederländischen Außenministerium finanziert. Danach übernahm der D4D-Fonds des IWF die Finanzierung (D4D steht für Data for Decisions).

Sechstes IWF-Statistikforum: Die Messung des Wohlstands im Digitalzeitalter

Das sechste Statistikforum des IWF („Measuring Economic Welfare in the Digital Age: What and How?“) im November 2018 in Washington, D.C. befasste sich mit der Messung des Wohlstands im Digitalzeitalter. Wie lässt sich ein bürgernäherer Zugang zu makroökonomischen Statistiken schaffen? Wie das Verständnis für Digitalisierungsfolgen fördern? In den eingereichten Beiträgen fanden sich konkrete Vorschläge dazu. Bei den Fragen wurden u. a. folgende Themen aufgegriffen: die Messung der Einkommensverteilung für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Konsumentenrente bei nicht kostenpflichtigen digitalen Plattformen wie Facebook und beim Online-Einkauf, der Wert von Daten sowie Investitionen in Open-Source-Software.



Kreditvergabe

Im Gegensatz zu Entwicklungsbanken stellt der IWF keine Mittel für spezifische Projekte zur Verfügung, sondern vergibt Kredite an Mitglieder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten, damit sie ausreichend Zeit zur Korrektur ihrer Wirtschaftspolitik und Wiederherstellung ihres Wachstums haben. So soll verhindert werden, dass die Länder Maßnahmen ergreifen müssen, die ihrer eigenen Volkswirtschaft oder der anderer Mitgliedsländer schaden. Die Kredite des IWF sollen den Mitgliedsländern helfen, Zahlungsbilanzprobleme zu bewältigen, ihre Wirtschaft zu stabilisieren und nachhaltiges Wirtschaftswachstum wiederherzustellen. Die Beilegung von Krisen steht im Zentrum der Kreditvergabebetätigkeit des IWF.

Grundsätzlich bietet der IWF zwei Arten von Krediten: nicht konzessionäre Kredite und konzessionäre Kredite für einkommensschwache Länder, die zu niedrigen Zinsen oder in manchen Fällen zinsfrei bereitgestellt werden. Derzeit sind alle konzessionären Kredite zinsfrei.

Die weltweite Finanzkrise verdeutlichte die Notwendigkeit für ein wirksames globales Finanzsicherheitsnetz, das den Ländern hilft, gegebenenfalls negativen Schocks zu begegnen. Ein Hauptziel der jüngsten Reformen bei der Kreditvergabe bestand daher darin, die traditionelle Ausrichtung des IWF auf Krisenbewältigung um weitere Instrumente zur Krisenprävention zu ergänzen.

NICHT KONZESSIONÄRE MITTEL

Über das Allgemeine Konto des IWF bereitgestellte Mittel

Das Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account, GRA) ist das Allgemeine Konto des IWF und setzt sich aus mehreren Währungen und Reserveaktiva zusammen, die den Zahlungen der von den Mitgliedsländern gezeichneten Kapitalanteilen entsprechen. Die nicht konzessionären Kredite des IWF werden aus diesem Konto finanziert. Im GJ 2019 billigte das Exekutivdirektorium sieben neue Vereinbarungen sowie eine Aufstockung (Argentinien) und eine Verringerung (Mexiko) von bestehenden Vereinbarungen im Rahmen der Vergabe nicht konzessionärer Mittel über einen Gesamtbetrag von 50,5 Mrd. SZR (70,0 Mrd. US\$ zum Wechselkurs SZR/Dollar von 0,721626 zum Stichtag 30. April 2019). Zwei der neuen Vereinbarungen wurden vorsorglich abgeschlossen.

Mit 40,7 Mrd. SZR machten die Bereitschaftskredit-Vereinbarung (Stand-By Arrangement) mit Argentinien und ihre anschließende Aufstockung nahezu 70 Prozent der neuen Zusagen (abzüglich der verringerten Vereinbarung mit Mexiko in Höhe von 8912,7 Mio. SZR) aus. Die restlichen 30 Prozent entfielen auf ein weiteres Stand-By Arrangement mit der Ukraine (2800,0

Mio. SZR), drei erweiterte Kreditvereinbarungen unter der Erweiterten Fondsfazilität (Extended Fund Facility) mit Barbados (208,0 Mio. SZR), Angola (2673,0 Mio. SZR) und Ecuador (3035,0 Mio. SZR), eine Vereinbarung im Rahmen der Flexiblen Kreditlinie (Flexible Credit Line) mit Kolumbien (7848,0 Mio. SZR) sowie eine Vereinbarung im Rahmen der Vorsorge- und Liquiditätslinie (Precautionary and Liquidity Line) mit Marokko (2150,8 Mio. SZR). Tabelle 2.1 enthält eine ausführliche Darstellung der im Geschäftsjahr gebilligten Vereinbarungen, und die in den letzten zehn Geschäftsjahren gebilligten Vereinbarungen sind in Schaubild 2.1 abgebildet.

Im GJ 2019 beliefen sich die (als „Käufe“ bezeichneten) Auszahlungen im Rahmen von Finanzierungsvereinbarungen aus dem GRA auf insgesamt 34,0 Mrd. SZR (47,2 Mrd. US\$). Mehr als 93 Prozent davon entfielen auf Argentinien, Ägypten und die Ukraine.

Die („Rückkäufe“ genannten) Rückzahlungen machten im Geschäftsjahr insgesamt 8,2 Mrd. SZR (11,4 Mrd. US\$) aus. Infolge der deutlich höheren Auszahlungen im Verhältnis zu den Rückzahlungen erhöhte sich das Volumen der ausstehenden GRA-Kredite von 37,9 Mrd. SZR (52,5 Mrd. US\$) im Vorjahr auf 63,7 Mrd. SZR (88,3 Mrd. US\$). Schaubild 2.2 zeigt die ausstehenden nicht konzessionären Kredite der letzten zehn Geschäftsjahre.

Tabelle 2.1

Im Rahmen des General Resources Account (GRA) gebilligte Vereinbarungen im GJ 2019

(Millionen SZR)

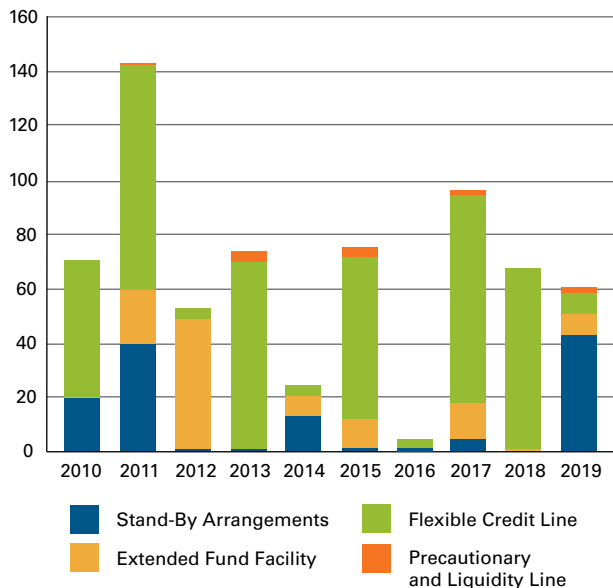
Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE VEREINBARUNGEN			
Kolumbien	24-monatige Flexible Credit Line	25. Mai 2018	7 848,0
Argentinien	36-monatiges Stand-By Arrangement	20. Juni 2018	35 379,0
Barbados	48-monatige Extended Fund Facility	1. Oktober 2018	208,0
Angola	36-monatige Extended Fund Facility	7. Dezember 2018	2 673,0
Marokko	24-monatige Precautionary and Liquidity Line	17. Dezember 2018	2 150,8
Ukraine	14-monatiges Stand-By Arrangement	18. Dezember 2018	2 800,0
Ecuador	36-monatige Extended Fund Facility	11. März 2019	3 035,0
Zwischensumme			54 093,8
AUFSTOCKUNG/VERRINGERUNG BESTEHENDER VEREINBARUNGEN			
Argentinien	Aufstockung des 36-monatigen Stand-By Arrangement	26. Oktober 2018	5 335,0
Mexiko	Verringerung der 24-monatigen Flexible Credit Line	26. November 2018	-8 912,7
Zwischensumme			-3 577,7
Insgesamt			50 516,1

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Schaubild 2.1

Im Rahmen des General Resources Account gebilligte Vereinbarungen während der GJ 2010–19 mit Ende zum 30. April

(Milliarden SZR, Geschäftsjahr)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Hinweis: In dem Schaubild sind die Beträge neu abgeschlossener Vereinbarungen für jedes Geschäftsjahr dargestellt. Aufstockungen oder Verringerungen bestehender Vereinbarungen in den Geschäftsjahren nach der Genehmigung des Programms sind nicht berücksichtigt.

Über das Allgemeine Konto aufgenommene Mittel

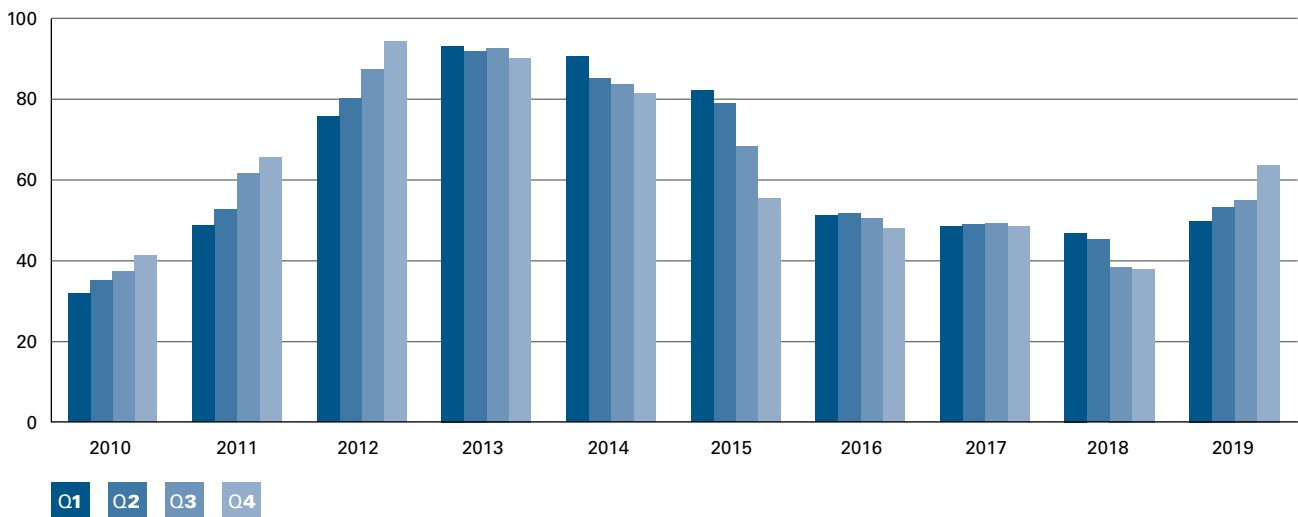
Der IWF ist eine quotenbasierte Institution, und im Zuge der Quotenerhöhungen gemäß der 14. Allgemeinen Überprüfung haben sich seine eingezahlten Quotenmittel verdoppelt. Allerdings spielen geborgte Ressourcen nach wie vor eine maßgebliche Rolle für die Ergänzung der Quotenmittel. Die Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) mit 40 Teilnehmern über insgesamt 182 Mrd. SZR dienen als zweite Verteidigungslinie nach den Quoten. Durch Inkrafttreten der 14. Allgemeinen Quotenüberprüfung am 26. Januar 2016 wurde der Aktivierungszeitraum der Neuen Kreditvereinbarungen vom Exekutivdirektorium am 25. Februar 2016 vorzeitig beendet (ursprünglich sollte er vom 1. Oktober 2015 bis zum 31. März 2016 laufen).

Die aktuellen Neuen Kreditvereinbarungen wurden im November 2016 verlängert und traten für den Fünfjahreszeitraum vom 17. November 2017 bis zum 16. November 2022 in Kraft.

Schaubild 2.2

Ausstehende nicht konzessionäre Kredite, GJ 2010–19

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.



Als dritte Verteidigungslinie nach den Quoten und den Neuen Kreditvereinbarungen unterhält der IWF zudem bilaterale Kreditvereinbarungen. Diese Vereinbarungen gestatten dem IWF laut dem Kreditnahmeregelwerk von 2016, den Zugang zu bilateralen Krediten seitens der Mitglieder vorübergehend aufrechtzuerhalten und damit eine drastische Kontraktion seiner Kreditvergabekapazität zu vermeiden. Vereinbarungen über die Aufnahme von Krediten gemäß dem Regelwerk von 2016 haben eine gemeinsame maximale Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020; die anfängliche Laufzeit endet am 31. Dezember 2019, kann mit Zustimmung der Gläubiger aber um ein weiteres Jahr verlängert werden. Mit Stand vom 30. April 2019 sagten 40 Mitgliedsländer insgesamt rund 316 Mrd. SZR oder 439 Mrd. US\$ an bilateralen Krediten zu.

Die Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) sind eine stärker limitierte Stütze für die Quotenmittel des IWF: Sie gelten für Umstände, in denen dem Antrag auf Aktivierung einer Neuen Kreditvereinbarung von den Teilnehmern nicht stattgegeben wird. Durch die Allgemeinen Kreditvereinbarungen kommt es zu keiner Erhöhung der Mittelausstattung des IWF, denn durch die Zusagen werden die unter den Neuen Kreditvereinbarungen verfügbaren Mittel um denselben Betrag gesenkt. Auf einstimmigen Beschluss der Teilnehmer wurde die Laufzeit der Allgemeinen Kreditvereinbarungen bei ihrem Auslaufen am 25. Dezember 2018 nicht verlängert.

Tabelle 2.2

Konditionen für GRA-Kredite

In dieser Tabelle sind die wichtigsten Fazilitäten für nicht konzessionäre Kredite dargestellt. Stand-By Arrangements sind seit Langem das wichtigste Kreditinstrument der Institution. Nach der globalen Finanzkrise 2007–09 stärkte der IWF sein Instrumentarium zur Kreditvergabe. Kernziel war dabei die Verbesserung des Instrumentariums für die Krisenprävention durch die Einrichtung der Flexible Credit Line (FCL) und der Precautionary and Liquidity Line (PLL). Als Ersatz für die Notfallhilfe des IWF wurde darüber hinaus das Rapid Financing Instrument (RFI) geschaffen, das in einer Vielzahl von Fällen eingesetzt werden kann.

Kreditfazilität (Jahr der Einführung) ¹	Zweck	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung
Stand-By Arrangements (1952)	Kurz- bis mittelfristige Hilfe für Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen	Verabschiedung von Maßnahmen, die eine Lösung der Zahlungsbilanzprobleme des Mitglieds innerhalb eines annehmbaren Zeitraums erwarten lassen	Generell vierteljährliche Auszahlung, abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen
Extended Fund Facility (1974) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung von Strukturreformen der Mitglieder zur Bewältigung von langfristigen Zahlungsbilanzproblemen	Verabschiedung eines maximal vierjährigen Programms, das eine strukturpolitische Agenda und eine ausführliche Aufstellung der für die kommenden 12 Monate vorgesehenen Maßnahmen für jedes Jahr umfasst	Viertel- oder halbjährliche Auszahlung, abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und weiteren Auflagen
Flexible Credit Line (2009)	Bezüglich der Kredittranchen flexibles Instrument, das den gesamten potenziellen oder tatsächlichen Zahlungsbi-lanzbedarf aufgreift	Ex ante große Stärke bei den makroökonomischen Eckdaten, dem wirtschaftspolitischen Regelwerk sowie der nachweislichen Umsetzung politischer Maßnahmen	Vorab gebilligter Zugang für den gesamten Vereinbarungszeitraum; Vereinbarungen mit zweijähriger Laufzeit vorbehaltlich einer Halbzeitüberprüfung nach einem Jahr
Precautionary and Liquidity Line (2011)	Für Länder mit soliden volkswirtschaftlichen Eckdaten und solider Wirtschaftspolitik	Solider politischer Rahmen, starke Auslandsposition und starker Marktzugang sowie Solidität des Finanzsektors	Hoher Zugang zu Beginn der Laufzeit, vorbehaltlich halbjährlicher Prüfungen (bei ein- bis zweijährigen Vereinbarungen)
Rapid Financing Instrument (2011)	Schnelle Finanzhilfe für alle Mitgliedsländer mit dringendem Bedarf zur Stützung der Zahlungsbilanz	Bestrebungen zur Lösung der Zahlungsbilanzprobleme (kann Maßnahmen aus der Vergangenheit einschließen)	Direkte Auszahlung ohne voll ausgearbeitetes Programm oder Überprüfungen

Quelle: IWF Abteilung Finanzen.

¹ Die Kreditvergabe des IWF aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account, GRA) wird hauptsächlich über das von den Mitgliedsländern gezeichnete Kapital finanziert. Jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine finanzielle Verpflichtung darstellt. Jedes Land zahlt einen Teil seiner Quote in Sonderziehungsrechten (SZR) oder vom IWF akzeptierten Fremdwährungen ein und den Rest in seiner Landeswährung. Ein IWF-Kredit wird ausbezahlt bzw. vom Kreditnehmer gezogen, indem er mit seiner eigenen Währung vom IWF Aktiva in ausländischen Währungen kauft. Die Rückzahlung erfolgt durch den Rückkauf der Landeswährung durch den Kreditnehmer mit ausländischer Währung.

² Der Gebührensatz für vom GRA ausbezahlte Mittel ist als Aufschlag (derzeit 100 Basispunkte) auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt. Er wird in jedem Geschäftsquartal des IWF auf den Tagessaldo des ausstehenden GRA-Kreditvolumens erhoben. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von Mitteln aus dem GRA – mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche

Zugangsgrenzen ¹	Gebühren ²	Laufzeiten (Jahre)	Ratenzahlung
Jährlich: 145 % der Quote; kumulativ: 435 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 36 Monate über 187,5 % der Quote liegt) ³	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 145 % der Quote; kumulativ: 435 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 51 Monate über 187,5 % der Quote liegt) ³	4½–10	Semiannual
Keine im Voraus festgelegte Grenze	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 36 Monate über 187,5 % der Quote liegt) ³	3¼–5	Vierteljährlich
125 % der Quote für sechs Monate; 250 % der Quote verfügbar bei Genehmigung von ein- bis zweijährigen Vereinbarungen; insgesamt 500 % der Quote nach 12 Monaten zufriedenstellenden Fortschritts	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 36 Monate über 187,5 % der Quote liegt) ³	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 37,5 % der Quote (60 % bei großen Naturkatastrophen); kumulativ: 75 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 36 Monate über 187,5 % der Quote liegt) ³	3¼–5	Vierteljährlich

– eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine im Voraus fällige Bereitstellungsgebühr (15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 115 Prozent der Quote, 30 Basispunkte für Beträge über 115 Prozent und bis zu 575 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte für Beträge über 575 Prozent der Quote) wird auf den Betrag erhoben, der im Rahmen einer Vereinbarung (SBA, EFF, PLL und FCL) in jeder (jährlichen) Periode gezogen werden kann; diese Gebühr wird proportional rückerstattet, wenn im Rahmen der Vereinbarung weitere Ziehungen erfolgen.

³ Die Aufschläge wurden im November 2000 eingeführt. Das derzeitige System trat am 1. August 2009 in Kraft und wurde am 17. Februar 2016 unter Berücksichtigung gewisser Konditionen bereits bestehender Vereinbarungen aktualisiert.

Tabelle 2.3

Konzessionäre Fazilitäten

Für einkommensschwache Entwicklungsländer gibt es drei Fazilitäten für konzessionäre Kredite.

	Extended Credit Facility (ECF)	Standby Credit Facility (SCF)	Rapid Credit Facility (RCF)
Ziel	Einkommensschwache Länder beim Erreichen und Aufrechterhalten einer stabilen und tragfähigen makroökonomischen Position unterstützen, die intensive und dauerhafte Armutsbekämpfung und ebensolches Wachstum ermöglicht		
Zweck	Bewältigung anhaltender Zahlungsbilanzprobleme	Unterstützung bei kurzfristigem Zahlungsbilanzbedarf	Finanzierung mit niedriger Zugangsgrenze zur Erfüllung von dringendem Zahlungsbilanzbedarf
Berechtigung	Länder, die unter dem Poverty Reduction and Growth Trust Anspruch auf Unterstützung haben		
Voraussetzung	Langfristiges Zahlungsbilanzproblem; tatsächlicher Finanzierungsbedarf über die Laufzeit der Vereinbarung, aber nicht unbedingt bei Genehmigung oder Auszahlung des Kredits	Potenzieller (vorsorgliche Inanspruchnahme) oder tatsächlicher kurzfristiger Zahlungsbilanzbedarf zum Zeitpunkt der Genehmigung; für jede Auszahlung ist tatsächlicher Bedarf Voraussetzung	Dringender Zahlungsbilanzbedarf, wenn eine Vereinbarung über eine höhere Kredittranche (Upper Credit Tranche (UCT) Program) entweder nicht durchführbar oder nicht notwendig ist ¹
Armutsbekämpfungs- und Wachstumsstrategie	IWF-gestütztes Programm, sollte an den Zielen des Landes zu Armutsbekämpfung und Wachstum ausgerichtet sein und politische Maßnahmen zur Sicherung von Sozialausgaben und anderen vorrangigen Ausgaben fördern		
	Vorlage einer Armutsbekämpfungsstrategie (Poverty Reduction Strategy, PRS)	Vorlage des PRS-Dokuments nicht erforderlich; wenn der Finanzierungsbedarf weiter besteht, beantragt der SCF-Nutzer eine ECF-Vereinbarung mit den entsprechenden PRS-Dokumentationserfordernissen	Vorlage des PRS-Dokuments nicht erforderlich
Konditionalität	UCT-Qualität; Flexibilität bei Anpassungsweg und zeitlicher Abfolge	UCT-Qualität; zielt auf die Deckung eines kurzfristigen Zahlungsbilanzbedarfs ab	Keine Konditionalität ex post; Leistungsnachweis zur Qualifikation für wiederholte Inanspruchnahme (ausgenommen im Fall von Schocks und Naturkatastrophen)
Zugangsgrenzen	Jährlich 75 % der Quote; kumulativ (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) 225 % der Quote Der Zugang beruht auf dem insgesamt ausstehenden PRGT-Kredit. Außergewöhnlicher Zugang zu PRGT-Mitteln: jährlich 100 % der Quote; kumulativ (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) 300 % der Quote Normen und Teillimits ²		
	Die Zugangsnorm beträgt 90 % der Quote pro dreijähriger ECF-Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären IWF-Krediten im Rahmen aller Fazilitäten von insgesamt weniger als 75 % der Quote. Sie beträgt 56,25 % der Quote pro dreijähriger Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären Krediten zwischen 75 % und 150 % der Quote.	Die Zugangsnorm beträgt 90 % der Quote pro 18-monatiger SCF-Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären IWF-Krediten im Rahmen aller Fazilitäten von insgesamt weniger als 75 % der Quote. Für Länder mit ausstehenden konzessionären Krediten zwischen 75 % und 150 % der Quote beträgt die Zugangsnorm 56,25 % der Quote pro 18-monatiger Vereinbarung.	Für den RCF-Zugang besteht keine Norm. Teillimits (bei fehlender UCT-Konditionalität): Das ausstehende RCF-Kreditvolumen darf zu keiner Zeit mehr als 75 % der Quote (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) ausmachen. Für die RCF ist die Zugangsgrenze über einen beliebigen 12-Monats-Zeitraum auf 18,75 % der Quote festgelegt. Für die Komponente „Schocks“ gelten 37,5 % der Quote, für die Komponente „schwere Naturkatastrophen“ sind es 60 % der Quote. Nach dem 1. Juli 2015 getätigte Auszahlungen im Rahmen des RFI werden in die geltenden jährlichen und kumulativen RCF-Zugangsgrenzen einbezogen.

	Extended Credit Facility (ECF)	Standby Credit Facility (SCF)	Rapid Credit Facility (RCF)
Konditionen³	Zinssatz: derzeit null Rückzahlung: 5½–10 Jahre	Zinssatz: derzeit null Rückzahlung: 4–8 Jahre Bereitstellungsgebühr: 0,15 % auf bereitgestellte, aber nicht ge- zogene Beträge im Rahmen der vorsorglichen Vereinbarung	Zinssatz: null Rückzahlung: 5½–10 Jahre
Voraussetzungen für Blending mit GRA-Krediten	Auf der Grundlage von Pro-Kopf-Einkommen und Marktzugang; mit Schuldenanfälligkeit verknüpft. Bei voraussicht- lichem Blending werden die Mittel aus PRGT und GRA im Verhältnis 1:2 zusammengesetzt.		
Vorsorgliche Ver- wendung	Nein	Ja, mit einer jährlichen Zu- gangsgrenze von 56,25 % der Quote bei Bewilligung und einer durchschnittlichen jährlichen Zu- gangsgrenze bei Bewilligung von 37,5 % der Quote	Nein
Laufzeit und wiederholte Inan- spruchnahme	3–4 Jahre (auf 5 verlängerbar); kann wiederholt in Anspruch genommen werden	12–24 Monate; Einsatz begrenzt auf 2½ von beliebigen 5 Jahren ⁴	Direkte Auszahlungen; wiederholte Inanspruch- nahme ggf. vorbehaltlich Zugangsgrenzen und anderer Auflagen
Gleichzeitige Inan- spruchnahme	General Resources Account (Extended Fund Facility/Stand- By Arrangement)	General Resources Account (Extended Fund Facility/Stand- By Arrangement) und Policy Support Instrument	General Resources Account (Rapid Financing Inst- rument und Policy Support Instrument); Kredite im Rahmen des RFI werden in die RCF-Zugangsgren- zen eingerechnet

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

1 Die UCT-Qualitätskonditionalität umfasst programmbezogene Konditionen, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Mittel des IWF für die Umset-
zung der Programmziele eingesetzt werden und die IWF-Ressourcen adäquat gesichert sind.

2 Zugangsnormen gelten nicht, wenn die ausstehenden konzessionären Kredite mehr als 150 % der Quote ausmachen. In diesen Fällen wird der Zugang
von der Berücksichtigung der Zugangsgrenze von 225 % der Quote (bzw. der außergewöhnlichen Zugangsgrenze von 300 % der Quote), vom erwarteten
künftigen Bedarf an Unterstützung durch den IWF und vom Tilgungsplan geleitet.

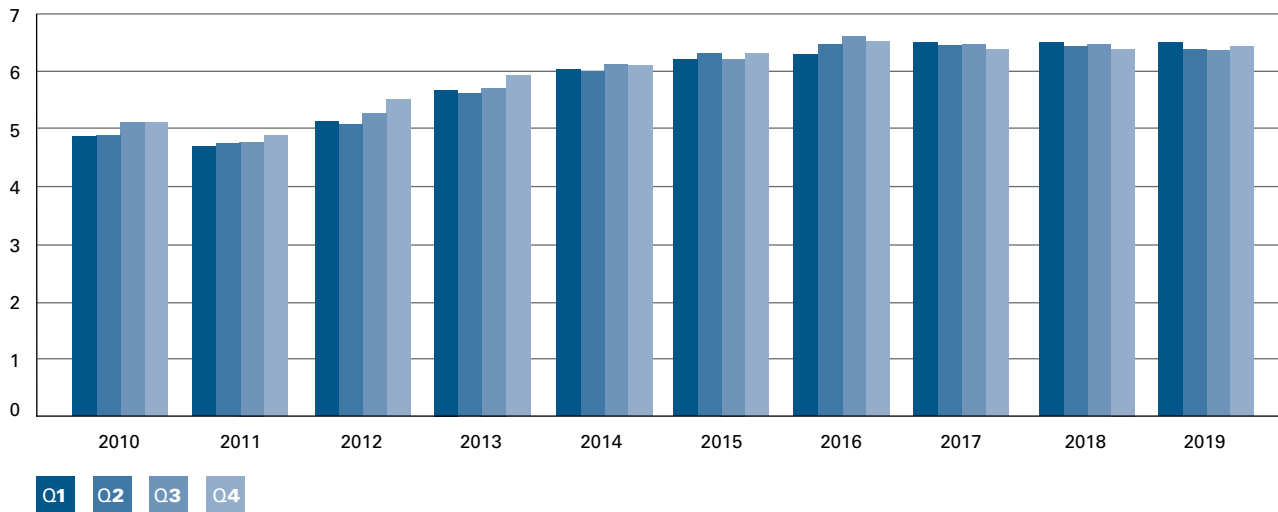
3 Die Zinssätze für alle konzessionären Fazilitäten werden alle zwei Jahre vom IWF geprüft. Bei der letzten Prüfung im Oktober 2016 billigte das Exekutiv-
direktorium Zinsfreiheit für ECF und SCF bis Ende Dezember 2018 sowie die Anpassung des Mechanismus zur Festlegung der Zinssätze, damit die Zinsen
immer dann und so lange bei null liegen, wie die Zinsen weltweit niedrig sind. Im Juli 2015 setzte das Exekutivdirektorium den RCF-Zinssatz dauerhaft
auf null. Im Dezember 2018 wurde die Zinsfreiheit für ausstehende RCF-Kredite im Rahmen von ECF und SCF sowie der Exogenous Shocks Facility vom
Exekutivdirektorium bis Juni 2019 verlängert.

4 Für vorsorglich abgeschlossene SCFs gilt diese zeitliche Einschränkung nicht.

Schaubild 2.3

Ausstehende konzessionäre Kredite, GJ 2010–19

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

KONZESSIONÄRE MITTEL

Im GJ 2019 sagte der IWF im Rahmen seines Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust, PRGT) den einkommensschwachen Entwicklungsländern unter seinen Mitgliedern Darlehen in Höhe von insgesamt 235,1 Mio. SZR (325,72 Mio. US\$) zu. Die ausstehenden konzessionären Kredite an 52 Mitglieder beliefen sich Ende April 2019 auf insgesamt 6,45 Mrd. SZR. Tabelle 2.4 bietet einen ausführlichen Überblick über die neuen Vereinbarungen und die Aufstockungen bestehender Vereinbarungen im Rahmen der konzessionären Finanzierungsfazilitäten des IWF. Schaubild 2.3 zeigt das Volumen der ausstehenden konzessionären Kredite im letzten Jahrzehnt.

Das Regelwerk des IWF für die Vergabe konzessionärer Kredite wird regelmäßig geprüft, um den sich wandelnden Anforderungen Rechnung zu tragen. Im Rahmen der allgemeinen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, Ländern beim Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu helfen, wurde das Finanzsicherheitsnetz für einkommensschwache Länder im Jahr 2015 verstärkt. Die maßgeblichen Änderungen: a) Erhöhung der Zugangsnormen und -grenzen des PRGT um 50 Prozent; b) Umschichtung des Verhältnisses zwischen konzessionären und nicht konzessionären Krediten von 1:1 auf 1:2 für Länder, die vom IWF sowohl aus dem PRGT als auch aus dem GRA Finanzhilfe erhalten; c) dauerhafte Senkung des Zinssatzes auf null für im Rahmen der Schnelkkreditfazilität (Rapid Credit Facility, RCF) bereitgestellte Mittel, um Ländern in fragiler Situation und nach Naturkatastrophen zu helfen.

Verschiedene Details zur Anwendung dieses Finanzsicherheitsnetzes – etwa der Zugang zum GRA für Mitglieder, die zum

Bezug von Mitteln aus dem PRGT berechtigt sind, Richtlinien zur kombinierten Nutzung verschiedener Fazilitäten sowie die Rolle von Normen bei der Gewährung des Zugangs – wurden im Zuge einer Direktoriumsaussprache im November 2016 geklärt. Des Weiteren:

- Im Oktober 2016 wurden die Zinssätze aller konzessionären Kredite auf null gesenkt, mit Gültigkeit bis 31. Dezember 2018. Darüber hinaus wurde der Mechanismus zur Festlegung der Zinssätze dahingehend angepasst, dass die Zinssätze bei Anhalten des globalen Niedrigzinsumfelds weiterhin bei null liegen. Gemäß einem Beschluss des Exekutivdirektoriums von Dezember 2018 wird auf ausstehende Kredite aus dem PRGT im Rahmen der Extended Credit Facility und der Stand-By Credit Facility bis Ende Juni 2019 weiterhin ein Zinssatz von null Prozent pro Jahr angewendet.
- Im Mai 2017 erörterte das Exekutivdirektorium Optionen zur besseren Unterstützung von Ländern (einschließlich der zum Bezug von Mitteln aus dem PRGT berechtigten Mitglieder), die aufgrund von schweren Naturkatastrophen plötzlichem Zahlungsbilanzdruck ausgesetzt sind. Für diese Länder unterstützten die Direktoren einen Vorschlag zur Anhebung der jährlichen Zugangsgrenze unter der Rapid Credit Facility und dem Rapid Financing Instrument von 37,5 auf 60 Prozent der Quote.

Zur Auswertung der Erfahrungen mit der Nutzung der konzessionären Fazilitäten und zur Prüfung der Optionen für die Anpassung der bestehenden Fazilitäten wurden die Ergebnisse der 2018–19 durchgeführten Überprüfung der Fazilitäten für einkommensschwache Länder im Juli 2018 erstmals vom Exekutivdirektorium erörtert. (Da die Überprüfung erst im Mai 2019 nach Ablauf des in diesem Bericht behandelten Geschäftsjahres

abgeschlossen wurde, folgt die Berichterstattung dazu im *Jahresbericht 2020*.) Bei dieser Erörterung standen zwei Punkte im Vordergrund, die aus den Konsultationen mit Stakeholdern und auf Basis der Erfahrungswerte der IWF-Mitarbeiter als wesentlich und notwendig hervorgegangen waren: a) die Notwendigkeit, die Zugangsrichtlinien und Finanzierungsbedingungen bei adäquater Sicherung der Mittel des PRGT zu aktualisieren; und b) die Notwendigkeit, auszuloten, inwiefern bei den Fazilitäten zusätzliche Flexibilität gefragt ist, um den großen Unterschieden zwischen den potenziellen Kreditnehmern Rechnung zu tragen. Die Überprüfung ist ein Anlass für eine umfassende Neubewertung des IWF-Instrumentariums hinsichtlich seiner Eignung, den aktuellen Bedürfnissen einkommensschwacher Länder gerecht zu werden. Sie versteht sich als Teil breiter angelegter Bemühungen, zu denen auch die (ebenfalls im *Jahresbericht 2020* thematisierte) Überprüfung der Konditionalität und der Gestaltung der IWF-gestützten Programme sowie die Umsetzung eines verbesserten Rahmenwerks für die Bewertung der Schuldentragfähigkeit einkommensschwacher Länder gehören.

Im Jahr 2015 wurde eine Aktion zur Mittelbeschaffung gestartet, um die Finanzierung der konzessionären Kredite des IWF an seine ärmsten und anfälligsten Mitglieder zu sichern. Mit 11,4 Mrd. SZR an mobilisierten Mitteln für Kredite im Rahmen des PRGT wurde das ursprüngliche Ziel von 11 Mrd. SZR übertroffen. Von den 28 potenziellen Kreditgebern, an die sich der Fonds gewandt

hatte – darunter 14 neue Kreditgeber aus aufstrebenden und fortgeschrittenen Volkswirtschaften – sagten 15 Länder neue Kreditvereinbarungen zu (Stand: 30. April 2019). Darunter befanden sich mit Brasilien und Schweden zwei neue Kreditgeber.

Die Initiative zur Schuldenerleichterung für hochverschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries, HIPC) ist inzwischen größtenteils abgeschlossen. Insgesamt profitierten 36 der 39 berechtigten bzw. potenziell berechtigten Länder von der Initiative. Als letztem Empfängerland wurde dem Tschad im April 2015 eine Schuldenerleichterung in Höhe von 17 Mio. SZR gewährt. Auch im Rahmen des im Februar 2015 eingerichteten Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Katastrophenhilfe (Catastrophe Containment and Relief Trust, CCRT) kann der IWF berechtigten Ländern Schuldenerleichterung gewähren. Der CCRT bietet außergewöhnliche Unterstützung für Länder, die infolge von schweren Naturkatastrophen (etwa verheerenden Erdbeben), lebensbedrohlichen, sich rasch ausbreitenden Epidemien mit dem Potenzial, auch auf andere Länder überzugreifen, sowie anderen Katastrophen mit Zahlungsbilanzproblemen konfrontiert sind. Bisher wurden Guinea, Liberia und Sierra Leone Schuldenerleichterung im Rahmen des CCRT gewährt. Zudem erhielt Haiti 2010 eine Schuldenerleichterung in Höhe von 178 Mio. SZR unter dem ehemaligen Treuhandfonds zur Schuldenerleichterung in der Folgezeit von Katastrophen (Post-Catastrophe Debt Relief Trust).

Tabelle 2.4

Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen und Kredite im GJ 2019

(Millionen SZR)

Mitglied	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE DREIJÄHRIGE VEREINBARUNG IM RAHMEN DER EXTENDED CREDIT FACILITY		
Sierra Leone	30. November 2018	124,4
Zwischensumme		124,4
AUFSTOCKUNGEN VON VEREINBARUNGEN IM RAHMEN DER EXTENDED CREDIT FACILITY¹		
Guinea-Bissau	1. Juni 2018	5,7
Niger	10. Dezember 2018	19,7
Subtotal		25,4
NEUE RAPID CREDIT FACILITY		
Mosambik	19. April 2019	85,2
Subtotal		85,2
Insgesamt		235,1

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Nur der Aufstockungsbetrag ist angegeben.

VEREINBARUNG ZUR KOORDINIERUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Mit der 2017 geschaffenen Vereinbarung zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik (Policy Coordination Instrument, PCI) sollen Länder durch ihre nachweisliche Verpflichtung zu einer

Reformagenda bei der Beschaffung von Finanzmitteln von öffentlichen wie privaten Gebern und Gläubigern unterstützt werden. Neben einem politischen Dialog zwischen dem IWF und dem betreffenden Land findet im Rahmen der Vereinbarung eine Überwachung der Wirtschaftsentwicklung und -politik des Landes statt, die bei erfolgreichem Abschluss zu einer Bestätigung dieser Politik durch das Direktorium führt. Bezüglich ihrer wichtigsten Merkmale orientiert sich die PCI-Vereinbarung an den Finanzierungsvereinbarungen und dem Policy Support Instrument, doch es gibt auch einige Unterschiede: Es gibt beispielsweise keine Berechtigungskriterien (sie steht allen Mitgliedern offen), der Prüfplan ist flexibler und die Überwachung der Konditionalität folgt einem prüfbasierten Ansatz.

Im GJ 2019 wurde vom Exekutivdirektorium der im Rahmen der PCI-Vereinbarung mit den Seychellen erzielte Fortschritt weiterhin überwacht und eine PCI-Vereinbarung für Serbien genehmigt.

Serbien

Nach Auslaufen des vorsorglich abgeschlossenen Stand-By Arrangement im Februar 2018 beantragte Serbien als zweites IWF-Mitgliedsland eine Vereinbarung zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Das Land konnte im Rahmen des IWF-Programms beträchtliche Fortschritte beim Wiederherstellen der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der Verbesserung der makroökonomischen Lage erzielen. Die Wirtschaftsaussichten sind nach wie vor positiv. Doch Serbien ist weiterhin anfällig für ein Übergreifen von regionalen und globalen Entwicklungen und Marktvolatilität, einschließlich potenziell höherer Risikoaversion bei aufstrebenden Volkswirtschaften.

Im Juli 2018 billigte das Exekutivdirektorium eine PCI-Vereinbarung für Serbien mit einer Laufzeit von 30 Monaten. PCI-Vereinbarungen zielen auf die Wahrung der makroökonomischen Stabilität und der Finanzstabilität ab. Zugleich sollen ehrgeizige strukturelle und institutionelle Reformen für schnelles und inklusives Wachstum, zur Schaffung von Arbeitsplätze und zur Anhebung des allgemeinen Lebensstandards beitragen. Programmprüfungen erfolgen in einem festen halbjährlichen Turnus. Im Rahmen der PCI-Vereinbarung werden zwar keine Mittel des IWF verwendet, doch der erfolgreiche Abschluss der Programmprüfungen unterstützt Serbien dabei, sein anhaltendes Bekenntnis zu einer soliden makroökonomischen Politik und zu Strukturreformen zu signalisieren.



VEREINBARUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Für einkommensschwache Entwicklungsländer, die keine IWF-Mittel in Anspruch nehmen möchten oder benötigen, bietet sich die Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik (Policy Support Instrument, PSI) als flexibles Instrument an, um auch ohne Kreditvereinbarung vom IWF Beratung und Hilfe zu erhalten. PSI-Vereinbarungen stellen eine wertvolle Ergänzung der Kreditfazilitäten des IWF im Rahmen des PRGT dar, denn die Länder werden bei der Gestaltung effektiver Konjunkturprogramme unterstützt. Gebern, multilateralen Entwicklungsbanken und Märkten wird damit signalisiert, dass der IWF die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Mitglieds für solide befindet und gutheißt.

PSI-Vereinbarungen sollen – üblicherweise mittels halbjährlicher Bewertungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik durch den IWF – einen engen politischen Dialog zwischen dem IWF und dem betreffenden Mitgliedsland fördern. Sie stehen Ländern zur Verfügung, die Anspruch auf Unterstützung im Rahmen des PRGT haben und über eine Strategie zur Armutsbekämpfung verfügen. Zudem muss das politische Regelwerk auf die Konsolidierung der makroökonomischen Stabilität und Schuldentragfähigkeit ausgerichtet sein und Strukturreformen in wichtigen, von Einschränkungen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums und der Armutsbekämpfung gekennzeichneten Bereichen vorsehen. In Ländern, deren Institutionen eine anhaltend gute Leistung aufrechterhalten können, tragen diese Reformen zur wirksamen und dauerhaften Armutsbekämpfung und zu nachhaltigem und kräftigem Wirtschaftswachstum bei. Grundsätzlich zielen die im Rahmen einer PSI-Vereinbarung ergriffenen Maßnahmen auf die Konsolidierung der makroökonomischen Stabilität und die Umsetzung von Strukturmaßnahmen ab, mit denen die Konjunktur angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Dazu gehören Verbesserungen in der öffentlichen Verwaltung,

die Stärkung des Finanzsektors und der Aufbau sozialer Sicherheitsnetze. Die Prüfungen des Exekutivdirektoriums spielen eine entscheidende Rolle bei der Bewertung der Leistung im Rahmen des Programms und erlauben dessen Anpassung an wirtschaftliche Entwicklungen.

Im GJ 2019 wurden vom Exekutivdirektorium Prüfungen der PSI-Vereinbarungen mit Ruanda und Senegal abgeschlossen.

ÜBERWACHUNG IN DER FOLGEZEIT VON PROGRAMMEN

Wenn ein Mitgliedsland Geld vom IWF ausleiht, wird seine Politik strenger überwacht. Nach Abschluss eines Kreditprogramms folgt gegebenenfalls eine weitere Überwachung (Post-Program Monitoring, PPM), die ein wichtiges Element in der Sicherheitsarchitektur des IWF darstellt. Zu erwarten ist dies generell für alle Mitgliedsländer, die nach Auslaufen ihres Programms noch erhebliche Schulden beim IWF haben. Damit sollen Risiken für die mittelfristige wirtschaftliche und finanzielle Tragfähigkeit dieser Mitgliedsländern aufgedeckt und frühzeitig Hinweise auf Risiken in der IWF-Bilanz geliefert werden. Bei Bedarf bringt sich der IWF zur Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte mittels politischer Maßnahmen beratend ein.

Im GJ 2019 überprüfte das Exekutivdirektorium die von Zypern im Rahmen des PPM erzielten Fortschritte und schloss die ersten diesbezüglichen Gespräche mit Albanien und Griechenland ab.

Albanien

Im Mai 2018 schloss das Exekutivdirektorium die ersten PPM-Gespräche mit Albanien ab. Die albanische Wirtschaft setzt ihren Erholungskurs fort: Dank der kräftigen Inlandsnachfrage wuchs das reale BIP 2017 gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Prozent. Das war vor allem der Belebung der Bautätigkeit, der Erholung des Arbeitsmarktes und der Kreditnachfrage der privaten Haushalte sowie hohen ausländischen Direktinvestitionen im Energiesektor zuzuschreiben. Trotz des sinkenden öffentlichen Schuldenstands im Verhältnis zum BIP hat sich die Haushaltskonsolidierung seit dem Auslaufen des Programms verlangsamt, und es sind Zahlungsrückstände angefallen. Durch den Tourismus und den Export sonstiger Dienstleistungen konnte das Leistungsbilanzdefizit auf 6,9 Prozent des BIP gesenkt werden, und der Bestand der Währungsreserven ist weiterhin hoch. Die Inflation ist niedrig, und trotz des schwachen Kreditwachstums verfügen die Banken über angemessene Liquidität und Stabilität.

Ungeachtet des günstigen Umfelds und der positiven kurzfristigen Wirtschaftsaussichten bestehen weiterhin Risiken und Schwachstellen im Zusammenhang mit der hohen öffentlichen Verschuldung, notleidenden Krediten im Finanzsektor sowie Schwächen der öffentlichen Institutionen und des Justizsystems. Eine Verlangsamung des Reformprozesses oder das Übergreifen externer Schocks könnte die Wachstumsaussichten beein-

trächtigen und das Vertrauen untergraben, was sich negativ auf die Schuldendynamik auswirken und den Finanzierungsdruck auf den Haushalt erhöhen würde. Positive Auswirkungen sind hingegen von der Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien zu erwarten: Das Vorantreiben der Reformen würde die Investitionen und das BIP-Wachstum ankurbeln.

Albanien verzeichnet derzeit ein starkes Wirtschaftswachstum, das jedoch ohne die Umsetzung wichtiger Strukturreformen nicht von Dauer sein dürfte, so die Exekutivdirektoren. Daher ist es besonders wichtig, dass die Regierung die günstige Wirtschaftslage für die Umsetzung der Reformagenda nutzt, um das Potenzialwachstum zu steigern und das Land so zu positionieren, dass es von einem möglichen EU-Beitritt profitiert.

Griechenland

Im März 2019 schloss das Exekutivdirektorium die ersten PPM-Gespräche mit Griechenland ab, wo die wirtschaftliche Erholung an Fahrt aufnimmt und an Breite gewinnt.

2019 wird sich das Wachstum den Projektionen zufolge auf 2,4 Prozent belaufen (nach geschätzten 2,1 Prozent im Jahr zuvor). Die Erholung wird vom Exportgeschäft, dem privaten Konsum und der Investitionstätigkeit getragen. Die allmähliche Erholung bei den Privatkundeneinlagen hat eine weitere Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen ermöglicht, doch die Kreditvergabe im Bankensektor ist weiterhin negativ. Mittelfristig wird mit einem Wirtschaftswachstum von knapp über 1 Prozent gerechnet.

Vorbehaltlich steigender Risiken angesichts der nach wie vor erheblichen Anfälligkeiten wird die Rückzahlungsfähigkeit des Landes mittelfristig als angemessen eingestuft. Dank der mit den europäischen Partnern vereinbarten anhaltend hohen Primärüberschüsse, des nominalen BIP-Wachstums und der Schuldenerleichterungen (die den Aufbau eines beträchtlichen vorsorglichen Liquiditätspuffers ermöglichten und die Bedienung der öffentlichen Schulden erleichterten) wird die Schuldenstandsquote den Projektionen zufolge mittelfristig weiterhin sinken.

Doch sowohl die Inlandsrisiken als auch die externen Risiken haben zugenommen, und Altlasten aus der Finanz- und Wirtschaftskrise – darunter die hohe öffentliche Verschuldung und die Wertminderungen in den Bilanzen des Privatsektors – sowie die vergleichsweise schlechte Zahlungsdisziplin stellen weiterhin erhebliche Anfälligkeiten dar.

Den Exekutivdirektoren zufolge sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die Zugewinne bei der Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer zu sichern, die Produktivität zu steigern und die Flexibilität am Arbeitsmarkt sicherzustellen. Besorgnis äußerten sie hinsichtlich der Risiken für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit durch die kürzlich erfolgte Rücknahme der Kollektivvertragsreform des Jahres 2012 und die im Vergleich zum Produktivitätswachstum deutlich stärkere Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns.



Kapazitätsentwicklung

Die Stärkung von Institutionen wie Zentralbanken und Finanzministerien geht mit einer erhöhten Wirksamkeit politischer Maßnahmen und mehr wirtschaftlicher Stabilität und Inklusion einher. Der IWF bietet daher diesbezüglich technische Hilfe und Ausbildung in für die wirtschaftliche Stabilität entscheidenden Bereichen an.

EINLEITUNG

Kapazitätsentwicklung ist neben Kreditvergabe und Überwachung eine der drei Kernfunktionen des IWF und beansprucht 30 Prozent seines Haushalts. Im Rahmen der Kapazitätsentwicklung werden die Mitgliedsländer bei der Gestaltung wirksamer politischer Maßnahmen und beim Aufbau effizienter Institutionen unterstützt. Das dient der Stärkung ihrer Volkswirtschaften, der Förderung von inklusivem Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Der IWF gelangt zunehmend zu der Erkenntnis, dass seinen Mitgliedsländern besser gedient ist, wenn die Kapazitätsentwicklung nicht als sekundäre oder isoliert zu betrachtende Funktion verstanden wird. Denn durch die Zusammenführung von Kapazitätsentwicklung, Überwachung und Kreditvergabe bietet sich eine Chance zur Nutzung potenzieller Synergien zwischen den Kernfunktionen des IWF zugunsten seiner Mitglieder. Angesichts seiner globalen Reichweite und der drei Kernfunktionen ist der IWF zur Unterstützung seiner Mitglieder gut aufgestellt. Mit den umfassenden Fachkenntnissen seiner Mitarbeiter im Bereich der Kapazitätsentwicklung lässt sich die Relevanz, Effizienz und Wirkung der politischen Beratungstätigkeit des IWF noch verstärken. Durch den regelmäßigen Kontakt mit hochrangigen Politikern kann die Treffsicherheit, Sichtbarkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen im Bereich Kapazitätsentwicklung erhöht werden. Der IWF ist auch gut positioniert, um als Drehscheibe für den Wissensaustausch, Peer Learning und die Abstimmung zwischen verschiedenen Akteuren im Bereich Kapazitätsentwicklung zur Stärkung dieser Bemühungen zu fungieren.

Seiner Arbeit zur Kapazitätsentwicklung kommt der IWF mittels Entsendung von Mitarbeitern von seinem Hauptsitz in Washington, D.C., mittels kurzfristiger Expertenbesuche und langfristiger Einsätze von Beratern vor Ort sowie über mehrere regionale Zentren für Kapazitätsentwicklung und mittels Online-Kursen nach. Dank der 16 regionalen Zentren – die auch eine engere Abstimmung mit anderen Entwicklungspartnern erlauben – kann der IWF rasch reagieren, wenn sich in einem Land ein diesbezüglicher Bedarf abzeichnet. Ein gut strukturierter und umfassender Leitgedanke sorgt dafür, dass die Arbeit grundsätzlich auf den Aufbau wirtschaftspolitischer Institutionen ausgerichtet ist und den Entwicklungsprioritäten des Landes entspricht. Diese Bemühungen werden von bilateralen und multilateralen Partnern unterstützt, die derzeit etwa die Hälfte der Arbeit des IWF im Bereich Kapazitätsentwicklung, einschließlich der Unterstützung für die regionalen Zentren, finanzieren.

Alle 189 Mitgliedsländer erhielten in den letzten 50 Jahren ihren Prioritäten entsprechend Unterstützung vom IWF in Form

von Kapazitätsentwicklung. Im GJ 2019 wurde rund die Hälfte der gesamten fachlichen Beratung in Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen bereitgestellt. Etwas mehr als die Hälfte des politikorientierten Ausbildungsangebots kam aufstrebenden Volkswirtschaften und Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen zugute.

Im Rahmen der Kapazitätsentwicklung unterstützt der IWF die Länder bei ihren Bemühungen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in den folgenden grundlegenden Bereichen:

- *Fiskalisches:* Unterstützung der Regierungen zur besseren Mobilisierung von Einkünften und wirksamen Steuerung der Ausgaben mittels Steuer- und Zollpolitik, gestärkter Steuerbehörden, Haushaltsaufstellung, Verwaltung der Staatsfinanzen und in- und ausländischen Schulden sowie sozialer Sicherheitsnetze. Damit werden Regierungen in die Lage versetzt, die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte aufrechtzuerhalten, die Infrastruktur des Landes (wie Schulen, Straßen und Krankenhäuser) sowie die sozialen Sicherheitsnetze zu verbessern und mehr Investitionen ins Land zu holen.
- *Monetäres:* Zusammenarbeit mit Zentralbanken zur Modernisierung ihrer Geld- und Wechselkurspolitik, der diesbezüglichen Regelwerke und ihrer Umsetzung, mit Regulierungs- und Aufsichtsbehörden des Finanzsektors zur Stärkung der finanziellen Infrastruktur und Institutionen und mit anderen maßgeblichen Behörden zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten im Bereich der makroprudenziellen Aufsicht und des Krisenmanagements. Diese Bestrebungen tragen zu mehr makroökonomischer Stabilität und Finanzstabilität im Land bei, und sie kurbeln die Konjunktur im Land und den internationalen Handel an.
- *Rechtliches:* Anpassung des Rechtsrahmens und des Governance-Regelwerks an internationale Standards, damit die Länder solide Haushalts- und Finanzreformen ausarbeiten und gegen Korruption, Geldwäsche sowie Terrorismusfinanzierung vorgehen können.
- *Statistik:* Verbesserungen bei der Erfassung und Verbreitung von makroökonomischen Daten und Finanzdaten, um zu einem verbesserten Verständnis der jeweiligen Volkswirtschaft zu gelangen, evidenzbasierte Politik, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu fördern sowie das Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.
- *Makroökonomisches:* Stärkung der Kompetenz von Behörden zur Gestaltung und Umsetzung einer soliden makroökonomischen Politik und Finanzpolitik, Vertiefen des Dialogs zwischen den Mitgliedern zu politischen Fragen und Fördern des Erfahrungsaustausches durch Peer Learning.

Mit seiner Arbeit im Bereich Kapazitätsentwicklung, seiner Politikberatung und Forschungstätigkeit unterstützt der IWF seine Mitglieder dabei, ihre Entwicklungsprioritäten in Angriff zu nehmen, insbesondere:

- **Abbau der Ungleichheit:** Der IWF veranstaltet für politische Entscheidungsträger Schulungen, die auf die Umsetzung inklusiver politischer Maßnahmen, z. B. Ausgaben- und Subventionsreformen, und progressive Besteuerung sowie mehr Finanzinklusion (u. a. durch neue Finanztechnologien) abzielen. Zudem stellt er Instrumente für die Analyse, Durchführung und Überwachung der Maßnahmen zum Abbau der Ungleichheit bereit.
- **Gleichstellung der Geschlechter:** Die Kapazitätsentwicklungs- und Ausbildungsarbeit des IWF zur Gleichstellung der Geschlechter umfasst inzwischen auch Schulungen für Regierungsbeamte, Peer Learning Workshops sowie technische Hilfe zu einer an Gleichstellungsfragen orientierten Haushaltsgestaltung (Gender-Responsive Budgeting).
- **Klimaschutz:** Der IWF arbeitet mit Ländern an Umweltsteuerreformen und an einer effizienten Gestaltung der Energiepreise, um die Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren. Er hilft den Ländern auch beim Aufbau von robusten Regelwerken und Plänen für die Verwaltung der öffentlichen Finanzen als Vorbereitung auf Naturkatastrophen und klimabedingte Schocks. Bezüglich der Entwicklung von Stresstests für Klima-

risiken stehen die Mitarbeiter des IWF in Kontakt mit Experten führender Zentralbanken.

Überprüfung der Kapazitätsentwicklungsstrategie

Im November 2018 wurde die Überprüfung der Kapazitätsentwicklungsstrategie des IWF vom Exekutivdirektorium erörtert. Bei der Überprüfung standen zwei sich gegenseitig verstärkende Zielsetzungen im Vordergrund: die Erhöhung der Wirksamkeit und die Steigerung der Effizienz im Bereich der Kapazitätsentwicklung. Die Wirksamkeit soll durch die verstärkte Integration mit den anderen Kernfunktionen des IWF, Beratungstätigkeit und Kreditvergabe, und die Anpassung der Strategien an die institutionelle Kapazität und die spezifischen Bedürfnisse jedes Landes erhöht werden. Zugleich ist auf Umsetzungs- und Ergebnisorientierung zu achten. Die angestrebten Effizienzsteigerungen im Bereich Kapazitätsentwicklung sollen durch eine Verbesserung der Prozesse und Systeme – mit dem Ziel erhöhter Transparenz und Rechenschaftspflicht – sowie durch eine verbesserte Grundlage für strategische Entscheidungen erzielt werden.

Für die Kapazitätsentwicklungsstrategie wurden Empfehlungen in den folgenden fünf Bereichen abgegeben:

- Klarere Rollen und Zuständigkeiten für interne und externe Akteure, wobei den Behörden des jeweiligen Landes im gesamten Prozess – unter gebührender Berücksichtigung eventueller institutioneller Zwänge und Kapazitätsbeschränkungen – eine führende Rolle zukommt. Infolge der Abstimmung der Strategie auf das jeweilige Land erfüllen die Regionalabteilungen des IWF bei der Einbindung des Landes eine zentrale Funktion: Sie legen die Länderstrategie und die Prioritäten für die Kapazitätsentwicklung fest, sorgen für die Berücksichtigung der landeseigenen Strategie und arbeiten mit den Abteilungen für Kapazitätsentwicklung zusammen.
- Bessere Prioritätensetzung und Überwachung der Aktivitäten, Fokus auf mittelfristige Planung sowie weitere Stärkung der allgemeinen Überwachung der Aktivitäten im Bereich Kapazitätsentwicklung.
- Verbesserte Abstimmung auf das jeweilige Land, Berücksichtigung bestehender Strategien für eine möglichst moderne und flexible Vorgehensweise durch fortgesetztes Experimentieren mit innovativen Technologien.
- Effektivere Abstimmung und effektiverer Informationsaustausch zu Kapazitätsentwicklung innerhalb des IWF durch regelmäßiges Einbinden des Exekutivdirektoriums über bestehende Initiativen, etwa Wissensmanagement, digitaler Arbeitsplatz oder im Rahmen des Capacity Development Management and Administration Program.





■ Bessere Koordination mit anderen Akteuren im Bereich Kapazitätsentwicklung, innovative Ansätze in der Kommunikation zur Schaffung von mehr Bewusstsein für die diesbezügliche Arbeit des IWF, verbesserte Darstellung der Empfehlungen in den Berichten zur technischen Hilfe, Veröffentlichung von mehr aktuellen Notizen und Berichten zur technischen Hilfe unter Wahrung der Vertraulichkeit und des Vertrauens der betroffenen Länder.

Auf den folgenden Seiten werden für jeden Schwerpunkt in der Kapazitätsentwicklung des IWF die wichtigsten Bereiche anhand von Länderbeispielen dargestellt.

HÖHEPUNKTE: FISKALISCHES

Steuerverwaltung

Zur Sicherung von Ressourcen für nachhaltige Entwicklung und, im Fall von einkommensschwachen Ländern, zur Verringerung der Abhängigkeit von ausländischer Hilfe ist die Mobilisierung von Einkünften entscheidend. Der IWF arbeitet weiter an der Entwicklung innovativer Ansätze zur Verbesserung der Steuerverwaltung.

Der im Juli 2019 vom IWF veranstaltete Workshop unter dem Titel „Revenue Mobilization in the Caribbean and Pacific: Common Issues – Different Approaches“, der erste seiner Art, bot den teilnehmenden Vertretern von 35 kleinen Inselstaaten Gelegenheit zum Wissens- und Erfahrungsaustausch über ihre einzigartigen Herausforderungen bei der Mobilisierung von Einkünften. Die Delegierten profitierten von diesem Gedankenaustausch und verstärkten ihr Engagement zur Umsetzung diesbezüglicher Reformen.

Darüber hinaus veranstaltete der IWF eine Reihe interaktiver Workshops mit den Führungskräften einer europäischen Finanzverwaltungsbehörde. Der Workshop im Februar 2019 zielte auf die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen für den Aufbau einer starken Zentrale ab, in der leitende Mitarbeiter gemeinsam an der Umsetzung eines ehrgeizigen Reformprogramms arbeiten und zugleich für den reibungslosen Ablauf des Tagesgeschäfts sorgen. Somit konnten sich die Führungskräfte stärker auf die Leistungsfähigkeit der Behörde und eine Reform der Governance konzentrieren, was zu einem besseren Reformergebnis führte.

Steuerpolitik

Eine gute Steuerpolitik hilft dabei, Ziele für Steuereinnahmen zu erreichen und sicherzustellen, dass durch das Steuersystem robustes, inklusives und gerechtes Wachstum gefördert wird. Auch in diesem Bereich bieten die Experten des IWF Hilfestellung an.

Infolge eines kräftigen Anstiegs der Bergbauinvestitionen in Guinea zeigten sich die Behörden zunehmend besorgt über die Kapazität des Steuersystems zum wirksamen Umgang mit Verrechnungspreisfragen (Stichwort Transfer Pricing) – und damit zur Mobilisierung höherer Einkünfte. Auf Vorschlag des IWF wurde diese Gelegenheit für eine umfassende Überprüfung der Bestimmungen zur internationalen Besteuerung genutzt. Im Zuge der im September 2018 entsandten Mission legten die IWF-Experten auf die lokalen Gegebenheiten abgestimmte Vorschriften und Prozesse in Form konkreter Rechtstexte vor. Die Dringlichkeit der Lage führte zur unverzüglichen Verabschiedung der vorgeschlagenen Steuervorschriften im Haushaltsplan 2019.



In der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC) nahmen die Länder nach dem Einbruch der Rohstoffpreise im Jahr 2014 durch die Kürzung nicht prioritärer Ausgaben zwar Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vor. Doch es stellte sich heraus, dass die Initiativen zur Mobilisierung zusätzlicher Steuereinkünfte nicht ausreichend waren. Zur Unterstützung bei der Umsetzung von Reformen in der gesamten Region leistete der IWF von 2017 bis 2019 dauerhaft technische Hilfe. Dies diente der Erstellung einer Diagnose und der Erarbeitung politischer Empfehlungen. Zudem wurden die Länder bei der Ausarbeitung neuer regionaler Richtlinien unterstützt. In der Folge wurde von der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft im April 2019 eine neuen Verbrauchsteuerrichtlinie verabschiedet. Sie soll den Mitgliedsländern in den kommenden Jahren bei der Mobilisierung erheblicher zusätzlicher Steuereinkünfte helfen.

Verwaltung der öffentlichen Finanzen und Ausgabenpolitik

Mit seiner anhaltenden Unterstützung für Länder bei der Stärkung ihrer Infrastruktur-Governance durch Bewertungen und Kapazitätsaufbau zielt der IWF auf die Maximierung der wachstumsfördernden Wirkung öffentlicher Investitionen ab.

Im GJ 2019 führte der IWF in 18 Ländern Bewertungen der Verwaltung von öffentlichen Investitionen durch. Damit steigt die Zahl der insgesamt durchgeführten Bewertungen auf 53. Sie helfen den Behörden bei der Ermittlung von Reformmaßnahmen für die Stärkung der Infrastruktur-Governance. In Vietnam etwa trugen die Empfehlungen zur Einführung einer Mehrjahresplanung für öffentliche Investitionen und zur verstärkten Bewertung der Projekte maßgeblich zur Überarbeitung der gesetzlichen Vorgaben für die Verwaltung von öffentlichen Investitionen bei. Im Libanon führten die Erkenntnisse zu einer Weiterentwicklung des Rahmenwerks für die Ermittlung und Bewertung fiskalischer Risiken mit einem Schwerpunkt auf öffentlich-privaten Partnerschaften.

Der IWF veranstaltete auch mehrere regionale Seminare und Workshops zum Thema Kapazitätsaufbau. Im Rahmen der regionalen, hochrangig besetzten Seminare zum Thema Infrastruktur-Governance in Vietnam und Ghana etwa wurden Peer Learning und der Erfahrungsaustausch zwischen Regierungsvertretern in Asien bzw. Afrika gefördert. In der Karibik veranstaltete der IWF über einen Zeitraum von drei Jahren drei regionale Workshops für Regierungsvertreter mit praxisorientierten Schulungen zur Anwendung des Modells zur Bewertung des fiskalischen Risikos von öffentlich-privaten Partnerschaften. Zu den Ergebnissen gehörten eine regionale Studie über die Rahmenwerke und Praktiken für das Management öffentlich-privater Partnerschaften sowie ein Fahrplan zur Verbesserung der Haushaltsführung.

Die Transparenz der öffentlichen Finanzen ist für effektive Haushaltsführung und Rechenschaftspflicht weiterhin entscheidend. Die laufenden Bestrebungen des IWF zur Unterstützung seiner Mitglieder in diesem Bereich stützen sich primär auf zwei Instrumente: den Fiscal Transparency Code (Kodex zur

fiskalischen Transparenz) und die Fiscal Transparency Evaluation (Bewertung der fiskalischen Transparenz). Im Juni 2019 führte der IWF in Usbekistan eine solche Bewertung durch, um Lücken in der Umsetzung aufzuspüren und einen detaillierten Maßnahmenplan zu entwickeln. Im Anschluss an die Bewertung wurde von den Behörden ein Präsidialdekret erlassen, mit dem die Transparenz der Haushaltsführung und die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Haushaltserstellung sichergestellt werden soll. Darüber hinaus wurde ein Fahrplan zur Ausweitung des Inhalts von Finanzberichten und zur Verbesserung ihrer Qualität ausgearbeitet. Diese Reformen wurden in die Haushaltsdokumentation 2019 aufgenommen. In Dakar veranstaltete der IWF seinen ersten regionalen Peer-to-Peer-Workshop zum Thema fiskalische Transparenz für die französischsprachigen Länder in Afrika südlich der Sahara. An dem Workshop nahmen Vertreter der Regierungen, der Entwicklungspartner und der Zivilgesellschaft teil.

Der IWF steht auch weiterhin fragilen Ländern bei der Stärkung ihrer Kapazität zur Verwaltung der öffentlichen Finanzen zur Seite. In Guinea wurden von den Behörden – unterstützt vom IWF und finanziert durch die Europäischen Union – auf Basis zweier im Jahr 2018 vom IWF durchgeführter Bewertungen (Bewertung der öffentlichen Ausgaben und der finanziellen Rechenschaftspflicht und Bewertung der Verwaltung öffentlicher Investitionen) eine Strategie für die Verwaltung der öffentlichen Finanzen und ein Maßnahmenplan für die nächsten vier Jahre (2019–22) erstellt und verabschiedet. Zur Verbesserung der Gelddisposition wurde zudem im Januar 2019 mit Unterstützung des IWF ein einziges Konto des Schatzamtes bei der Zentralbank eingerichtet.

HÖHEPUNKTE: MONETÄRES

Der Arbeit des IWF zur Stärkung des Währungs- und Finanzbereichs kommt angesichts der eingetrübten globalen Konjunkturaussichten besondere Bedeutung zu. Im GJ 2019 bestand eine hohe Nachfrage nach Unterstützung im Bereich Kapazitätsentwicklung. Die thematischen Schwerpunkte waren breit gefächert: Finanzmarktregulierung und -aufsicht, Tätigkeitsfelder der Zentralbanken (u. a. Wechselkursmanagement, makroprudenzielle Politik und Finanzstabilität), Schuldenmanagement, Krisenprävention und -management sowie Überprüfung der Finanzstabilität. Für die bestmögliche Unterstützung seiner Mitglieder setzte der IWF seine Kapazitätsaufbauarbeit auch bei neu entstehenden Herausforderungen wie Cyber-Risiken und FinTech fort. Ein weiterer Schwerpunkt war die Modernisierung seiner Governance-Strukturen und der Umsetzung von technischer Hilfe.

Im GJ 2019 standen – auf Basis der vom IWF selbst definierten Prioritäten und der mittelfristigen Strategie 2017–20 der Abteilung Geld- und Kapitalmärkte – für die Umsetzung der technischen Hilfe 75 Vollzeitäquivalente für Einsätze in mehr als 137 begünstigten Ländern (bilaterale Einrichtungen und regionale Stellen) in aller Welt zur Verfügung. Afrika südlich der Sahara profitierte am meisten von der technischen Hilfe des IWF (40 Prozent im GJ 2019), gefolgt von den Regionen Asien und Pazifik sowie Naher Osten und Zentralasien. Der IWF unternimmt weiterhin große Bemühungen zur Unterstützung von einkommensschwachen und fragilen Staaten sowie aufstrebenden Volkswirtschaften und Reformstaaten. Die größten Zuwächse bei seiner Tätigkeit zum Kapazitätsaufbau wurden im Bereich Finanzstabilität, insbesondere bei Bewertungen der Stabilität des Finanzsektors (Financial Sector Stability Reviews), verzeichnet.

In den vergangenen Jahren haben sich flexible Modalitäten bei der Bereitstellung der technischen Hilfe als besonders zielführend erwiesen. Mit Unterstützung der Geber sorgte der IWF für die langfristige bilaterale Stationierung von 36 Experten in allen Regionen und lancierte mit dem Financial Sector Stability Review ein nachfragegesteuertes Instrument zur Bereitstellung technischer Hilfe. Damit werden einkommensschwache Länder und Länder mit mittleren Einkommen im unteren Bereich dabei unterstützt, Risiken und Schwachstellen im Finanzsektor aufzudecken und zur Bewältigung der Herausforderungen eine umfassende Technical Assistance Roadmap mit sequenziellen Prioritäten zu erstellen. Im GJ 2019 wurden sechs diagnostische Prüfungen durchgeführt (Kambodscha, Kosovo, Nicaragua, Simbabwe, Sri Lanka, West Bank und Gaza), fünf weitere sind für das GJ 2020 geplant (Bangladesch, Dschibuti, Gambia, Guinea, Ruanda). In drei weiteren Ländern, in denen ein Financial Sector Stability Review durchgeführt wurde, (Costa Rica, Fidschi, Paraguay) schritten die Folge- und Umsetzungsarbeiten zur Technical Assistance Roadmap mit finanzieller Unterstützung des IWF voran. Auch in Uganda wurden diesbezügliche Arbeiten mit Unterstützung aus dem Finanzsektorstabilitätsfonds (Financial Sector Stability Fund) aufgenommen. Darüber hinaus wurde im Februar 2019 das Pilotprogramm für einen Onlinekurs in den Bereichen Aufsicht und Regulierung abgeschlossen. Das Programm wird vom Institut für Finanzstabilität der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und dem IWF im Rahmen des Finanzsektorstabilitätsfonds getragen.

Im Folgenden werden einige andere Beispiele für die vom IWF bereitgestellte technische Hilfe im Währungs- und Finanzbereich aufgeführt.

- Argentinien: Unterstützung der Bemühungen zur Umsetzung eines Programms zur Kapazitätsentwicklung für die Bewältigung der Inlandsverschuldung und ein Rahmenwerk für die Umsetzung der Geldpolitik
- Kambodscha: Unterstützung der Behörden bei der Überarbeitung und Umsetzung einiger zentraler Bestimmungen für den Bankensektor, etwa im Bereich Eigenkapital und Risikoversorge im Kreditgeschäft
- Gabun: Zusammenarbeit mit der Zentralafrikanischen Zentralbank (BEAC) zur Verbesserung ihres geldpolitischen Handlungsrahmens
- Haiti: Modernisierung des Aufsichtsrahmens und der Aufsichtskapazität, Einführung einer risikobasierten Bankenaufsicht
- Mauritius: Unterstützung der Behörden bei der Verbesserung der Notfallplanung zur Krisenvorsorge und -bewältigung, Vorlage eines Gesetzesentwurfs für ein neues System der Krisenbewältigung und andere unterstützende Reformen im Parlament
- Montenegro: Hilfe bei der Ausarbeitung mittelfristiger Strategien zur Schuldenbewältigung und zur Regelung der Marktbeziehungen

- Myanmar: Unterstützung der Behörden bei der Umsetzung bankaufsichtlicher Regelungen, der Verbesserung der Aufsichtsfunktion und Entwicklung von Notfallplänen, Hilfestellungen bei der Entwicklung der Geld- und Devisenmärkte
- Somalia: Unterstützung der Zentralbank beim Aufbau der Grundfesten für eine wirksame Aufsicht mittels verschärfter Kriterien für die Zulassung und Beaufsichtigung der Banken
- Fortgesetzte Zusammenarbeit mit Programmländern (u. a. Afghanistan, Georgien, Ukraine)

HÖHEPUNKTE: STATISTIK

Mit seiner Arbeit zur Entwicklung von Statistikkapazitäten unterstützt der IWF seine Mitgliedsländer maßgeblich bei der Gestaltung politischer Maßnahmen, denen aktuelle und vergleichbare makroökonomische Statistiken und Finanzstatistiken zugrunde liegen. Seit 2011 hat sich diese Arbeit verdoppelt, im GJ 2019 fanden mehr als 700 Einsätze und Veranstaltungen im Bereich technische Hilfe und Ausbildung statt. Damit gehört der IWF bei der Entwicklung von Statistikkapazitäten zu den fünf wichtigsten Akteuren weltweit. Die globale Führungsrolle des IWF bei der Entwicklung statistischer Methoden und Standards kommt seiner diesbezüglichen Arbeit ebenso zugute wie die enge Verbindung zwischen Kapazitätsentwicklung, Überwachung und Kreditvergabe.

Der im April 2019 vom IWF herausgegebene *Financial Soundness Indicators Guide 2019* enthält die aktualisierte Fassung der methodischen Vorgaben der Abteilung Statistik für die Konzepte und Definitionen, Datenquellen und Methoden zur Erstellung und Verbreitung der Financial Soundness Indicators (Indikatoren für finanzielle Solidität). Diese Fassung enthält neue Indikatoren zu weiteren Sektoren, darunter sonstige Finanzintermediäre, Geldmarktfonds, Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte.

Eine neue, mittelfristig ausgerichtete Architektur für die Kapazitätsentwicklung im Bereich Statistik trägt zu einer weiteren Verbesserung der Treffsicherheit und Effizienz bei der Umsetzung bei und ermöglicht ein flexibles Reagieren auf Veränderungen der globalen Prioritäten und Herausforderungen durch technologische Innovationen. Damit wird die (auf die Verbesserung des methodischen Rahmens für die Erstellung von Statistiken ausgerichtete) Arbeit der regionalen Zentren für Kapazitätsentwicklung durch von mehreren Gebern finanzierte thematische Treuhandfonds (etwa den Finanzsektorstabilitätsfonds und den im Juni 2018 eingerichteten D4D-Fonds) ergänzt.

Mit dem D4D-Fonds ist es dank seines breit gefassten Mandats zur Verbesserung der Verfügbarkeit und Qualität von Daten für





den politischen Entscheidungsprozess möglich, in einem von größeren Herausforderungen geprägten internationalen Umfeld flexibel auf den vorrangigen Datenbedarf der Mitgliedsländer und auf neue Datenanforderungen im Rahmen des globalen politischen Dialogs einzugehen. Angesichts der weltweit wachsenden Besorgnis über mangelnde Schuldentransparenz wird der D4D-Fonds z. B. dafür eingesetzt, die Kapazitätsentwicklung im Bereich Schuldenstandstatistik vorzuziehen.

Neben technischer Hilfe und Workshops über den Umgang mit den akutesten ökonomischen Risiken, die aus der beschränkten statistischen Erfassung der Schulden entstehen, wird im Rahmen des D4D-Fonds zusätzlich zu den herkömmlichen Präsenzs Schulungen des IWF derzeit ein Online-Kurs zum Thema Schuldenstandstatistik entwickelt. Dank der Finanzierung durch den D4D-Fonds wird der IWF im Laufe der Zeit ein umfassendes Online-Curriculum für alle Bereiche der Wirtschaftsstatistik anbieten können, und das ohne Mehrkosten für die öffentlichen Kassen in den betreffenden Ländern.

Auch beim Thema finanzielle Inklusion zeigt sich, wie der IWF mit dem D4D-Fonds auf die Anforderungen der Politik eingehen kann. So wird etwa die Financial Access Survey und deren Weiterentwicklung aus dem D4D-Fonds finanziert. Im Rahmen dieser einzigartigen Erhebung in 189 Ländern werden jährlich – z. B. von Zentralbanken oder Finanzaufsichtsbehörden (und damit besonders kosteneffizient) – Daten zur finanziellen Inklusion erhoben. Auch geschlechtsspezifische Daten werden erhoben. Sie dienen als Grundlage für strategische Überlegungen, wie sich der Zugang von Frauen zu Finanzdienstleistungen verbessern lässt – ein Schlüssel zu mehr Chancen für Frauen. Mit der Erhebung 2018 wurde die Aufschlüsselung der Daten nach Geschlechtern umgesetzt. Als Begleitmaßnahme wurden Work-

shops abgehalten, um die Länder zur Übermittlung möglichst umfassender Daten für die Erhebung anzuregen und damit ihren Erfassungsbereich auszuweiten.

Die Kapazitätsentwicklung im Bereich Statistik spielt eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der im März 2018 lancierten übergeordnete Strategie des IWF zu Daten und Statistik. Ziel der Strategie ist ein Ökosystem aus Daten und Statistiken, mit dem der IWF und seine Mitglieder besser für den sich ändernden Datenbedarf der digitalen Welt gerüstet sind. Wie lassen sich technologische Veränderungen in der Statistik angemessen abbilden? Wie neue Technologien für die Messung wirtschaftlicher Trends einsetzen? Für die Bewältigung dieser Herausforderungen arbeitet der IWF mit aufstrebenden Volkswirtschaften zusammen, die angesichts digitaler Innovationen wirtschaftliche Erfolge verbuchen. Im Rahmen eines vom D4D-Fonds unterstützten Projekts zu technischer Hilfe in Indonesien wurde etwa die Verwendung von Big Data bei der Erstellung von Hochfrequenzdaten zu Immobilienpreisen ausgelotet. Mit Projekten zur Kapazitätsentwicklung im Bereich Immobilienpreisindizes sollen Probleme bei der Erstellung von Quelldaten mittels Big Data bewältigt werden, um ein Frühwarnsystem für Immobilienpreisblasen einzurichten, da diese rasch zu einer Bedrohung der Finanzstabilität werden können.

Solide volkswirtschaftliche Daten sind unerlässlich für die Überwachung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, denn mehr als ein Drittel dieser Ziele bezieht sich direkt oder indirekt auf ökonomische Variablen: Viele Ziele für nachhaltige Entwicklung sind z. B. als Verhältnis ausgedrückt, wobei Wirtschaftsdaten wie BIP, Exporte oder Steuereinnahmen im Nenner stehen. Von der Arbeit des IWF zur Entwicklung von Kapazitäten im Bereich Statistik profitieren vor allem einkommensschwache Länder und

Kasten 2.1**Kapazitätsentwicklung: Umbasierung des BIP in IWF-Mitgliedsländern**

Die Abteilung Statistik des IWF brachte sich im GJ 2019 unterstützend und beratend bei der Erstellung von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein. Auch die Umbasierung des BIP war dabei ein Thema. In vielen Fällen führten die Änderungen zu einer starken Korrektur der Schätzungen des nominalen BIP. Im vergangenen Jahr gaben acht Länder erhebliche Korrekturen ihrer BIP-Schätzungen mit Aufwärtskorrekturen um 20 Prozent oder mehr bekannt. Starke Korrekturen haben Auswirkungen auf die makroökonomische Analyse und Prognose und konkret auch auf Schlüsselindikatoren. Das führt gelegentlich dazu, dass sorgfältig kalibrierte Schuldentragfähigkeitsanalysen auf Basis der Schuldenquote in Frage gestellt werden.

Auch für die Abbildung der aktuellen Wirtschaftsstrukturen in den makroökonomischen Statistiken ist eine Umbasierung des BIP wichtig. Üblicherweise werden Umbasierungen im Rahmen einer umfassenden Überprüfung und Aktualisierung von Datenquellen, Methoden und Klassifikationen für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgenommen. Der Abteilung Statistik des IWF zufolge sollte im Einklang mit internationalen Standards alle fünf Jahre bzw. bei wichtigen wirtschaftlichen Entwicklungen auch öfter eine Umbasierung des BIP vorgenommen werden, um große und unerwartete Verschiebungen des nominalen BIP abzuschwächen. Mit häufigen Umbasierungen lässt sich sicherstellen, dass BIP-Schätzungen weiterhin eine relevante Messgröße für faktengestützte politische Entscheidungen und die Überwachung darstellen. Diesbezügliche Maßnahmen sind von den nationalen Statistikämtern jedoch klar und zeitgerecht zu kommunizieren, damit das Vertrauen der Nutzer in die Daten erhalten bleibt.

Länder mit mittleren Einkommen im unteren Bereich, insbesondere fragile Staaten. Damit ist der IWF gut positioniert, um bei der Überwachung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu helfen. Liberia etwa veröffentlichte nach der Inanspruchnahme von technischer Hilfe durch den IWF erstmals BIP-Schätzungen für den Zeitraum 2008–16. Für die Erhebung 2018 lieferten letztendlich 39 von 42 fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten Daten zum Zugang zu Finanzdienstleistungen und zu deren Nutzung. Neben seiner Kapazitätsentwicklungsarbeit, die auch der Überwachung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zugutekommt, wurde der IWF von der internationalen Gemeinschaft als Hüter von vier Indikatoren zu Finanzstabilität, Finanzzugang und fiskalpolitischen Variablen ausgewählt.

Und schließlich leistet der IWF mit Mitteln aus dem Finanzstabilitätsfonds gezielt technische Hilfe im Bereich Finanzstatistik. Damit sollen ökonomische Risiken und Schwachstellen in den Finanzsektoren einkommensschwacher Länder und Länder mit mittleren Einkommen im unteren Bereich aufgedeckt werden. Zu dieser Arbeit gehört auch die Kapazitätsentwicklung für die Financial Soundness Indicators, die bis 2022 möglichst umfassend in der Berichterstattung berücksichtigt werden sollen. Das erleichtert u. a. auch die globale Überwachung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Zudem steht der IWF Ländern bei der Durchführung von Bilanzanalysen zur Seite. Damit lassen sich die Vernetzung und die potenziellen Spillover-Effekte zwischen verschiedenen Sektoren bzw. zwischen einem Land und dem Rest der Welt aufspüren. Die Ergebnisse fließen auch in die Risikoanalyse und in die Gestaltung gegensteuernder Maßnahmen ein.

HÖHEPUNKTE: RECHTLICHES

Auch im Bereich Finanzintegrität – Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT), Korruptionsbekämpfung und Korrespondenzbank-Beziehungen – schritt die Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF voran. Über den von mehreren Gebern finanzierten thematischen Treuhandfonds für AML/CFT werden technische Hilfsprojekte in 22 Ländern finanziert. Daneben werden auch Forschungsprojekte zu Terrorismusfinanzierung und zur Transparenz in Bezug auf wirtschaftliches Eigentum vorangetrieben. Weitere 16 Länder erhalten Unterstützung aus anderen multilateralen, eigenfinanzierten oder bilateralen Fonds. Um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen und doppelte Arbeit zu vermeiden, sorgt der IWF weiterhin für die regelmäßige Abstimmung seiner diesbezüglichen Aktivitäten. In Botswana z. B. erbrachten die IWF-Teams Beratungsleistungen zum Thema Financial Intelligence und Bankenaufsicht zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gemeinsam mit Mitarbeitern des US-Finanzministeriums und des Schatzamts des Vereinigten Königreichs. Der IWF hat vor Kurzem eine Bewertung Chinas nach den internationalen Stan-



dards der Financial Action Task Force (FATF) vorgenommen. Zudem wurde mit der Bewertung Südafrikas begonnen. Als Vorbereitung auf die Aufnahme gezielter Kapazitätsentwicklungsarbeiten im Jahr 2020 wurde der Rechtsrahmen für Korruptionsbekämpfung einer umfassenden Bewertung unterzogen.

Der Umfang der technischen Hilfe im Bereich Finanz- und Haushaltsrecht (u. a. Zentralbankwesen, rechtliche Rahmenbedingungen für den Finanzsektor sowie Bankenabwicklung und Krisenmanagement) entsprach früheren Niveaus. Zuwächse waren hingegen (einer diesbezüglichen Agenda entsprechend) bei der technischen Hilfe zur Gestaltung des Rechtsrahmens für die Verwaltung der öffentlichen Finanzen (einschließlich Haushaltsvorschriften) und zu Finanzmarktreformen (öffentliche Anleihen, Halten von Wertpapieren, Besteuerung) zu verzeichnen. Zu jedem dieser Bereiche wurden Seminare abgehalten (in Washington, D.C., Kuwait, Mauritius und Singapur). Zudem befasste sich ein Seminar im März 2019 in Südafrika mit Rechtsfragen im Zusammenhang mit FinTech und neuen Technologien.

Im GJ 2019 herrschte weiterhin rege Nachfrage nach technischer Hilfe zu zentralen steuerrechtlichen Fragen (Einkommensbesteuerung, Mehrwertsteuer und Steuerverfahren). Daran zeigt sich die weltweit erhöhte Aufmerksamkeit für Fragen der internationalen Besteuerung. In diesem Zusammenhang erfolgte die Veröffentlichung eines Policy Papers des IWF mit dem Titel „Corporate Taxation in the Global Economy“. Auch in maßgeblichen rechtlichen Beiträgen zu den von den G20 geforderten Instrumentarien und anderen Beiträgen, die auf die Entwicklung von Kapazitäten in einkommensschwachen Ländern abzielen, wurden diese Themen aufgegriffen.

Im GJ 2019 nahmen Madagaskar und Myanmar technische Hilfe im Bereich Devisenpolitik in Anspruch, die der IWF nach wie vor allen Mitgliedern zur Verfügung stellt, um ihnen bei der Ausarbeitung ihrer Devisengesetze und -vorschriften sowie der Einhaltung ihrer Verpflichtungen gemäß dem IWF-Übereinkommen zur Seite zu stehen.

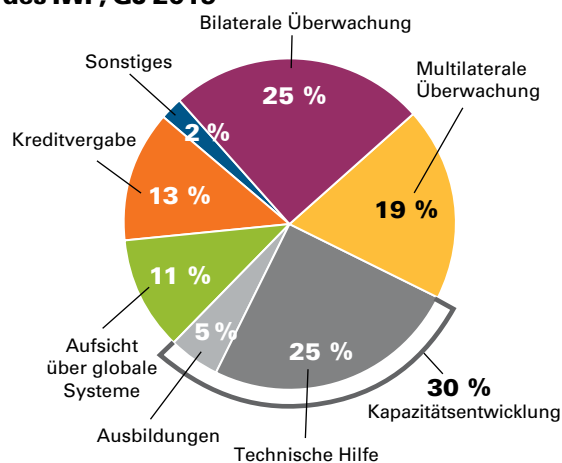
Zudem unterstützte der IWF seine Mitglieder mit technischer Hilfe zum Thema Insolvenz und Gläubigerrechte. Damit soll die





Schaubild 2.4

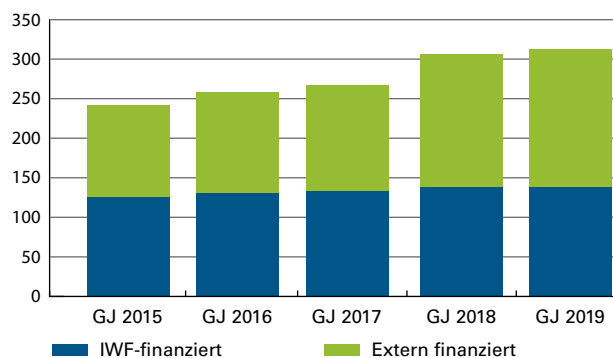
Kostenanteile der wichtigsten Arbeitsbereiche des IWF, GJ 2019



Quellen: Büro für Haushalt und Planung des IWF, Analytic Costing and Estimation System, Berechnungen des IWF-Stabs.

Schaubild 2.5

Ausgaben für Kapazitätsentwicklung, GJ 2015–19
(Millionen US-Dollar)

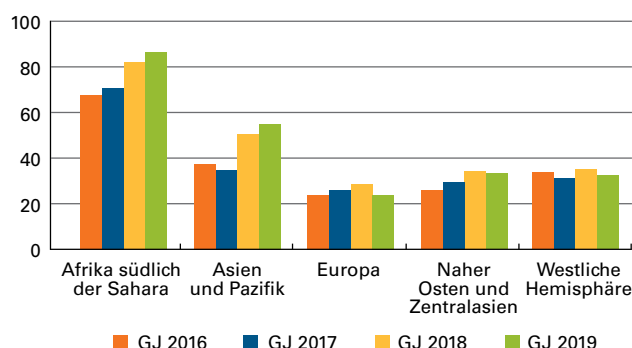


Quellen: Büro für Haushalt und Planung des IWF, Analytic Costing and Estimation System, Berechnungen des IWF-Stabs.

Schaubild 2.6

Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Region, GJ 2016–19

(Millionen US-Dollar)

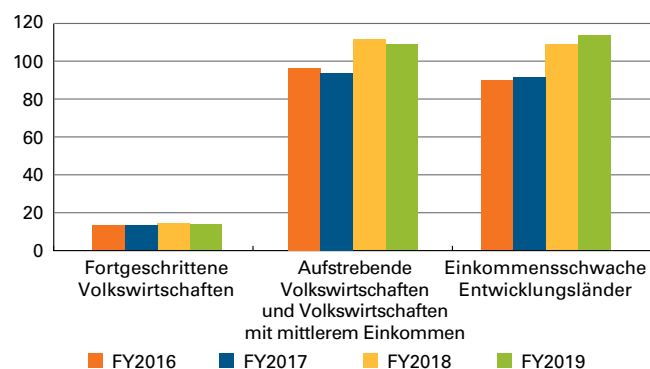


Quellen: Büro für Haushalt und Planung des IWF, Analytic Costing and Estimation System, Berechnungen des IWF-Stabs.

Schaubild 2.7

Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Einkommensgruppe, GJ 2016–19¹

(Millionen US-Dollar)



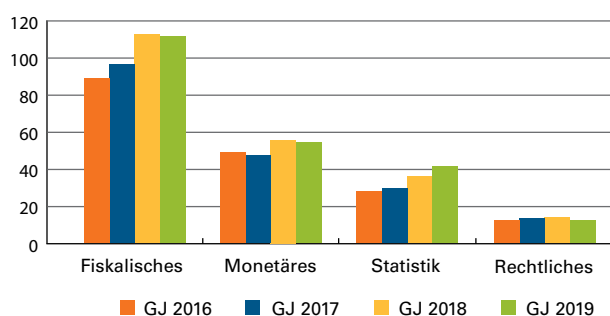
Quellen: Büro für Haushalt und Planung des IWF, Analytic Costing and Estimation System, Berechnungen des IWF-Stabs.

¹ Für die Klassifikation der fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Aprilausgabe 2019 des *World Economic Outlook* maßgeblich. Die fortgeschrittenen Volkswirtschaften umfassen auch kleine Inseln und Gebiete. Einkommensschwache Entwicklungsländer sind Länder, die Anspruch auf Unterstützung aus dem Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) haben und deren Bruttonationaleinkommen pro Kopf niedriger war als die im PRGT definierte Schwelle für Nicht-Kleinstaat. Zu dieser Gruppe gehört z. B. Simbabwe, manche reichere Länder mit Anspruch auf Unterstützung aus dem PRGT hingegen nicht. Die aufstrebenden Volkswirtschaften und Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen umfassen alle anderen Volkswirtschaften, die nicht den beiden oben genannten Definitionen entsprechen.

Schaubild 2.8

Ausgaben für Kapazitätsentwicklung nach Thema, GJ 2016–19

(Millionen US-Dollar)



Quellen: Büro für Haushalt und Planung des IWF, Analytic Costing and Estimation System, Berechnungen des IWF-Stabs.

frühzeitige und rasche Sanierung lebensfähiger Unternehmen bzw. die Liquidierung nicht lebensfähiger Firmen sowie ein Neuanfang für überschuldete Haushalte sichergestellt werden. Darüber hinaus soll der Schutz der Gläubigerrechte verbessert werden. Zu speziellen Themen wie der Regulierung von Insolvenzverwaltern und dem Aufbau von Insolvenzregistern bot der IWF ebenfalls technische Hilfe an. Der IWF veranstaltete am Joint Vienna Institute und dem Singapore Training Institute Workshops für Beamte zum Thema Insolvenz. Gemeinsam mit dem Insolvency and Bankruptcy Board of India und dem indischen Ministry of Corporate Affairs hielt der IWF ebenfalls einen Workshop für Beamte zum Thema Insolvenz ab.

Die Ausbildungen des IWF zu Rechtsfragen umfassten weiterhin Kurse am Joint Vienna Institute und am Singapore Training Institute für hochrangige Beamte, u. a. zu rechtlichen Aspekten internationaler Finanzinstitutionen.

KAPAZITÄTSENTWICKLUNG DES IWF IN ZAHLEN

Die auf Initiative der Mitgliedsländer bereitgestellte Unterstützung des IWF in den Bereichen institutionelle Entwicklung, Politikentwicklung und Personalentwicklung kommt allen 189 Mitgliedern zugute. Auf die Kapazitätsentwicklung entfiel im GJ 2019 nahezu ein Drittel der Verwaltungsausgaben des IWF. Die technische Hilfe machte dabei mit 25 Prozent den größten Posten aus, während Ausbildungen mit 5 Prozent zu Buche schlugen (Schaubild 2.4).

Zusammengenommen liegen die Ausgaben des IWF im Bereich Kapazitätsentwicklung im GJ 2019 in etwa auf dem Niveau des GJ 2018. Mit rund 306 Mio. US\$ im GJ 2019 sind die direkten Gesamtausgaben für die Kapazitätsentwicklung (ohne Gemeinkosten für allgemeine Unterstützung und Governance) gegenüber den 303 Mio. US\$ im GJ 2018 weitgehend stabil geblieben (Schaubild 2.5). Im GJ 2019 wurden 55 Prozent des Gesamtwerts extern finanziert.

Kapazitätsentwicklung

Afrika südlich der Sahara erhielt den Löwenanteil der Ausgaben für Kapazitätsentwicklung, was auf die hohe Zahl der einkommensschwachen Entwicklungsländer in dieser Region zurückzuführen ist. Im Endeffekt blieben die Ausgaben für Kapazitätsentwicklung praktisch unverändert. Dem Zuwachs in Afrika südlich der Sahara (5 Prozent) und in der Region Asien und Pazifik (14 Prozent) aufgrund der Anlaufphase der beiden regionalen Zentren für Kapazitätsentwicklung (SARTAC und CICDC) standen rückläufige Ausgaben in Europa (14 Prozent) und der westlichen Hemisphäre (8 Prozent) gegenüber (Schaubild 2.6). Der Großteil der Kapazitätsentwicklungsarbeit kommt nach wie vor aufstrebenden Volkswirtschaften und Ländern mit mittlerem Einkommen (46 Prozent) sowie einkommensschwachen Entwicklungsländern (48 Prozent) zugute (Schaubild 2.7).

Bei der thematischen Zusammensetzung der Kapazitätsentwicklung (Fiskalisches, Monetäres, Statistik und Rechtliches) gab es kaum Änderungen, Unterschiede gab es jedoch bei der Entwicklung der Ausgaben in den einzelnen Themenbereichen. Höheren Ausgaben im Bereich Statistik (14 Prozent) standen niedrigere Ausgaben in den Bereichen Rechtliches und Monetäres (13 Prozent bzw. 3 Prozent) gegenüber (Schaubild 2.8). Auf das Thema Haushalt entfallen 37 Prozent der Gesamtausgaben.

Ausbildungen

Ausbildungen sind Teil der kontinuierlichen Arbeit des IWF zum Aufbau von Kapazitäten in wesentlichen Bereichen. Damit werden die Mitgliedsländer beim Auf- und Ausbau von für die Entwicklung und Umsetzung solider makroökonomischer Politik benötigten Personalressourcen unterstützt. Für Beamte der Mitgliedsländer werden IWF-Ausbildungen zu zentralen Themen angeboten: makroökonomische Analyse, Haushalts-, Geld- und Finanzsektorpolitik sowie makroökonomische Statistiken und rechtliche Angelegenheiten. Auch bereichsübergreifende Themen wie inklusives Wachstum und aktuelle Themen wie Gender Budgeting und FinTech werden aufgegriffen. Die globale Reichweite der IWF-Ausbildungen über regionale Ausbildungszentren und -programme stellt sicher, dass regionsspezifische Fragestellungen in den Curricula berücksichtigt werden.

Im GJ 2019 hielt der IWF 457 Ausbildungsveranstaltungen ab, an denen 16 950 Beamte aus 188 Mitgliedsländern teilnahmen. Die Hälfte des gesamten Angebots kam aufstrebenden Volkswirtschaften und Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen zugute (Schaubild 2.9). Auf Afrika südlich der Sahara entfiel regional betrachtet der größte Anteil mit 30 Prozent, gefolgt von der Region Asien und Pazifik mit 25 Prozent (Schaubild 2.10). Mit 22 Prozent am Gesamtvolumen ist der Anteil der Beamten aus fragilen Staaten (3739 Beamte im GJ 2019) nach wie vor hoch; Online-Kurse stellen die wichtigste Form der Umsetzung dar.

Für die Vermittlung von Wissen an die breitere Öffentlichkeit sowie die Ausweitung des Schulungsangebots für Beamte haben sich Online-Kurse als besonders zielführend erwiesen. Seit ihrer Einführung im Jahr 2013 haben über 18 960 Beamte und über 13 400 Bürgerinnen und Bürger aus 191 Ländern einen Online-Kurs absolviert. Im GJ 2019 wurden 20 Kurse in fünf Sprachen angeboten. Darunter sind vermehrt auch Kurse, die innerhalb eines Jahres im Selbststudium abzuschließen sind. Das Curriculum wurde um einen Kurs zur Bankenaufsicht und -regulierung, der mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gemeinsam entwickelt wurde, sowie neue Sprachfassungen der Online-Kurse zu Reformen der Energiesubventionen und zum makroökonomischen Management in rohstoffreichen Ländern erweitert. Für die frei zu-

gänglichen Massen-Online-Kurse (Massive Open Online Courses, MOOCs) interessieren sich Teilnehmer aus allen Gesellschaftsschichten. Für den IWF habe sich MOOCs als wirksame Form der Kontaktaufnahme und Wissensvermittlung bewährt.

Die Ausbildungsmodalitäten haben sich zunehmend diversifiziert, und in manchen Fällen werden Ausbildungen in Kombination mit technischer Hilfe angeboten. Das lässt eine Abstimmung auf landesspezifische Umstände zu und erhöht die kapazitätsbildende Wirkung. Als Unterstützung für die Ausarbeitung zukunftsgerichteter politischer Strategien werden z. B. als Teil des Curriculums für externe Teilnehmer maßgeschneiderte Schulungen für Beamtenteams in deren institutionellem Kontext angeboten. Im GJ 2019 arbeiteten die IWF-Schulungsteams im Rahmen eines maßgeschneiderten Projekts für die Reserve Bank of Malawi im Bereich Modellprognose und politische Analyse eng mit dem IWF-Länderteam für Malawi und der Vertretung vor Ort zusammen, um eine gute Abstimmung zwischen dem Projekt und der Kapazitätsentwicklungsarbeit sicherzustellen. In die neue Vereinbarung mit Malawi im Rahmen der Extended Credit Facility wurde eine strukturelle Benchmark für die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie für die Geldpolitik aufgenommen, und den malawischen Behörden gelang es, diese Benchmark vor dem angestrebten Termin zu erreichen. In Armenien und Georgien wurden von den jeweiligen Finanzministerien gemeinsam mit den IWF-Schulungsteams Modelle für politische Szenarioanalysen entwickelt, deren Ergebnisse in die politische Diskussion und Entscheidungsfindung einfließen. Mit einer systematischeren Einbeziehung solcher Tools und Analysen in die Haushaltsplanung wird gerechnet.

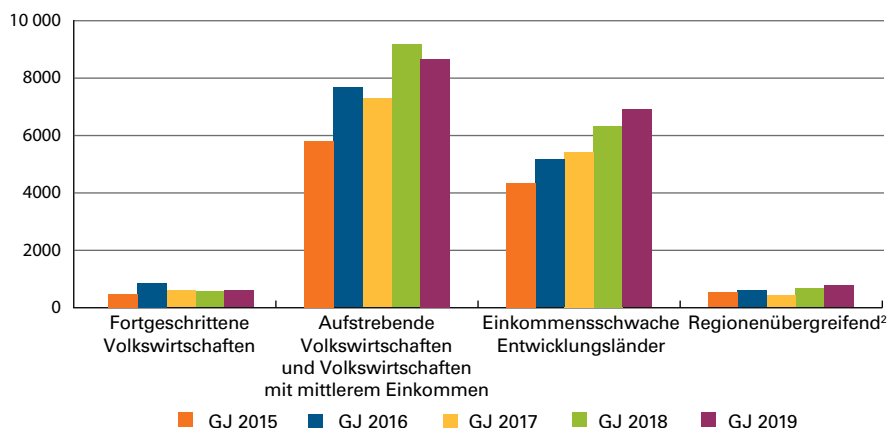
Für Mitarbeiter von Zentralbanken aus dem Kaukasus und Zentralasien wird nun jährlich am Joint Vienna Institute ein – von der Abteilung Naher Osten und Zentralasien, der Schweizerischen Nationalbank und dem Joint Vienna Institute organisierter – hochrangig besetzter Peer Learning Workshop abgehalten. Im Rahmen des letzten Workshops wurde erörtert, wie sich die geldpolitischen Transmissionsmechanismen verstärken lassen und was zur Verbesserung der Modellierungs- und Kommunikationsstrategien sowie der Zentralbank-Governance getan werden kann. Ehrengast der Veranstaltung war Professor John Taylor von der Universität Stanford.

Der IWF experimentiert weiterhin mit neuen Technologien, um seine Ausbildungsangebote noch flexibler zu gestalten und Peer Learning stärker zu fördern. Im GJ 2019 wurde der *Interactive Guide on Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries* zusammen mit einem Grundsatzpapier und dem dazugehörigen Analysetool lanciert. Dieser Leitfaden umfasst ein kurzes Video, interaktive Schaubilder und Tabellen sowie andere Gestaltungselemente, die den Nutzern dabei helfen, das Rahmenwerk des IWF und der Weltbank für die Bewertung der Schuldentragfähigkeit einkommensschwacher Länder besser zu verstehen und anzuwenden.

Schaubild 2.9

Teilnahme an Ausbildung nach Einkommensgruppe¹, GJ 2015–19

(Anzahl der Teilnehmer)



Quelle: Participants and Applicant Tracking System (PATS) und Berechnungen des IWF-Stabs.

Hinweis: Die meisten Ausbildungen des IWF finden im Rahmen des Ausbildungsprogramms des Instituts für Kapazitätsbildung des IWF (Institute for Capacity Development, ICD) statt. Das Programm umfasst vom ICD koordinierte Schulungen, die vom ICD und anderen Abteilungen im Hauptquartier sowie weltweit in den regionalen Schulungszentren und im Rahmen von Schulungsprogrammen für Beamte der Mitgliedsländer abgehalten werden. Unter die Ausbildungen fallen auch Online-Kurse des IWF, die von Beamten der Mitgliedsländer erfolgreich abgeschlossen werden, sowie von Fachabteilungen des IWF außerhalb des ICD-Ausbildungsprogramms abgehaltene Schulungen.

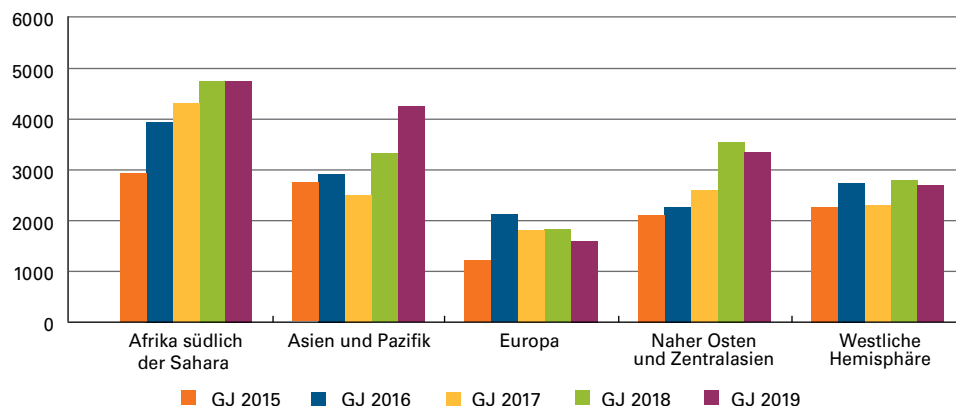
¹ Für die Klassifikation der fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Aprilausgabe 2019 des *World Economic Outlook* maßgeblich. Die fortgeschrittenen Volkswirtschaften umfassen auch kleine Inseln und Gebiete. Einkommensschwache Entwicklungsländer sind Länder, die Anspruch auf Unterstützung aus dem Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) haben und deren Bruttonationaleinkommen pro Kopf niedriger war als die im PRGT definierte Schwelle für Nicht-Kleinstaaten. Zu dieser Gruppe gehört z. B. Simbabwe, manche reichere Länder mit Anspruch auf Unterstützung aus dem PRGT hingegen nicht. Die aufstrebenden Volkswirtschaften und Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen umfassen alle anderen Volkswirtschaften, die nicht den beiden oben genannten Definitionen entsprechen.

² Einschließlich regionaler Schulungen für Teilnehmer von regionalen Institutionen.

Schaubild 2.10

Ausbildungsteilnehmer nach Herkunftsregion, GJ 2015–19

(Anzahl der Teilnehmer)



Quelle: Participants and Applicant Tracking System (PATS) und Berechnungen des IWF-Stabs.

Hinweis: Die meisten Ausbildungen des IWF finden im Rahmen des Ausbildungsprogramms des Instituts für Kapazitätsbildung des IWF (Institute for Capacity Development, ICD) statt. Das Programm umfasst vom ICD koordinierte Schulungen, die vom ICD und anderen Abteilungen im Hauptquartier sowie weltweit in den regionalen Schulungszentren und im Rahmen von Schulungsprogrammen für Beamte der Mitgliedsländer abgehalten werden. Unter die Ausbildungen fallen auch Online-Kurse des IWF, die von Beamten der Mitgliedsländer erfolgreich abgeschlossen werden, sowie von Fachabteilungen des IWF außerhalb des ICD-Ausbildungsprogramms abgehaltene Schulungen.

**PARTNERSCHAFTEN FÜR
KAPAZITÄTSENTWICKLUNG**

Mit Unterstützung seiner Partner bietet der IWF hochwertige Kapazitätsentwicklung, die zum einen auf die Bedürfnisse der Mitgliedsländer und zum anderen auf globale sowie vom IWF definierte Entwicklungsprioritäten abgestimmt ist. Die Partnerschaften unterstützen die Arbeit des IWF im Bereich Kapazitätsentwicklung in vielerlei Hinsicht. Zusätzlich zur Bereitstellung von Mitteln für die Umsetzung der Arbeit leisten die Partner durch die Vermittlung ihres eigenen Erfahrungs- und Wissensschatzes einen Beitrag zu Peer Learning und zur Verbreitung bewährter Verfahren zu thematischen und regionalen Schwerpunkten. Dabei steht für die Partner ebenso wie für den IWF die Zielorientierung im Vordergrund.

Die Unterstützung durch die Partner erfolgt über die multilateralen regionalen Zentren des IWF für Kapazitätsentwicklung und Themenfonds sowie im Rahmen bilateraler Projekte. Damit können die Partner ihre Ressourcen wirksam einsetzen und global eine größere Wirkung erzielen. Über das globale Netzwerk regionaler Zentren wird ein Gutteil der Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF vor Ort koordiniert. Das Tätigkeitsspektrum der regionalen Zentren wird durch die auf die Kernkompetenzen des IWF ausgerichteten Themenfonds ergänzt.

Im GJ 2019 erhielt der IWF für seine kapazitätsbildende Arbeit neue Partnerbeiträge in Höhe von 221 Mio. US\$, und die von Partnern finanzierten Maßnahmen beliefen sich auf insgesamt rund 178 Mio. US\$, was etwa der Hälfte der gesamten Kapazitätsentwicklungsarbeit entspricht. Die fünf größten Finanzierungspartner des IWF im Bereich Kapazitätsentwicklung waren in den letzten drei Jahren die Europäische Union (EU), Japan, die Schweiz, China und Kuwait. Jegliche Unterstützung bei der Kapazitätsentwicklung wird hoch geschätzt, und die Ergebnisse in den Mitgliedsländern können sich sehen lassen. Die wichtigsten Highlights:

- Mit mehr als 25 Jahren ständiger Unterstützung ist Japan der langjährigste Partner des IWF im Bereich Kapazitätsentwicklung. Im GJ 2019 gewährte das Land auf vielen Gebieten Unterstützung, doch besondere Aufmerksamkeit galt Asien mit Beiträgen für das vom IWF betriebene Capacity Development Office in Thailand und das Singapore Training Institute. Durch die Beteiligung am (von mehreren Partnern finanzierten) D4D-Fonds hat Japan zudem seine Unterstützung für die IWF-Themenfonds ausgeweitet.
- Der größte Partner des IWF bei der Kapazitätsentwicklung, die Europäische Union, ist zugleich der einzige, der sich finan-

ziell an allen regionalen Zentren für technische Hilfe und an den meisten Themenfonds beteiligt. Im Jahr 2019 flossen EU-Gelder an den Fonds zur Mobilisierung von Einkünften, den D4D-Fonds und an regionale Zentren für technische Hilfe in Zentral- und Westafrika. Mit Unterstützung der Generaldirektion für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung wurde im Oktober 2018 ein Programm zur Verwaltung der öffentlichen Finanzen lanciert, das vor allem Staaten in fragilen Situationen und einkommensschwachen Länder sowie Ländern mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich zugutekommen soll. Im Dezember 2018 wurden mit der Generaldirektion für Nachbarschaftspolitik und Erweiterung die Übereinkommen für die zweite Phase des Programms zur Verwaltung der öffentlichen Finanzen und zur Mobilisierung inländischer Einnahmen in Südosteuropa sowie für ein neues Programm zur Verbesserung der Haushaltsführung in Ländern der Östlichen Partnerschaft unterzeichnet. Ebenfalls im Dezember wurde eine Übereinkunft für ein Statistikprojekt mit Eurostat unterzeichnet. Im Juni 2018 präsentierte der IWF im Rahmen der Europäischen Entwicklungstage (der wichtigsten Entwicklungsveranstaltung der EU) seine Arbeit für die Gleichstellung von Mann und Frau.

Kasten 2.2

Ein regionales Zentrum für technische Hilfe für den Kaukasus, Zentralasien und die Mongolei

Der IWF hat seine Absicht bekundet, gemeinsam mit Ländern und anderen Partnern für die Region Kaukasus, Zentralasien und Mongolei (CCAM) ein neues regionales Zentrum für Kapazitätsentwicklung einzurichten. In dieser Region, die einkommensschwache Länder, aufstrebende Volkswirtschaften und rohstoffreiche Länder umfasst, wurden gute Fortschritte beim Aufbau von Wirtschaftsinstitutionen und der Schaffung politischer Regelwerke erzielt. Doch die Länder sind weiterhin mit Herausforderungen konfrontiert, insbesondere aufgrund der Anfälligkeit gegenüber externen Schocks (z. B. Rohstoffpreise und Geopolitik). Mit einem Zentrum für die Region könnte der IWF rasch und flexibel einem sich abzeichnenden Bedarf nachkommen, sich eng mit Mitgliedsländern und Entwicklungspartnern abstimmen und den Austausch auf Länderebene in der Region fördern. In den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich des Zentrums würden die folgenden Länder fallen: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisische Republik, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

■ Das Vereinigte Königreich unterstützt die Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF seit vielen Jahren, insbesondere bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, im Finanzsektor und bei der diagnostischen Bewertung von Steuerverwaltungen. Auch die regionalen Zentren in Afrika südlich der Sahara, in der Karibik und in Südasien werden unterstützt. Darüber hinaus finanziert das Vereinigte Königreich zwei bilaterale Projekte im Bereich Statistik und Forschung. Im Dezember 2018 stimmte das britische Department for International Development einer Aufstockung der Mittel für die regionalen Zentren für Kapazitätsentwicklung in Afrika südlich der Sahara und einer Beteiligung am Themenfonds zur Mobilisierung von Einkünften zu. In der neuen Übereinkunft sind auch Maßnahmen zur Kapazitätsentwicklung in fragilen Staaten vorgesehen.

■ Korea, ein starker Partner des IWF bei der Kapazitätsentwicklung, hat in der Region Asien und Pazifik und darüber hinaus eine Reihe wichtiger Initiativen unterstützt, darunter etwa die Arbeit zur Mobilisierung von Einkünften und zur Bekämpfung von Geldwäsche, Statistikinitiativen sowie das Africa Training Institute des IWF. Anlässlich der Jahrestagung 2018 sicherte Korea dem IWF für weitere drei Jahre Unterstützung für seine Kapazitätsentwicklungsarbeit zu.

Globale Themenfonds für Kapazitätsentwicklung

Mit den (von externen Partnern unterstützten) globalen Themenfonds des IWF für Kapazitätsentwicklung wird sichergestellt, dass weniger entwickelte Volkswirtschaften über das notwendige Instrumentarium zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung verfügen. Über diese Fonds werden die Länder dabei unterstützt, Verbesserungen bei der Mobilisierung von Einkünften, der Haushaltsführung und der Verwaltung natürlicher Ressourcen umzusetzen, die Stabilität des Finanzsektors und den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu fördern, ihre Schulden anzugehen und als Grundlage für ihre wirtschaftspolitischen Entscheidungen verbesserte Statistiken zu verwenden. Zudem gibt es im Südsudan und in Somalia je einen Fonds für Länder in fragilen Situationen.

Einige Höhepunkte der Themenfonds:

■ Mit dem im Juni 2018 eingerichteten D4D-Fonds werden einkommensschwache Länder und Länder mit mittleren Einkommen im unteren Bereich bei der Verbesserung ihrer makroökonomischen Statistiken hinsichtlich Verfügbarkeit, Qualität, Umfang, Aktualität und Verbreitung unterstützt. All das dient einer Verbesserung ihrer politischen Entscheidungsgrundlage. Ein wesentliches Ergebnis dieser Bemühungen ist der Aufbau der Infrastruktur, die für die Erstellung vieler SDG-Indikatoren und für die diesbezügliche Berichterstattung benötigt wird.

Zu den wichtigsten Aufgaben des D4D-Fonds gehört auch die Finanzierung der Financial Access Survey.

■ Im Dezember 2018 wurde vom Lenkungsausschuss des Themenfonds zur Mobilisierung von Einkünften eine Aufstockung der Mittel und die Verlängerung der Bestandsdauer des Fonds gebilligt. Damit steht für die Kapazitätsentwicklung im Bereich Mobilisierung von Einkünften – einer wichtigen Entwicklungspriorität – für eine sechs Jahre laufende Phase ein Budget von 77 Mio. US\$ zur Verfügung (ursprünglich waren fünf Jahre und 60 Mio. US\$ geplant).

■ Im Rahmen der Frühjahrstagung 2019 wurde die dritte Phase der Debt Management Facility gestartet. Die Mittel aus diesem von IWF und Weltbank gemeinsam eingerichteten thematischen Treuhandfonds für das Management von Staatsschulden sollen vorwiegend einkommensschwachen Ländern zugutekommen. Es ist der einzige von mehreren Gebern finanzierte Fonds zur Entwicklung umfassender Schuldenmanagement-Kapazitäten.

Regionale Zentren für Kapazitätsentwicklung

Die 16 regionalen Zentren für Kapazitätsentwicklung bilden das Rückgrat der Infrastruktur des IWF für die Kapazitätsentwicklung. Dank dieser Zentren, deren Arbeit auf die Prioritäten einer jeden Region abgestimmt ist, kann der IWF schnell auf neue Bedürfnisse eines Landes eingehen und seine Arbeit vor Ort eng mit anderen Stakeholdern abstimmen. Mit Beratern vor Ort wird in den Zentren Peer Learning gefördert und praktische Unterstützung bei der Umsetzung und konsequenten Nachverfolgung geleistet. Mehr als drei Viertel der benötigten Ressourcen zum Betrieb der Zentren werden von Entwicklungspartnern sowie den Gastgeber- und Mitgliedsländern beigesteuert. Im Frühjahr 2019 gab der IWF seine Pläne zur Einrichtung eines neuen regionalen Zentrums für technische Hilfe für den Kaukasus, Zentralasien und die Mongolei bekannt (Kasten 2.2).

Einige Höhepunkte aus den regionalen Zentren für Kapazitätsentwicklung:

■ Dem regionalen Zentrum in der Karibik (CARTAC) wurde von seinen Partnern und Mitgliedern eine Aufstockung des Budgets zugesagt. CARTAC wird gemäß einem Beschluss an der Sitzung des Steuerungsausschusses im Mai 2018 seinen auf den Klimawandel und die Stärkung der Resilienz ausgerichteten Schwerpunkt weiter ausbauen.



Kasten 2.3 25-Jahr-Feier für das Pacific Financial Technical Assistance Center

Im Dezember 2018 wurde das 25-jährige Bestehen des ersten Zentrums für technische Hilfe, des Pacific Financial Technical Assistance Center (PFTAC), gefeiert. Die zweitägige Konferenz zu diesem Anlass wurde vom amtierenden Premierminister von Fidschi, Aiyaz Sayed-Khaiyum, und der Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktorin des IWF, Carla Grasso, eröffnet. An der Konferenz nahm auch Helen Clark, ehemalige Premierministerin Neuseelands und Leiterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, teil. Mehr als 200 politische Entscheidungsträger, Vordenker und Vertreter des Privatsektors, der Wissenschaft und der Medien erörterten Ansätze zur optimalen Nutzung von Wachstumschancen, zum Aufbau von Katastrophenresilienz und zur Förderung von inklusivem Wachstum in den 16 Mitgliedsländern des PFTAC. Die Rolle von praxisorientierter technischer Hilfe und Peer Learning bei der Entwicklung von Kapazitäten wurde ebenfalls thematisiert. Mit einem Jugendfotowettbewerb, der die Entwicklung der Region in den Mittelpunkt stellte, konnte die Arbeit des PFTAC stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden. Das PFTAC erhält Unterstützung von Australien, Neuseeland, der Europäischen Union, Korea und der Asiatischen Entwicklungsbank sowie dem Gastgeberland Fidschi und den Mitgliedsländern. Weiterführende Informationen sind einem englischsprachigen Video zu entnehmen, das hier abrufbar ist: <https://www.imf.org/external/mmedia/view.aspx?vid=598222772001>.

- Das regionale Zentrum für die pazifischen Inseln, PFTAC, feierte im Dezember 2018 sein 25-jähriges Bestehen (Kasten 2.3). Dank der Zustimmung der Partner und Mitglieder zu einer deutlichen Aufstockung des Budgets auf nahezu 40 Mio. US\$ in der laufenden Phase lässt sich ein neu entstandener Bedarf in den Bereichen inklusives Wachstum und Klimaresilienz decken.
- Von der IWF-Geschäftsleitung wurde eine allmähliche Ausweitung der Tätigkeiten des Africa Training Institute (ATI) in der zweiten Phase gebilligt, um der großen Nachfrage nach Ausbildungsangeboten in Afrika gerecht zu werden. Somit steht dem ATI in der zweiten Phase von Mai 2019 bis April 2024 ein aufgestocktes Budget von 35 Mio. US\$ zur Verfügung (das Budget für die erste Phase belief sich auf 23 Mio. US\$). Die Mittel werden für die Ausweitung des Ausbildungsangebots zu Kernthemen und neuen Themen (z. B. Governance, Geschlechtergerechtigkeit und Klimawandel), die Ausweitung der Unterstützung für fragile Staaten und mehr maßgeschneiderte Schulungen und Peer-Learning-Angebote verwendet. Von den maßgeschneiderten Schulungen sollen weiterhin die von den regionalen Zentren für technische Hilfe in Afrika als vorrangig eingestuft Projekte profitieren.

ONLINE-KURS IN ARABISCHER SPRACHE ZUR REFORM VON ENERGIESUBVENTIONEN

Vom Middle East Center for Economics and Finance des IWF wurde in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen des IWF ein Online-Kurs zur Reform von Energiesubventionen in arabischer Sprache entwickelt und zur Verfügung gestellt. Der auf die Region abgestimmte Kurs umfasst auch ein Spezialmodul, das eine Einschätzung der wichtigsten Herausforderungen und Lehren aus den Erfahrungen Marokkos enthält. Der Kurs

Kasten 2.4**Hochrangig besetztes Peer-to-Peer-Forum: Geldpolitik in den ASEAN-Ländern**

Am 9. und 10. Juli 2018 veranstalteten der IWF und die Finanzaufsichtsbehörde von Singapur (MAS) gemeinsam ein hochrangig besetztes Peer-to-Peer-Forum zur Modernisierung des geldpolitischen Handlungsrahmens und der geldpolitischen Geschäfte in den ASEAN-Ländern. Vorrangiges Ziel war die Einbeziehung der Kapazitätsentwicklung in die Gespräche zur Länderüberwachung hinsichtlich der Herausforderungen bei der Durchführung der Geldpolitik angesichts großer und volatiler Kapitalflüsse, der Unsicherheit aufgrund der Eskalation von Handelsspannungen, der Risiken für die Finanzstabilität und des weltweiten Zinsanstiegs sowie der Frage, wie und wann Devisenmarktinterventionen angezeigt sind.

Im Rahmen der höchst interaktiven Sitzungen mit Vizegouverneuren und Assistant Governors sowie anderen hochrangigen Vertretern der ASEAN-Zentralbanken hielten IWF-Mitarbeiter kurze Impulsvorträge, und internationale Experten diskutierten über bewährte Ansätze und gewonnene Erkenntnisse. Mit der Programmgestaltung zielten die Veranstalter darauf ab, den Dialog zu vier überlappenden Bereichen der Geldpolitik zu fördern: Gestaltung des geldpolitischen Handlungsrahmens, geldpolitische Instrumente und Geschäfte, Modellierungs- und Prognosetools sowie Kommunikation. In seiner Grundsatzrede vor dem Forum rief Professor John Taylor zu einem multilateralen Ansatz bei der Gestaltung transparenter, regelbasierter geldpolitischer Maßnahmen und Strategien auf

wurde gut angenommen: Bei seiner erstmaligen Freischaltung im Januar/Februar 2019 haben ihn 180 Beamten aus arabischen Ländern abgeschlossen.

HOCHRANGIG BESETZTE SYMPOSIEN ZU GLOBALEN LEHREN FÜR INKLUSIVES WACHSTUM UND GOVERNANCE

Gemeinsam mit dem Arabischen Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung und den zuständigen Abteilungen des IWF veranstaltete das Middle East Center for Economics and Finance des IWF eine Reihe hochrangig besetzter Symposien in Kuwait. Mit der Reihe soll die wirtschaftspolitische Diskussion auf Gebieten bereichert werden, die für die arabische Welt angesichts der bestehenden Herausforderungen besonders relevant sind. Die Podiumsgäste, darunter auch leitende IWF-Mitarbeiter und politi-

Tabelle 2.5**Themen- und Länderfonds des IWF für Kapazitätsentwicklung**

Bezeichnung	Partner
Revenue Mobilization (RM)	Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Europäische Union, Japan, Korea, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich
Tax Administration Diagnostic Assessment Tool (TADAT)	Deutschland, Europäische Union, Japan, Niederlande, Norwegen, Schweiz, Vereinigtes Königreich
Managing Natural Resource Wealth (MNRW)	Australien, Europäische Union, Niederlande, Norwegen, Schweiz, Vereinigtes Königreich
Anti-Money Laundering/Combating the Financing of Terrorism (AML/CFT)	Frankreich, Japan, Katar, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Saudi-Arabien, Schweiz, Vereinigtes Königreich
Financial Sector Stability Fund (FSSF)	China, Deutschland, Italien, Luxemburg, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Europäische Investitionsbank
Debt Management Facility II (DMF II) <i>gemeinsam mit der Weltbank</i>	Deutschland, Europäische Union, Niederlande, Norwegen, Österreich, Russland, Schweiz, Afrikanische Entwicklungsbank
Financial Sector Reform Strengthening Initiative (FIRST) <i>gemeinsam mit der Weltbank</i>	Phase III: Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich Phase IV: Deutschland, Schweiz
Data for Decisions (D4D)	China, Deutschland, Europäische Union, Japan, Korea, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweiz
Länderfonds Somalia	Europäische Union, Italien, Kanada, USA, Vereinigtes Königreich, Arabischer Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung
Länderfonds Südsudan	Norwegen

Quelle: Zusammenstellung des IWF-Stabs.

sche Entscheidungsträger mit unterschiedlichen Reform Erfahrungen, deckten bezüglich ihres Hintergrunds ein breites Spektrum ab. Das erste Symposium im November 2018 befasste sich mit den Auswirkungen weltwirtschaftlicher Entwicklungen auf die Region. Die Festrede wurde vom ehemaligen Direktor der Abteilung Forschung des IWF Maurice Obstfeld gehalten. Im Rahmen des zweiten Symposiums im Februar 2019 wurden mit dem Direktor der Abteilung Statistik des IWF, Louis-Marc Ducharme, Lehren aus den weltweiten Erfahrungen mit der Stärkung guter Regierungsführung und Transparenz gezogen. Die beiden Veranstaltungen stellten eine thematische Ergänzung zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Inclusive Development in the Arab World: A Call for Action“ dar, die mit dem Direktor der Abteilung Naher Osten und Zentralasien, Jihad Azour, im Februar 2018 stattfand.

Tabelle 2.6

Regionale Zentren für Kapazitätsentwicklung des IWF

Bezeichnung	Partner	Mitgliedsländer
Africa Training Institute (ATI)	Mauritius (Gastgeber), Australien, China, Deutschland, Korea, Europäische Investitionsbank	45 Länder in Afrika südlich der Sahara
AFRITAC Central (AFC)	Gabun (Gastgeber), China, Deutschland, Europäische Union, Frankreich, Niederlande, Europäische Investitionsbank	Äquatorialguinea, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Tschad, Zentralafrikanische Republik, São Tomé und Príncipe
AFRITAC East (AFE)	Tansania (Gastgeber), Deutschland, Europäische Union, Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Europäische Investitionsbank	Äthiopien, Eritrea, Kenia, Malawi, Ruanda, Tansania, Uganda
AFRITAC South (AFS)	Mauritius (Gastgeber), Australien, China, Deutschland, Europäische Union, Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Europäische Investitionsbank	Angola, Botswana, Eswatini, Komoren, Lesotho, Madagaskar, Mosambik, Mauritius, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika
AFRITAC West (AFW)	Cote d'Ivoire (Gastgeber), China, Deutschland, Europäische Union, Frankreich, Luxemburg, Europäische Investitionsbank	Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo
AFRITAC West 2 (AFW2)	Ghana (Gastgeber), Australien, China, Europäische Union, Kanada, Schweiz, Afrikanische Entwicklungsbank, Europäische Investitionsbank	Gambia, Ghana, Kapverde, Liberia, Nigeria, Sierra Leone
Capacity Development Office in Thailand (CDOT)	Thailand (Gastgeber), Japan	Demokratische Volksrepublik Laos, Vietnam, Kambodscha, Myanmar (die wichtigsten Begünstigten) sowie andere Länder in der Region Südostasien und Pazifikinseln im Rahmen ausgewählter Projekte
Caribbean RTAC (CARTAC)	Barbados (Gastgeber), Europäische Union, Kanada, Mexiko, Niederlande, Ostkaribische Zentralbank, Vereinigtes Königreich, Karibische Entwicklungsbank	Anguilla, Antigua und Barbuda, Aruba, Bahamas, Barbados, Belize, Bermuda, Britische Jungferninseln, Cayman-Inseln, Curaçao, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Montserrat, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Surinam, Trinidad und Tobago, Turks und Caicos
Central America, Panama, and Dominican Republic RTAC (CAPTAC-DR)	Guatemala (Gastgeber), Europäische Union, Kanada, Luxemburg, Mexiko, Norwegen, Spanien, Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration	Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama
Zentrum für die Kapazitätsentwicklung von China und IWF	China (Gastgeber)	China und andere Mitgliedsländer
Joint Vienna Institute (JVI)	Österreich (Hauptmitglied und Gastgeber) sowie internationale Partner/Geber	31 Länder, darunter 29 Länder in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien sowie Iran und Türkei
Middle East Center for Economics and Finance (CEF)	Kuwait (Gastgeber)	22 Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga
Middle East RTAC (METAC)	Libanon (Gastgeber), Deutschland, Europäische Union, Frankreich, Niederlande, Schweiz	Afghanistan, Ägypten, Algerien, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Sudan, Syrien, Tunesien, West Bank und Gaza
Pacific Financial RTAC (PFTAC)	Fidschi (Gastgeber), Australien, Europäische Union, Korea, Neuseeland, Asiatische Entwicklungsbank	Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen, Timor-Leste, Tokelau, Tonga, Tuvalu, Vanuatu
Singapore Training Institute (STI)	Singapur (Gastgeber), Australien, Japan	37 Länder in der Region Asien und Pazifik
South Asia Regional Training and Technical Assistance Center (SARTTAC)	Indien (Gastgeber), Australien, Europäische Union, Korea, Vereinigtes Königreich	Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Sri Lanka

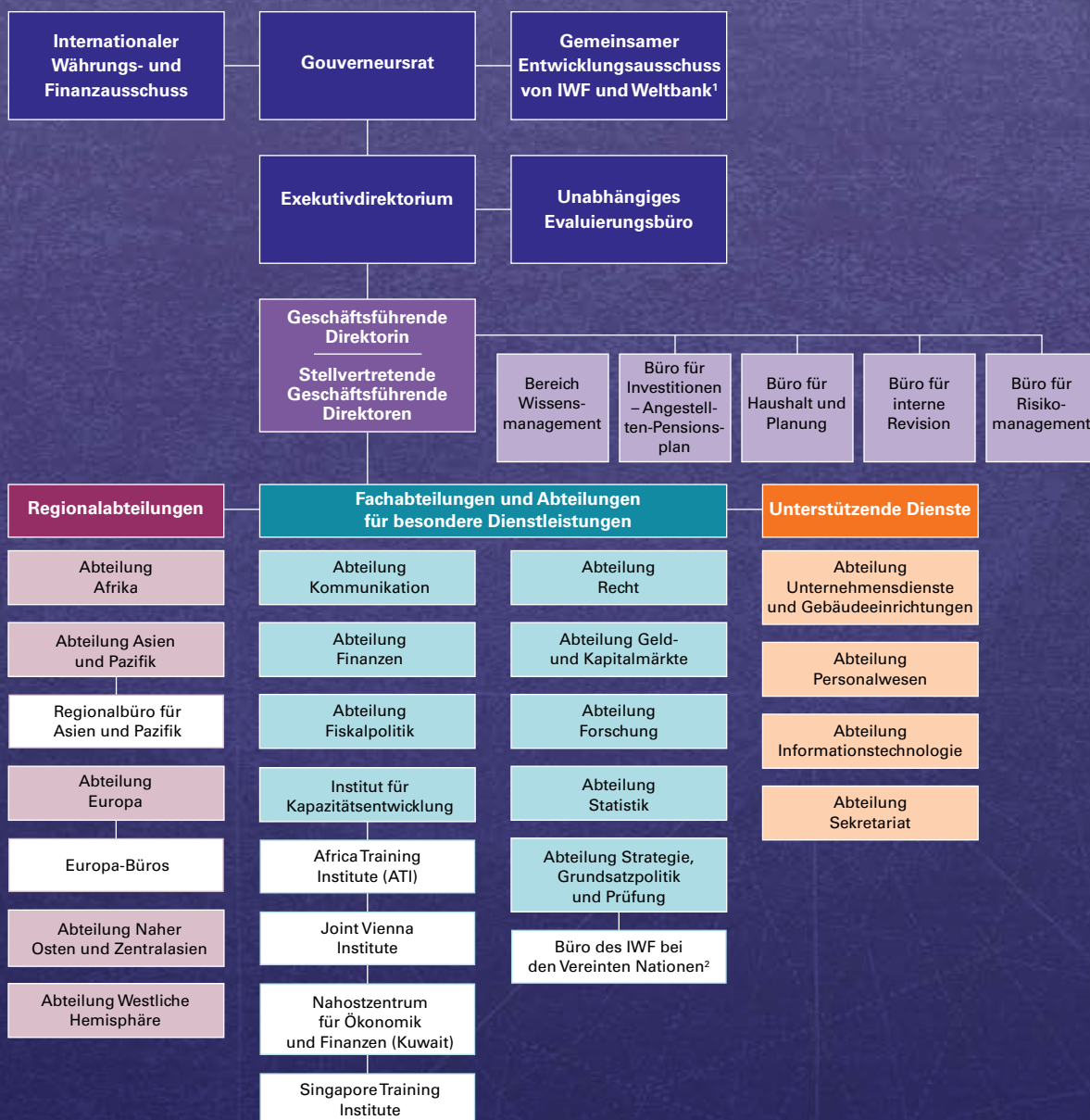
Der IWF bietet auch über regionale Ausbildungsprogramme Kurse an.

Quelle: Zusammenstellung des IWF-Stabs.

TEIL 3: Über den IWF

Organigramm des IWF

Stand: 30. April 2019



¹ Frühere Bezeichnung: Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries.

² An das Büro der Geschäftsführenden Direktorin angeschlossen.

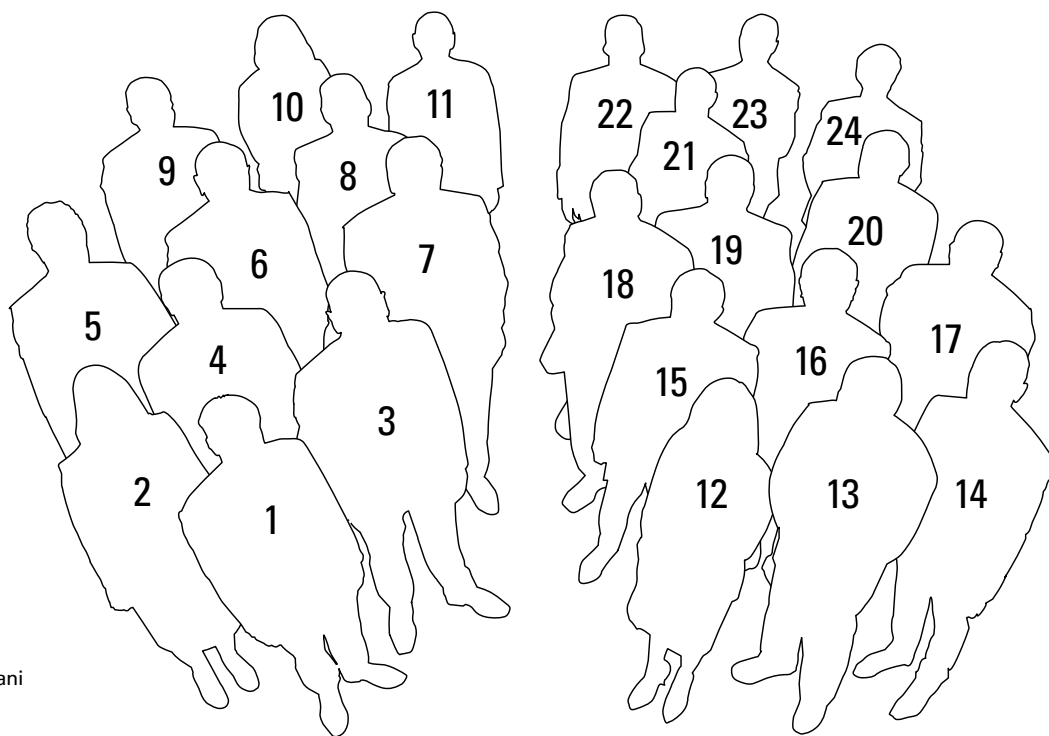


IWF-Exekutiv- direktoren

Stand: Mai 2019



1. Hervé de Villeroché
2. Shona Riach
3. Thomas Östros
4. Jafar Mojarad
5. Gabriel Lopetegui
6. Raci Kaya
7. Aleksei Mozhin
8. Leonardo Villar
9. Masaaki Kaizuka
10. Louise Levonian
11. Mark Rosen
12. Alisara Mahasandana
13. Subir Gokarn
14. Maher Mouminah
15. Domenico Fanizza
16. Jin Zhongxia
17. Dumisani H. Mahlinza
18. Hazem Beblawi
19. Alexandre Tombini
20. Nigel Ray
21. Anthony De Lannoy
22. Mohamed-Lemine Raghani
23. Paul Inderbinen
24. Steffen Meyer



Turnusmäßige Wahl der Exekutivdirektoren 2018

Nach Vergabe der 24 zu besetzenden Sitze traten die neu gewählten IWF-Exekutivdirektoren im November 2018 ihre zweijährige Amtszeit an. Elf neue Exekutivdirektoren und acht neue stellvertretende Exekutivdirektoren nahmen ihre Arbeit im Direktorium auf. Ihre zweijährige Amtszeit läuft bis zum 31. Oktober 2020.

Zur Unterstützung der Wahl richtete das Direktorium einen Ausschuss ein, der mit der Erarbeitung einer Wahlordnung beauftragt wurde. Die Wahlordnung legt die Zahl der zu wählenden

Exekutivdirektoren fest (24, seit 1992 unverändert) und bestimmt die maximale Zahl der Stimmrechtsanteile von Mehrländergruppen, sodass die Stimmrechte im Direktorium in einem sinnvollen, ausgewogenen Verhältnis verteilt sind. Außerdem regelt die Wahlordnung den Zeitpunkt und Ablauf der Wahl. Die vom Exekutivdirektorium vorgelegte Wahlordnung wurde im August 2018 vom Gouverneursrat gebilligt.

Die nächste turnusmäßige Wahl der Exekutivdirektoren findet im Oktober 2020 statt.



In memoriam

Exekutivdirektor Subir Gokarn, ein indischer Staatsbürger, starb im Juli 2019 nach kurzer schwerer Krankheit. Herr Gokarn war seit Dezember 2015 im Direktorium als Vertreter für Bangladesch, Bhutan, Indien und Sri Lanka tätig. Das Direktorium, die Geschäftsleitung und das Personal des IWF schätzten Subir Gokarn für seinen scharfen Verstand, seine Aufmerksamkeit, seine Redegewandtheit und die wertvollen Beiträge, die er während seiner Amtszeit beim IWF leistete.

Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter (Stand: 30. April 2019)

Adam Lerrick <i>Unbesetzt</i>	USA
Masaaki Kaizuka <i>Yoshihito Saito</i>	Japan
Jin Zhongxia <i>Sun Ping</i>	China
Anthony De Lannoy <i>Richard Doornbosch</i> <i>Vladyslav Rashkovan</i>	Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, Luxemburg, Moldawien, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Rumänien, Ukraine, Zypern

Steffen Meyer <i>Klaus Gebhard Merk</i>	Deutschland	Subir Gokarn <i>Mahinda K. M. Siriwardana</i>	Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka
Leonardo Villar <i>Pablo Moreno</i> <i>Alfonso Guerra</i>	Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Spanien, Bolivarische Republik Venezuela	Dumisani H. Mahlinza <i>Ita Mannathoko</i> <i>Kingsley I. Obiora</i>	Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Eswatini, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Sudan, Republik Südsudan, Tansania, Uganda
Juda Agung <i>Keng Heng</i>	Brunei Darussalam, Republik Fidschi, Republik Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam	Paul Inderbinen <i>Piotr Trabinski</i>	Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan
Domenico Fanizza <i>Michalis Psalidopoulos</i>	Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino	Aleksei Mozhin <i>Lev Palei</i>	Russische Föderation, Syrische Arabische Republik
Hervé de Villeroché <i>Armel Castetsi</i>	Frankreich	Jafar Mojarad <i>Mohammed Dairi</i>	Islamische Republik Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Libyen, Marokko, Pakistan, Tunesien
Shona Riach <i>David Paul Ronicle</i>	Vereinigtes Königreich	Hazem Beblawi <i>Sami Geadah</i>	Ägypten, Bahrain, Irak, Republik Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Vereinigte Arabische Emirate
Nigel Ray <i>Nam-duk Heo</i> <i>Grant Johnston</i>	Australien, Kiribati, Republik Korea, Marshallinseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Mongolei, Nauru, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Seychellen, Tuvalu, Vanuatu	Maher Mouminah <i>Ryadh M. Alkhareif</i>	Saudi-Arabien
Louise Levonian <i>Anne Marie McKiernan</i>	Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen	Mohamed-Lemine Raghani <i>Herimandimby A.</i> <i>Razafindramanana</i> <i>Facinet Sylla</i>	Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Dschibuti, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik
Thomas Östros <i>Jon Sigurgeirsson</i>	Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden	Gabriel Lopetegui <i>Juan Carlos Di Tata</i>	Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay
Raci Kaya <i>Christian Just</i> <i>Szilard Benk</i>	Belarus, Kosovo, Österreich, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn		
Alexandre Tombini <i>Bruno Saraiva</i> <i>Pedro Fachada</i>	Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kap Verde, Nicaragua, Panama, Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago		

Geschäftsleitung



◀ Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde mit Studenten an der Gad-jah-Mada-Universität in Yogyakarta, Indonesien.

▶ Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor David Lipton hält die Eröffnungsrede am Fiscal Forum des IWF.



▶ Stellvertretender Geschäftsführender Direktor Tao Zhang besucht das Centre for Children and Adolescent Development in Dominica.

◀ Stellvertretender Geschäftsführender Direktor Mitsuhiro Furusawa und IWF-Exekutivdirektor Jafar Mojarad an der Jahrestagung 2018 von IWF und Weltbank in Bali, Indonesien.



◀ Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin Carla Grasso mit Christiaan Rebergen des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande anlässlich des Beitrags des Landes zum Fonds des IWF zur Verwaltung des Vermögens aus natürlichen Ressourcen.



Tao Zhang

Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin

David Lipton

Erster Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor

Mitsuhiro Furusawa

Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

Carla Grasso

Stellvertretende Geschäftsführende
Direktorin und Chief Administrative Officer

LEITENDE MITARBEITER (Stand: 30. April 2019)

REGIONALABTEILUNGEN

Abebe Selassie	Direktor, Abteilung Afrika
Chang Yong Rhee	Direktor, Abteilung Asien und Pazifik
Poul Thomsen	Direktor, Abteilung Europa
Jihad Azour	Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien
Alejandro Werner	Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

FACHABTEILUNGEN

Gerard Rice	Direktor, Abteilung Kommunikation
Andrew Tweedie	Direktor, Abteilung Finanzen
Vitor Gaspar	Direktor, Abteilung Fiskalpolitik
Sharmini Coorey	Direktorin, Institut für Kapazitätsentwicklung
Rhoda Weeks-Brown	Chefjustiziarin und Direktorin, Abteilung Recht
Tobias Adrian	Finanzberater und Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte
Gita Gopinath	Wirtschaftswissenschaftliche Beraterin und Direktorin, Abteilung Forschung
Louis Marc Ducharme	Chefstatistiker und Datenbeauftragter; Direktor, Abteilung Statistik
Martin Mühleisen	Direktor, Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Prüfung

INFORMATION UND LIAISON

Chikahisa Sumi	Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifik
Christopher Lane	Sonderbeauftragter bei den Vereinten Nationen
Jeffrey Franks	Direktor, Büros in Europa/Leitender Vor-Ort-Vertreter bei der Europäischen Union

UNTERSTÜTZENDE DIENSTE

Chris Hemus	Direktor, Abteilung Unternehmensdienstleistungen und Fazilitäten
Kalpana Kochhar	Direktorin, Abteilung Personalwesen
Edward Anderson	Chief Information Officer und Direktor, Abteilung Informationstechnologie
Jianhai Lin	Sekretär des Fonds, Abteilung Sekretariat

BÜROS

Daniel Citrin	Direktor, Büro für Haushalt und Planung
Charles Collins	Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro
Nancy Asiko Onyango	Direktorin, Büro für interne Revision
Derek Bills	Leiter, Büro für Investitionen
Vivek Arora	Leiter, Büro für Risikomanagement

Kasten 3.1: Ausscheidende und neue leitende Mitarbeiter im Portrait



EDWARD ANDERSON kam im Juni 2018 als Chief Information Officer (CIO) und Direktor der Abteilung Informationstechnologie zum IWF. Anderson ist eine erfahrene IT-Führungskraft und war zuletzt als Global CIO bei

World Vision tätig. Davor war er vom Präsidenten in das Friedenskorps (Peace Corps) der USA berufen worden, wo er eine komplette Reorganisation der Bereitstellung von IT-Dienstleistungen in 74 Ländern beaufsichtigte. Außerdem leitete er mehrere privat geführte Beratungsgesellschaften für IT- und Unternehmenslösungen.



PETRA DE BRUXELLES kam im Oktober 2018 als Beraterin für Vielfalt und Inklusion zum IWF. Im Rahmen ihrer Tätigkeit bei verschiedenen multilateralen Entwicklungsinstitutionen leitete sie Initiativen zu Vielfalt und

Inklusion, Arbeitgeber-Branding und Öffentlichkeitsarbeit sowie weitere Personalinitiativen und bringt entsprechend umfangreiche Erfahrung in diesen Bereichen mit. Sie studierte an der Pennsylvania State University und der University of Surrey.



GITA GOPINATH kam im Januar 2019 als wirtschaftswissenschaftliche Beraterin und Direktorin der Abteilung Forschung zum IWF. Sie wurde von der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Harvard University beurlaubt, wo

sie John Zwaanstra Professor of International Studies and of Economics ist. Die Ökonomin ist Autorin zahlreicher wissenschaftlicher Artikel zu Wechselkursfragen, Handels- und Investitionsthemen, internationalen Finanzkrisen, zu Geldpolitik, Schuldenproblematik und Schwellenländerkrisen. Sie promovierte in Wirtschaftswissenschaften an der Princeton University.



SEAN HAGAN schied im September 2018 aus dem IWF aus, wo er 14 Jahre lang verschiedene Positionen in der Abteilung Recht bekleidete, zuletzt als Chefjustiziar und Direktor. Zu seinen Verdiensten als Direktor gehörten die Modernisierung des vom IWF

eingesetzten Instrumentariums zur Kreditvergabe, die Integration seiner Überwachungsprozesse, die Formulierung der Richtlinien zur Staatsverschuldung und die Konzeption der multilateralen Schuldenerleichterung für hoch verschuldete einkommensschwache Länder. Er hat etliche Beiträge sowohl zum Recht des IWF als auch zu einem breiten Spektrum rechtlicher Fragen im Zusammenhang mit der Verhinderung und Lösung von Finanzkrisen mit besonderem Schwerpunkt auf Insolvenz und Umschuldung, einschließlich der Restrukturierung von Staatsschulden, veröffentlicht. Hagan hat einen Juris Doctor der juristischen Fakultät der Georgetown University und einen Master of Science in internationaler politischer Wirtschaft von der London School of Economics and Political Science.



MAURICE „MAURY“ OBSTFELD schied im Dezember 2018 nach dreijähriger Tätigkeit als wirtschaftswissenschaftlicher Berater und Direktor der Abteilung Forschung aus dem IWF aus. Als „Chefökonom“ leitete er die Forschung beim IWF. Er verfasste wichtige Beiträge für den *World Economic Outlook* und war Co-Autor des Buches *Advancing the Frontiers of Monetary Policy*. Er promovierte in Wirtschaftswissenschaften am Massachusetts Institute of Technology.

RHODA WEEKS-BROWN kam 1997 zum IWF und übernahm



im September 2018 als Chefjustiziarin und Direktorin die Leitung der Abteilung Recht des IWF. Zuvor war Weeks-Brown stellvertretende Direktorin der Abteilung Communications des IWF und übte innerhalb der Organisation verschiedene Funktionen aus, in denen sie sich

mit einem breiten Spektrum von Fragestellungen zu Rechtsthemen, Länder- und Grundsatzpolitik befasste. Sie hält einen Juris Doctor der Harvard Law School.

PERSONALWESEN UND PRIORITÄTEN

Um wirkungsvolle Arbeit in der Weltwirtschaft zu leisten, muss der IWF eine ebenso hochqualifizierte wie vielfältige internationale Belegschaft anwerben, an sich binden, fördern und deren Leistungen würdigen. Zur Unterstützung dieser allgemeinen Ziele wurden drei sich gegenseitig verstärkende Initiativen auf den Weg gebracht, um a) eine Personalstrategie umzusetzen, die eine Kultur des kontinuierlichen Lernens, Innovation sowie starke Management- und Führungsqualitäten fördert; b) Arbeitsabläufe im Hinblick auf eine effizientere und wirtschaftlichere Bereitstellung von Diensten und Leistungen zu rationalisieren und c) weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, der hochkarätige, verschiedenartige Talente gewinnen und an sich binden kann.

Die Belegschaft

Mit Stand vom 30. April 2019 beschäftigte der IWF 2765 Stabsmitarbeiter. Eine Aufstellung der leitenden Mitarbeiter findet sich auf den Seiten 80 und 81, während das Organigramm des IWF am Anfang von Teil 3 abgebildet ist.

Die Anwerbung von insgesamt 150 neuen Stabsmitarbeitern im Jahr 2018 lag unter dem Vorjahreswert (172). Es wurden sieben Führungskräfte, 109 Fachkräfte und 34 Verwaltungsmitarbeiter eingestellt. Der IWF braucht Wirtschaftswissenschaftler mit weitreichender Erfahrung in Analyse und Politikgestaltung. 2018 wurden über das Economist Program 25 Absolventen und 50 Ökonomen im mittleren Karrierealter angeworben. 2018 wurden zudem 477 Mitarbeiter mit befristeten Verträgen eingestellt.

Drei Beamte aus Japan, Korea und Schweden wurden 2018 über das Entsendungsprogramm Externally Financed Appointee (EFA) eingestellt. Das EFA-Programm läuft jeweils zwei Jahre und wird von den Behörden der Mitgliedsländer über einen Treuhandfonds mit mehreren Gebern voll finanziert. EFA steht allen Mitgliedsländern offen, die bereit sind, Mittel für ihre eigenen Beamten oder Beamte anderer Länder bereitzustellen. Derzeit nehmen insgesamt neun Personen aus fünf Ländern an EFA teil. (Angaben zur Verteilung der IWF-Stabsmitarbeiter nach Nationalität, Geschlecht und Länderkategorie siehe Web-Tabellen 3.1–3.3; die Gehaltsstruktur des IWF findet sich in Web-Tabelle 3.4).

Vielfalt und Inklusion

Der IWF ist bestrebt, eine hinsichtlich geografischer Verteilung, Geschlecht, Bildungshintergrund und anderer Merkmale vielfältige Belegschaft zu haben, die einen breiten Querschnitt seiner Mitglieder repräsentiert. Per 30. April 2019 waren 147 der insgesamt 189 Mitgliedsländer in der Belegschaft des IWF vertreten. Die Neueinstellung von Staatsangehörigen aus unterrepräsentierten Regionen – Afrika südlich der Sahara, Ostasien, Naher Osten und Nordafrika – lag im Kalenderjahr 2018 bei 27 Prozent aller externen Neueinstellungen auf Expertenebene. 2019 erreichte der IWF seine Zielquote für Mitarbeiter aus Afrika

südlich der Sahara, wenn man die Zahl der auf Fach- und Führungskräfte zusammenzählt. Außerdem übertraf der IWF den angestrebten Anteil weiblicher Ökonomen auf Führungsebene und hat die Zielquote von 30 Prozent Frauen in Führungsfunktionen bis zum Ende des Geschäftsjahres 2019 bereits erreicht.

Der IWF unternimmt auch große Anstrengungen, um ein von Inklusion geprägtes Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem sich jeder entwickeln und seine Fähigkeiten entfalten kann. Hierzu wurde eine Schulung zu unbewusster Voreingenommenheit und zum Schutz gegen Belästigung für alle Mitarbeiter vorgeschrieben. Für an Auswahlverfahren beteiligte Führungskräfte wurden Gesprächsführungstechniken unter dem Gesichtspunkt der Inklusion eingeführt. „Als weltweit tätige internationale Organisation ist es unsere Aufgabe, mit gutem Beispiel voranzugehen und die gleichen hohen Ansprüche an uns selbst wie an unsere Partner zu stellen. Wir haben in den letzten 25 Jahren, seit wir uns zum ersten Mal näher mit Vielfalt und Inklusion im IWF befasst haben, große Fortschritte gemacht und sagen mit voller Überzeugung, dass es sich nicht nur um eine geschäftliche Notwendigkeit handelt, sondern einfach der richtige Weg ist. Wir werden uns weiterhin ehrgeizige Ziele setzen, damit unser Arbeitsumfeld künftig noch vielfältiger, inklusiver und repräsentativer wird“, sagte die Beraterin für Vielfalt und Inklusion Petra de Bruxelles.

Büro für interne Ermittlungen

Das Büro für interne Ermittlungen (Office of Internal Investigations, OII) wurde im Juli 2016 eingerichtet und führt vorläufige Untersuchungen und Ermittlungen auf Verwaltungsebene zu mutmaßlichem Fehlverhalten von IWF-Stabsmitarbeitern und Vertragsmitarbeitern durch.

Das OII untersucht als integraler Bestandteil des administrativen Disziplinarsystems im IWF mögliche Verstöße gegen die Richtlinien des IWF und stellt gleichzeitig ein ordentliches Verfahren sicher. Die Ermittlungsarbeit des Büros und seine Beschlüsse erfolgen unabhängig ohne Einmischung anderer Büros oder Beamter. Ermittlungen des OII folgen den Grundsätzen der Integrität, Professionalität, Fairness, Unparteilichkeit und Unvoreingenommenheit.

Struktur und Bezüge der Geschäftsleitung

Das Exekutivdirektorium überprüft in regelmäßigen Abständen die Vergütung der Geschäftsleitung. Das Gehalt der Geschäftsführenden Direktorin wird durch den Gouverneursrat gebilligt. Auf der Basis des Verbraucherpreisindex für Washington, DC werden jährliche Anpassungen vorgenommen. Mit Stand vom 1. Juli 2018 gestaltete sich die Gehaltsstruktur der Geschäftsleitung wie folgt:

■ Geschäftsführende Direktorin	516 700 US\$
■ Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor	449 290 US\$
■ Stellvertretende Geschäftsführende Direktoren	427 910 US\$

Unsere Ressourcen und Governance

HAUSHALT UND EINKOMMEN

Mittelfristiger Haushalt

Im April 2018 bewilligte das Exekutivdirektorium einen Nettoverwaltungsshaushalt von 1135 Mio. US\$ für das GJ 2019 und vorläufige Haushalte für die Geschäftsjahre 2020 und 2021 (Tabelle 3.1 enthält aktuelle Zahlen für die letzten zwei Jahre, um die letzten vom Direktorium genehmigten vorläufigen Haushalte für das GJ 2020 und GJ 2021 darzustellen). Es ist Ausdruck des vorsichtigen Ansatzes, dass der Haushalt des IWF trotz steigender Ansprüche an die Institution und einer robusten mittelfristigen Ertragslage das siebte Jahr in Folge unverändert blieb. Darüber hinaus billigte das Direktorium eine Grenze für Bruttoausgaben

in Höhe von 1417 Mio. US\$. Darin sind externe Rückerstattungen für Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau in Höhe von 196 Mio. US\$ und ein Vortrag von bis zu 46 Mio. US\$ unangetasteter Mittel aus dem GJ 2018 für Ausgaben im GJ 2019 enthalten. Die gebilligten Haushaltsmittel für geplante Investitionen in Gebäude und Informationstechnologie betrugen 71 Mio. US\$. Darin sind die Sanierungsarbeiten am Gebäudekomplex HQ1, die durch eine frühere gesonderte Einstellung abgedeckt sind, nicht enthalten.

Der Haushalt für das GJ 2019 unterstützte verstärkte Arbeiten auf wichtigen Gebieten für IWF-Mitglieder und die Modernisierung der Organisation. Weitere Ressourcen wurden für die Vertiefung des Länderengagements des IWF und die Stärkung

Tabelle 3.1

Haushalt nach den wichtigsten Ausgabenkategorien, GJ 2018–21

(In Millionen US-Dollar)

	GJ 2018		GJ 2019		GJ 2020	GJ 2021
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Haushalt
Verwaltungsausgaben						
Personal	969	962	1 009	995	1 035	...
Reisekosten ¹	126	121	135	126	129	...
Gebäude und Sonstiges	209	226	215	224	219	...
Rücklagen für Eventualfälle	11	...	12	...	14	...
Haushaltsausgaben insgesamt, brutto	1 315	1 309	1 371	1 346	1 397	1 435
Einnahmen ²	-211	-211	-236	-214	-239	-246
Nettohaushalt insgesamt	1 104	1 099	1 135	1 131	1 158	1 190
Vortrag ³	44	...	46	...	47	...
Nettohaushalt insgesamt, einschließlich Vortrag	1 148	1 099	1 181	1 131	1 205	1 190
Bruttohaushalt insgesamt, einschließlich Vortrag	1 359	1 309	1 417	1 346	1 444	1 435
Kapitalausgaben⁴						
Gebäudeeinrichtungen und IT	66	116	71	141	86	96
<i>Merkposten</i>						
Nettohaushalt insgesamt, GJ 2019	1 129	1 124	1 135	1 131	1 129	1 129

Quelle: IWF, Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹ GJ 2019 enthält Reisekosten zu Jahrestagungen im Ausland.

² Einschließlich geberfinanzierter Aktivitäten, Kostenteilungsvereinbarungen mit der Weltbank, Verkauf von Publikationen, Parkgebühren und sonstiger Einnahmen.

³ Vortrag von Mitteln aus dem Vorjahr gemäß bestehenden Regeln.

⁴ Die Ausgabe von zugewiesenen Mitteln des Kapitalhaushalts kann über drei Jahre erfolgen. Der Haushalt nennt die jährliche Zuweisung, während das Ergebnis die Ausgaben von zugewiesenen Mitteln der Vorjahre enthält.

der Arbeit im Finanzsektor, beispielsweise im Rahmen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors, neu zugewiesen. Für die Arbeit zu wichtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Themen, wie digitalen Zentralbankwährungen und der Fintech Agenda, wurden ebenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt. Im Zuge der Modernisierung des IWF sah der Haushalt unter anderem Mittel für die digitale Transformation, Wissensmanagement und Personaldienstleistungen vor.

Die tatsächlichen Verwaltungsausgaben im GJ 2019 beliefen sich auf 1131 Mio. US\$ und unterschritten damit den gebilligten Nettohaushalt um 4 Mio. US\$. Der Rückgang bei den Ausgaben war etwas geringer als im Vorjahr.

Die Investitionsausgaben beliefen sich im GJ 2019 auf insgesamt 141 Mio. US\$. Davon betrafen 82 Mio. US\$ die Sanierung des Gebäudekomplexes HQ1, die voraussichtlich im Herbst 2019 abgeschlossen wird. Die restlichen Ausgaben entfielen auf Gebäudeeinrichtungen und die Erneuerung und Verbesserung von IT-Ausrüstung sowie Mittel für die Modernisierungsagenda.

Für den Finanzausweis werden die Verwaltungsausgaben des IWF gemäß den internationalen Standards für die Rechnungslegung (International Financial Reporting Standards, IFRS) nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung verbucht. Diese Standards verlangen unter anderem die periodengerechte Buchführung und die Bewertung und Amortisierung von Kosten für Lohnnebenleistungen auf der Grundlage versicherungsmathematischer Bewertungen. Tabelle 3.2 zeigt einen ausführlichen Abgleich zwischen dem Ergebnis des Nettoverwaltungshaushalts in Höhe von 1131 Mio. US\$ für das GJ 2019 und den IFRS-basierten Verwaltungsausgaben von 1299 Mio. US\$ (931 Mio. SZR), die im geprüften Finanzausweis des IWF für 2019 angegeben sind.

EINKOMMENSMODELL, GEBÜHREN, VERGÜTUNG, LASTENTEILUNG UND NETTOERTRAG

Einkommensmodell

Seit seiner Gründung erzielt der IWF den Hauptanteil seines Einkommens aus seiner Kreditvergabetätigkeit. Zur Erzeugung von weiteren Einkünften richtete der IWF 2006 das Investment Account ein und legte seine Reserven an. 2008 verabschiedete das Exekutivdirektorium ein neues Einkommensmodell mit der Einrichtung einer Dotation, die mit den Gewinnen aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände des IWF finanziert wird. Gemeinsam mit dem neuen Einkommensmodell ermöglichte die Fünfte Änderung des IWF-Übereinkommens, die im Februar 2011 in Kraft trat, die Erweiterung des IWF-Investitionsmandats. Der IWF kann so höhere Renditen auf seine Investitionen erzielen und seine Finanzlage über die Jahre hinweg weiter

Tabelle 3.2

Verwaltungsausgaben

(in Millionen US-Dollar, wenn nicht anders angegeben)

NETTOERGEBNIS DES VERWALTUNGSHAUSHALTS, GJ 2019	1 131
ZEITLICHE VERSCHIEBUNGEN	
Kosten für Pensionen und Sozialleistungen nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses	175
Investitionen – Abschreibung der Investitionen des laufenden Jahres und der Vorjahre	54
NICHT IM VERWALTUNGSHAUSHALT ENTHALTENE BETRÄGE	
Investitionen – unmittelbar gemäß IFRS verbuchte Posten	31
Rückerstattung an die Allgemeine Abteilung (vom Poverty Reduction and Growth Trust und der Abteilung Sonderziehungsrechte)	(92)
VERWALTUNGSAUSGABEN INSGESAMT	1 299
MERKPOSTEN	
Im geprüften Jahresabschluss ausgewiesene Verwaltungsausgaben, insgesamt (Millionen SZR)	931

Quellen: IWF, Abteilung Finanzen und Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück. Die Umrechnungen basieren auf dem effektiven gewichteten durchschnittlichen Wechselkurs von US\$/SZR im GJ 2019 von ungefähr 1,40.

stärken. Im Januar 2013 verabschiedete das Exekutivdirektorium diese Regeln zu einer neuen Anlagestrategie für die Reserven des IWF im August 2015 (für das festverzinsliche Unterkonto) und erneut im März 2018 (hauptsächlich für das Unterkonto der Dotation). Ziel der Anlagestrategie ist es weiterhin, einerseits den realen Wert der Dotation zu erhalten und andererseits Einkommen zu erzeugen – unter Berücksichtigung des veränderlichen Marktumfelds, der öffentlichen Mittel des IWF und der Notwendigkeit, den Ruf der Institution zu schützen

Gebühren

Angesichts der starken Kreditvergabetätigkeit und der gegenwärtig niedrigen Investitionsrenditen sind die Gebühren, die auf ausstehende Kredite erhoben werden, weiterhin die Haupteinkommensquelle des IWF. Der Grundgebührensatz (der Zinssatz) auf IWF-Finanzierung umfasst den SZR-Zinssatz sowie einen unveränderlichen, in Basispunkten ausgedrückten Aufschlag. Nach der vom Exekutivdirektorium im Dezember 2011 verabschiedeten Regel wird der Aufschlag jeweils für einen Zeitraum von zwei Jahren und vorbehaltlich einer Prüfung vor Ablauf des ersten Jahres festgelegt, damit er die Vermittlungskosten des IWF bei der Kreditvergabe deckt und den Aufbau seiner Reserven ermöglicht. Die Regel sieht zudem eine Gegenprüfung vor, um sicherzustellen, dass der Gebührensatz in angemessener Weise den Marktkondi-

Kasten 3.2: Fortschritte bei der Gebäuderenovierung von HQ1

Die Sanierungsarbeiten am älteren der beiden Gebäude am Hauptsitz des IWF (HQ1) in Washington, D.C. liefen im GJ 2019 weiter. Es wurden beachtliche Fortschritte erzielt, und das Vorhaben ist inzwischen zu rund 98 Prozent abgeschlossen. Allerdings sind bei den letzten Etappenzielen, wie dem Sitzungssaal und den Führungsetagen, noch einige komplexe Herausforderungen zu bewältigen.

Drei Büroetagen konnten im Laufe des GJ 2019 wieder bezogen werden. Die Bauarbeiten in den letzten zwei belegten Etagen dauern noch an, und die Mitarbeiter wurden vorübergehend in das zweite Gebäude des IWF (HQ2) umgesiedelt. Das Exekutivdirektorium hat vorübergehend andere Räume

im Gebäudekomplex HQ1 bezogen. Auch die Haustechnik, das Dach und die Demobilisierung der Baustelle müssen noch fertiggestellt werden.

Der Hauptzweck für die umfassende Sanierung ist die Erneuerung alter und reparaturanfälliger Gebäudesysteme. Das Projekt strebt die Zertifizierung nach LEED (Leadership in Energy and Environmental Design) an und soll dank der „grünen“ Gebäudegestaltung und Bauweise weniger Auswirkungen auf die Umwelt haben. Nach Fertigstellung der Arbeiten im GJ 2020 wird das sanierte Gebäude wesentlich sparsamer im Energieverbrauch sein und dem IWF bei der Erfüllung höchster Nachhaltigkeitsstandards helfen.



tionen für langfristige Kredite entspricht. Im April 2018 legte das Exekutivdirektorium den Aufschlag für die Gebühr auf 100 Basispunkte für den Zeitraum bis April 2020 fest und bestätigte diesen Aufschlag bei der Halbzeitbewertung im April 2019.

Der IWF erhebt auch Aufschläge auf die Verwendung hoher Kreditsummen in den Kredittranchen und unter erweiterten Vereinbarungen. Aufschläge von 200 Basispunkten werden auf Kredite erhoben, die über 187,5 Prozent der Quote eines Mitglieds liegen. Dieser Schwellenwert wurde zuletzt revidiert, um den Effekt der Quotenverdoppelung nach dem Inkrafttreten der 14. Allgemeinen Quotenüberprüfung zu dämpfen. Neben diesen sog. volumenbasierten Aufschlägen erhebt der IWF auch zeitbasierte Aufschläge von 100 Basispunkten auf Kredite über demselben Schwellenwert, die mehr als 36 Monate in den Kredittranchen oder 51 Monate unter der Extended Fund Facility ausstehen.

Neben den Grundgebühren und Aufschlägen erhebt der IWF auch Servicegebühren, Bereitstellungsgebühren und Sondergebühren. Auf jede Kreditziehung aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (GRA) wird eine Servicegebühr von 0,5 Prozent erhoben. Auf Vereinbarungen aus dem GRA wird für die in jedem 12-Monatszeitraum verfügbaren Beträge zu Beginn dieses Zeitraums eine rückerstattungsfähige Bereitstellungsgebühr

erhoben. Die Bereitstellungsgebühr beträgt 15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge bis zu 115 Prozent, 30 Basispunkte zwischen 115 und 575 Prozent und 60 Basispunkte über 575 Prozent der Quote eines Mitglieds. Die Gebühren werden im Verhältnis zu den erfolgten Ziehungen erstattet, wenn der Kredit während des Zeitraums, für den die Gebühr entrichtet wurde, in Anspruch genommen wird. Der IWF erhebt außerdem Sondergebühren auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Vergütung und Zinsen

Was die Ausgabenseite anbelangt, zahlt der IWF seinen Mitgliedern Zinsen (Vergütung) auf ihre Gläubigerpositionen im GRA (sogenannte vergütete Reservetranchenpositionen). Das IWF-Übereinkommen sieht vor, dass der Vergütungssatz nicht über dem SZR-Zinssatz und nicht unter 80 Prozent des SZR-Zinssatzes liegen darf. Der Grundvergütungssatz entspricht derzeit dem SZR-Zinssatz, der auf einem gewichteten Durchschnitt repräsentativer Zinssätze auf kurzfristige Schuldinstrumente an den Geldmärkten der Währungen im SZR-Korb basiert, vorbehaltlich einer Untergrenze von 5 Basispunkten. Der IWF zahlt auch Zinsen zum SZR-Satz auf ausstehende Kreditnahmen unter den Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow, NAB).

Tabelle 3.3

Rückstände gegenüber dem IWF, die mindestens sechs Monate überfällig sind, nach Art mit Stand 30. April 2019 (Millionen SZR)

	Insgesamt	Nach Art	
		Allgemeine Abteilung (einschließlich Strukturanpassungsfazilität)	Treuhandfonds
Somalia	241,5	233,1	8,4
Sudan	969,3	885,9	83,3
INSGESAMT	1 210,7	1 119,0	91,7

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Lastenteilung

Die Gebühren- und Vergütungssätze werden gemäß einem Lastenteilungsmechanismus angepasst, der die Kosten überfälliger Verbindlichkeiten gleichmäßig zwischen Schuldner- und Gläubiger-Mitgliedern verteilt. Einkommensverlust aufgrund von Zinsen, die sechs oder mehr Monate überfällig sind, wird im Rahmen der Lastenteilung durch Erhöhung des Gebührensatzes und Senkung des Vergütungssatzes ausgeglichen. Die auf diese Weise eingezogenen Beträge werden bei Begleichung der unbezahlten Gebühren zurückerstattet.

Im GJ 2019 betrugen die angepassten Gebühren- und Vergütungssätze durchschnittlich 2,041 bzw. 1,031 Prozent.

Nettoertrag

Der Nettoertrag des IWF lag im GJ 2019 bei 0,6 Mrd. SZR (0,9 Mrd. US\$). Er stammt in erster Linie aus Einkünften aus der hohen Kreditvergabetätigkeit und Einkünften aus den im Investment Account gehaltenen Investitionen. Gegenläufig wirkten Verluste, die hauptsächlich auf Bewertungsänderungen der leistungsorientierten Verpflichtungen des Fonds zurückzuführen waren. Der Verlust von 0,4 Mrd. SZR (0,5 Mrd. US\$) ergab sich in erster Linie aus der sofortigen Erfassung der Effekte von geänderten versicherungsmathematischen Annahmen, die nach IFRS (International Accounting Standard 19, Leistungen an Arbeitnehmer) zur Bestimmung der Vermögenswerte und Verpflichtungen des IWF aus leistungsorientierten Pensionsplänen verwendet werden.

Kasten 3.3: „Big 5“-Projekte

Damit der IWF einen noch besseren Service für seine Mitgliedsländer erbringen kann, laufen intern mehrere Projekte zur Optimierung von Geschäftsprozessen und Aufrüstung der Technologieplattformen, auf die Mitarbeiter bei ihrer Tätigkeit zurückgreifen. Im GJ 2018 begann der IWF mit der Entwicklung dieser sog. „Big 5“-Projekte, die den IWF als Institution effizienter und schlagkräftiger aufstellen werden.

1HR wird die personalbezogenen Geschäftsprozesse modernisieren, vereinfachen und automatisieren. Das Projekt wird ein modernes integriertes System nach Industriestandard und eine agile, mobilfreundliche Plattform hervorbringen, die anpassungsfähiger an künftige Veränderungen sind.

Das **MANAGEMENT- UND VERWALTUNGSPROGRAMM ZUM KAPAZITÄTSAUFBAU** (Capacity Development Management and Administration Program, CDMAP) wird das Management des Kapazitätsaufbaus effizienter gestalten. Schwachstellen in den operativen Prozessen innerhalb des IWF werden harmonisiert erfasst und behoben und die unterstützenden Systeme entsprechend aktualisiert.

Im Rahmen des Projekts **KERNSYSTEME IM BEREICH DES WISSENSMANAGEMENTS** (Core Knowledge Management Systems) werden moderne Plattformen entstehen, mit denen das Wissen des IWF besser abrufbar und leichter zugänglich wird. Es besteht aus vier verbundenen Teilprojekten, die mit dem Ziel entwickelt wurden, ein starkes Content-Management, konsistentere und eindeutige Kategorien und Filter sowie eine solide Auffindbarkeit zu realisieren.

INTEGRIERTER DIGITALER ARBEITSPLATZ (Integrated Digital Workplace) wird den Mitarbeitern ein modernes, personalisiertes digitales Erlebnis bei ihrer täglichen Arbeit bieten. Im Rahmen des Projekts werden gemeinsame Strukturen in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen des IWF ermittelt, um durch einheitliche, automatisierte Workflow-Lösungen die Effizienz und Produktivität zu steigern.

IDATA ersetzt das derzeitige System des IWF für die Verwaltung und Verteilung von Daten. Kern des Projekts ist die Einführung einer modernen, wirtschaftlichen Datenlebenszyklusmanagement-Plattform, die einen nahtlosen Zugriff auf hochwertige Daten und deren Austausch ermöglicht und die IWF-Umgebung für Wirtschaftsdaten an Industriestandards angleicht.

Rückstände gegenüber dem IWF

Überfällige Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF beliefen sich Ende April 2019 auf 1210,7 Mio. SZR (Tabelle 3.3). Zu dem Zeitpunkt hatten zwei Mitglieder – Somalia und Sudan – langfristige Rückstände gegenüber dem IWF (d. h. mehr als sechs Monate überfällig). Die beiden Länder haben Rückstände, die bis auf die Mitte der 1980er Jahre zurückreichen und etwa 20 bzw. 80 Prozent der gesamten Rückstände ausmachen.

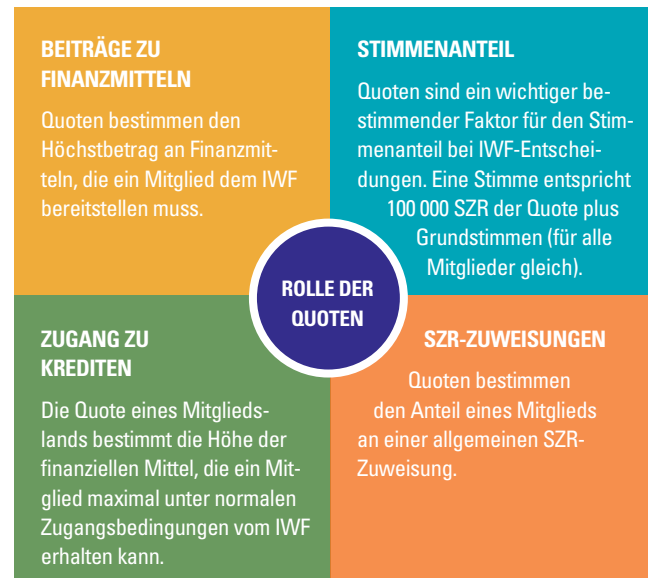
Unter der verstärkten kooperativen IWF-Strategie gegen Zahlungsrückstände werden Korrekturmaßnahmen ergriffen, um die langfristigen Rückstände anzugehen. Ende des Geschäftsjahres waren Somalia und Sudan weiterhin nicht berechtigt, IWF-Mittel in Anspruch zu nehmen.

QUOTEN: DIE GELDQUELLEN DES IWF

Die 189 Mitgliedsländer des IWF stellen hauptsächlich über die Einzahlung ihrer Quoten, die auch für die Stimmrechte entscheidend sind, Mittel für Kredite bereit. Multilaterale und bilaterale Kredite dienen als zweite und dritte Verteidigungslinie in Krisenzeiten. Mit diesen Mitteln hat der IWF Zugang zu rund 1 Billion US\$ für die nicht konzessionäre Kreditvergabe zur Unterstützung seiner Mitglieder. Konzessionäre Kreditvergabe und Schuldenerleichterung für einkommensschwache Länder werden über gesonderte beitragsbasierte Treuhandfonds finanziert.

Jedem Mitgliedsland wird eine Quote zugeteilt, die auf seiner Position in der Weltwirtschaft beruht. Die Quoten belaufen sich auf insgesamt 477 Mrd. SZR (rund 661 Mrd. US\$), der Rechnungseinheit des IWF, deren Wert ein Festkurs zu einem Korb von Währungen ist. Der IWF besitzt darüber hinaus Zugang zu multilateralen Mitteln im Wert von rund 182 Mrd. SZR, während die bilateralen Kreditnahmevereinbarungen Zugang zu 317 Mrd. SZR gewähren. Die Kreditnahmekanäle stehen zu unterschiedlichen Zeiten zur Verlängerung an. Die bilateralen Kreditnahmevereinbarungen aus dem Jahr 2016 werden Ende 2019 fällig und können um ein Jahr bis Ende 2020 verlängert werden.

Die Quoten werden zudem regelmäßig überprüft. Die laufende 15. Allgemeine Quotenüberprüfung bietet die Gelegenheit, die Größe und Zusammensetzung der IWF-Mittel an die Bedürfnisse der Mitglieder anzupassen. Sie baut auf den Governance-Reformen der Überprüfung von 2010 auf, wozu auch Bestrebungen zum Schutz der Quoten und Stimmrechte der ärmsten Mitglieder gehören. Die zehn Jahre alte Formel, die als Leitlinie zur Bestimmung der Quoten dient, wird ebenfalls überprüft.



Quotenzahlungen im GJ 2019

Die Voraussetzungen zur Implementierung der Quotenerhöhungen, die in der 14. Allgemeinen Quotenüberprüfung vereinbart worden waren, wurden am 26. Januar 2016 erfüllt. Dies führte zu einer Verdoppelung der Quotenmittel von rund 238,5 Mrd. SZR (rund 330,5 Mrd. US\$) auf 477 Mrd. SZR (rund 661 Mrd. US\$). Per 30. April 2019 hatten 181 der 189 Mitglieder ihre Quoten eingezahlt, sodass mit insgesamt 475 Mrd. SZR (rund 684 Mrd. US\$) über 99 Prozent der gesamten Quotenerhöhungen erreicht wurden.

SONDERZIEHUNGSRECHT

Das Sonderziehungsrecht (SZR) ist eine internationale Reservewährung, die vom IWF 1969 zur Ergänzung der offiziellen Reserven seiner Mitgliedsländer eingeführt wurde. IWF-Mitglieder, die der Abteilung Sonderziehungsrechte angehören (derzeit alle Mitglieder), können SZR gegen frei verwendbare Währungen tauschen. Insgesamt wurden den Mitgliedern bisher 204,2 Mrd. SZR (rund 283 Mrd. US\$) zugeteilt, davon 182,6 Mrd. SZR im Jahr 2009 nach der globalen Finanzkrise. Die SZR-Bewertung erfolgt durch einen Korb mit fünf Währungen: dem US-Dollar, dem Euro, dem chinesischen Renminbi, dem japanischen Yen und dem britischen Pfund Sterling. Das SZR ist die Rechnungseinheit des IWF und einiger anderer internationaler Organisationen. Das SZR ist weder eine Währung noch eine Forderung gegen den IWF. Vielmehr handelt es sich um potenzielle Ansprüche auf frei verwendbare Währungen der IWF-Mitgliedsländer. SZR können gegen diese Währungen getauscht werden.

Rechenschaftspflicht

RISIKOMANAGEMENT BEIM IWF

Der IWF ist aufgrund seiner im IWF-Abkommen festgelegten Rolle verschiedenen Risiken ausgesetzt. 2016 billigte das Exekutivdirektorium das Ausmaß der Risiken, die der IWF im Rahmen seiner Tätigkeiten über einen längeren Zeitraum zu tragen bereit ist – und erfolgreich bewältigen kann. Die Risikoakzeptanz wird vom Exekutivdirektorium regelmäßig überprüft.

Der IWF steuert seine Risiken aktiv nach dem Modell der drei Verteidigungslinien („Three Lines of Defense“). Die erste Verteidigungslinie bilden die Abteilungen, die das Tagesgeschäft ausführen und interne Kontrollsysteme zur Identifizierung und Steuerung der mit ihren Betriebsabläufen verbundenen Risiken einrichten und verwalten. In bestimmten Bereichen sorgen abteilungsübergreifende Ausschüsse für eine zusätzliche Risikoüberwachung.

Das Büro für Risikomanagement (Office of Risk Management, ORM) ist als zweite Verteidigungslinie für die Entwicklung und Pflege des Risikomanagementrahmens zuständig. Außerdem legt es der Geschäftsleitung und dem Exekutivdirektorium Berichte über das Gesamtrisikoprofil des IWF vor und hebt Bereiche hervor, in denen Maßnahmen zur Risikominderung erforderlich sind. Neben den zwei formellen Beratungen des Exekutivdirektoriums über das Risikomanagement fand in den letzten zwölf Monaten auch in häufigeren Abständen ein intensiver Austausch mit den Exekutivdirektoren auf informeller Ebene statt. Die Risikobewertungen des ORM fließen in den Strategie- und Haushaltsplanungszyklus des IWF ein. Das Fund Risk Committee unter dem Vorsitz des Ersten Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktors beurteilt und priorisiert die Maßnahmen zur Risikominderung und stellt die Einbindung der Risikofunktion innerhalb der Institution sicher.

Das Büro für interne Revision (Office of Internal Audit, OIA) ist die dritte Verteidigungslinie. Es bewertet die Wirksamkeit von Governance, Risikomanagement und internen Kontrollen. Die oberste Verantwortung für die Steuerung und Minderung von Risiken liegt bei der Geschäftsleitung und dem Exekutivdirektorium.

Die Risiken werden vom IWF in vier großen, miteinander verknüpften Bereichen überwacht und aktiv gesteuert.

- Die **strategische Richtung** wird von der Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin vorgegeben, die vom mittelfristigen Haushalt gestützt und an das sich wandelnde externe Umfeld angepasst wird.
- Risiken in den **Kernfunktionen** des IWF beziehen sich auf die Abstimmung von Überwachung, Kreditvergabe und Kapazitätsentwicklung auf die strategische Ausrichtung und die strategischen Ziele des IWF bei gleichzeitiger Sicherung seines Finanzierungsmodells. Zur Steuerung von Kreditvergaberisiken greift der IWF auf ein mehrschichtiges Regelwerk zurück, dessen wichtigste Instrumente auf Zugang, Programmgestaltung und Konditionalität ausgerichtet sind. Sicherheitsrücklagen in angemessener Höhe und der De-facto-Status eines bevorrechtigten Gläubigers sind feste Bestandteile dieses Rahmens.
- Die Risiken für die **funktionsübergreifenden Vermögenswerte** betreffen die Kapazität von Humankapital, Informationssicherheit, Technologie, Sachwerte und andere unterstützende Elemente des IWF, die die Umsetzung der strategischen Ausrichtung und die Ausübung der Kernfunktionen ermöglichen.
- Das **Reputationsrisiko** bezieht sich auf die Möglichkeit, dass Stakeholder den IWF in einem negativen Licht sehen, wodurch der IWF Schaden im Hinblick auf seine Glaubwürdigkeit und Zugkraft nehmen kann.

Im November 2018 entdeckte der IWF Beweise dafür, dass gewisse Mitarbeiter eines Technologiedienstleisters ohne entsprechende Genehmigung auf interne Daten zur Auftragsvergabe zugegriffen hatten. Eine tiefgehende Untersuchung einer externen Prüfgesellschaft kam zu dem Schluss, dass keine vertraulichen Personaldaten oder Informationen mit Bezug zur operativen Tätigkeit des IWF oder zu Mitgliedsländern eingesehen worden waren. Der IWF hat Korrekturmaßnahmen ergriffen, darunter die Einführung strengerer Informationssicherheitskontrollen, um das operative Risiko künftig zu mindern.

PRÜFUNGSVERFAHREN

Die Prüfungsverfahren des IWF bestehen aus einer externen Prüfungsgesellschaft, einer internen Revisionsfunktion und einem unabhängigen externen Rechnungsprüfungsausschuss (External Audit Committee, EAC), der nach der Satzung des IWF die allgemeine Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung führt.

Externer Rechnungsprüfungsausschuss

Der EAC hat drei Mitglieder, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt werden. Die Mitglieder dienen in zeitlicher Staffelung jeweils drei Jahre und sind unabhängig vom IWF. Sie sind Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer und müssen die notwendigen Sachkenntnisse und Qualifikationen zur Ausübung der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung besitzen. In der Regel bringen die Mitglieder des EAC umfangreiche Erfahrung in internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, im öffentlichen Sektor oder im Universitätsbereich mit.

Der EAC bestimmt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung von der Geschäftsleitung des IWF unabhängig. Er kommt jedes Jahr in Washington, D.C. zusammen, normalerweise im Januar oder Februar, um die Planung für die jährliche Rechnungsprüfung zu beaufsichtigen, im Juni nach Abschluss der Rechnungsprüfung und im Juli, um dem Exekutiv-

direktorium Bericht zu erstatten. Der IWF-Stab und die externen Wirtschaftsprüfer halten das ganze Jahr über Rücksprache mit den Mitgliedern des EAC. 2019 waren die Mitglieder des EAC Kathy David (Vorsitz), vereidigte Wirtschaftsprüferin und Gesellschafterin einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Antigua und Barbuda; Kathryn Cearn, unabhängige Beraterin im Vereinigten Königreich für Unternehmensberichterstattung, Audits und Corporate Governance, und Judith Lopez, vereidigte Buchprüferin (Certified Public Accountant) und ehemalige Gesellschafterin in einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf den Philippinen und Vorsitzende des Prüfungsausschusses einer philippinischen Geschäftsbank.

EXTERNE PRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Die externe Prüfungsgesellschaft wird vom Exekutivdirektorium in Rücksprache mit dem EAC gewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt. Sie ist verantwortlich für die Durchführung der externen Jahresprüfung und die Abgabe des Prüfgutachtens über die Finanzausweise des IWF, einschließlich der gemäß

Kasten 3.4: Risikosteuerung mit Sicherungsbewertungen

Wenn der IWF einem Mitgliedsland Finanzhilfe gewährt, wird eine Bewertung der Sicherungen durchgeführt. Damit soll in angemessenem Umfang festgestellt werden, ob die Zentralbank des Landes die Mittel des IWF adäquat verwalten und verlässliche Finanzdaten zu dem vom IWF gestützten Programm bereitstellen kann. Sicherungsbewertungen sind diagnostische Prüfungen der Governance- und Kontrollregelwerke von Zentralbanken und ergänzen die übrigen Sicherheitsvorkehrungen des IWF, wie Zugangsbeschränkung, Konditionalität, Programmgestaltung, Maßnahmen zum Umgang mit fehlerhaften Datenmeldungen sowie die Überwachung in der Folgezeit eines Programms. Diese Bewertungen umfassen eine Begutachtung des operativen Geschäfts von Zentralbanken in fünf Bereichen: a) externer Prüfungsmechanismus, b) Rechtsstruktur und Autonomie, c) Finanzberichtswesen, d) interner Prüfungsmechanismus und e) internes Kontrollsystem. (Siehe Factsheet „Protecting IMF Resources – Safeguards Assessments of Central Banks.“)

Per Ende April 2019 wurden 311 Bewertungen durchgeführt, die 97 Zentralbanken betrafen; sechs dieser Bewertungen wurden im GJ 2019 fertiggestellt. Der IWF überwacht den Fortschritt von Zentralbanken bei der Verbesserung ihrer Sicherungsregelwerke und bei der Arbeit zu Empfehlungen des IWF. Die Überwachung läuft so lange, wie Kredite des IWF ausstehen. Ungefähr 62 Zentralbanken unterliegen derzeit der Sicherungsüberwachung.

2015 wurden neue fiskalische Sicherungsüberprüfungen staatlicher Schatzämter beschlossen. Laut der geänderten Sicherungspolitik folgen die Prüfungen einem risikobasierten Ansatz und gelten für Vereinbarungen, bei denen ein Mitglied außerordentlichen Zugang zu Fondsmitteln beantragt und ein wesentlicher Anteil der Mittel, d. h. mindestens 25 Prozent, zur Finanzierung des Staatshaushalts herangezogen wird. Im Berichtsjahr wurde eine fiskalische Sicherungsüberprüfung abgeschlossen.

Im Rahmen dieser Sicherungsvorgänge wurden im Berichtsjahr am Singapore Training Institute in Singapur und am IMF Middle East Center for Economics and Finance in Kuwait regionale Seminare abgehalten. Die Seminare stellten international führende Praktiken und Standards im Bereich der Sicherung von Zentralbanken vor und boten Fachleuten ein Forum zum Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus fand im Januar 2019 in Dubai ein hochrangiges Forum über Governance in Zentralbanken statt, an dem Beamte der Banken und ihre externen Wirtschaftsprüfer teilnahmen. Das Forum behandelte die rechtlichen Grundlagen der Aufsicht auf Board-Ebene, die erweiterte Rolle des Finanzrisikomanagements sowie die Entwicklungen in den Bereichen Fintech, Datenanalysen und künstliche Intelligenz und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Zentralbanken.

Artikel V Abschnitt 2 Buchstabe b des IWF-Übereinkommens verwalteten Konten und des Angestelltenpensionsplans. Nach Abschluss der jährlichen Rechnungsprüfung informiert der EAC das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung und übermittelt den Bericht der externen Prüfungsgesellschaft über die Geschäftsführende Direktorin und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat zur Kenntnisnahme.

Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt, der um bis zu weitere fünf Jahre verlängert werden kann. PricewaterhouseCoopers wurde im November 2014 als externe Prüfungsgesellschaft des IWF bestellt. Die externe Prüfungsgesellschaft darf mit Ausnahme unzulässiger Dienstleistungen vorbehaltlich solider Sicherungsmechanismen, die die Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer gewährleisten, in gewissem Umfang Beratungsleistungen erbringen. Diese Sicherungsmechanismen sind die Beaufsichtigung durch den EAC des IWF und die Zustimmung des Exekutivdirektoriums bei Beratungshonoraren über einem bestimmten Schwellenwert.

BÜRO FÜR INTERNE REVISION

Das Büro für interne Revision (Office of Internal Audit, OIA) ist eine unabhängige Versicherungs- und Beratungsfunktion zum Schutz und zur Stärkung des IWF. Das OIA hat zwei Aufgabenbereiche: Erstens bewertet es die Wirksamkeit von Governance, Risikomanagement und internen Kontrollen des IWF, und zweitens berät und fördert es Maßnahmen zur Verbesserung der Geschäftsprozesse des IWF, indem es Empfehlungen zu bewährten Praktiken und zur Entwicklung kosteneffizienter Kontrollmechanismen abgibt. Zur Wahrung seiner Unabhängigkeit berichtet das OIA an die Geschäftsleitung und untersteht funktional dem EAC.

Im GJ 2019 umfasste die Arbeit des OIA die Prozesse für kurzfristige dezentrale Experteneinsätze vor Ort, die Compliance-Tätigkeiten des IWF, Managed Services für IT-Infrastruktur, die Präsenz des IWF im Ausland sowie Qualitätskontrollen für die Ergebnisse des Kapazitätsaufbaus. In den Tätigkeitsbereich des OIA fiel im GJ 2019 außerdem die beratende Unterstützung für das Programm IHR – das durch die Modernisierung des HR-Angebots für Stab, Manager und Verwaltungsangestellte institutionellen Wert vermitteln will – anhand laufender Stellungnahmen zu den Fortschritten bei der Durchführung des Programms. Darüber hinaus befasste sich das OIA in einer „Insight Note“ mit den Änderungsmanagementverfahren des IWF. Im GJ 2019 veröffentlichte das OIA auch seinen ersten Jahresbericht mit dem Ziel, breiter angelegte qualitative Themen herauszuarbeiten, die im Aufgabenbereich des OIA verankert sind.

Nach der Vorlage des *Neunten Periodischen Überwachungsberichts* (Periodic Monitoring Report, PMR) im GJ 2018 schlug das OIA – auf Grundlage einer Empfehlung, die sich aus einer externen Beurteilung des Unabhängigen Evaluierungsbüros ableitete – ein Regelwerk für die Triage und Nachfolgung offener Managementmaßnahmen vor, das vom Exekutivdirektorium gebilligt wurde.

Des Weiteren war das OIA 2019 Gastgeber der Jahrestagung der Leiter der internen Revision (Chief Audit Executives) von multilateralen Finanzinstituten.

Das Exekutivdirektorium wird zweimal jährlich im Rahmen eines Tätigkeitsberichts über die Arbeit des OIA informiert, der Informationen zu den Prüfergebnissen und den Status überfälliger Audit-Fragen enthält. Das letzte informelle Direktoriumsbriefing zu diesen Angelegenheiten während des Berichtjahres fand im Januar 2019 statt.

UNABHÄNGIGES EVALUIERUNGSBÜRO

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office, IEO) wurde 2001 eingerichtet, damit unabhängige und objektive Bewertungen der Politik und Tätigkeit des IWF durchgeführt werden können. Nach seinem Mandat ist das IEO völlig unabhängig von Geschäftsleitung und Stab des IWF und handelt eigenständig gegenüber dem Exekutivdirektorium des IWF. Seine Aufgabe ist es, die Lernkultur innerhalb des IWF zu fördern und die Glaubwürdigkeit des IWF nach außen zu stärken sowie die Governance- und Aufsichtsfunktionen des Exekutivdirektoriums zu unterstützen.

Externe Evaluierung des IEO 2018 und Folgemaßnahmen

Im Juli 2018 erörterte das Exekutivdirektorium die dritte externe Evaluierung des IEO, die von einer Expertengruppe, bestehend aus Donald Kaberuka (Vorsitz), Chia Der Jiun und Pernilla Meyersson, durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Evaluierung sollte die Wirksamkeit des IEO bewertet und geprüft werden, welche Verbesserungen im Hinblick auf seine Struktur, sein Mandat, seine Arbeitsweise und Aufgabenbereiche möglich sind.

Die Exekutivdirektoren schlossen sich der Ansicht der Expertengruppe an, dass das IEO entscheidend dazu beigetragen habe, die Rechenschaftspflicht, die Glaubwürdigkeit nach außen und in gewissem Umfang auch die Lernkultur des IWF zu verbessern. Sie begrüßten die Einschätzung, dass die Unabhängigkeit des IEO fest verankert sei und das Büro großen Spielraum bei der

Evaluierung für den IWF relevanter Themen habe. Gleichzeitig befürworteten die Exekutivdirektoren im Wesentlichen die Empfehlungen der Gruppe. Seit der Beratung im Direktorium wurden bei der Umsetzung der Empfehlungen gute Fortschritte erzielt.

Das IEO hat das Verfahren zur Auswahl von Themen für künftige Evaluierungen überarbeitet, um es transparenter zu gestalten und alle Beteiligten besser einzubeziehen. In diesem Zusammenhang unterstützte das Exekutivdirektorium die vom IEO vorgeschlagene pilotweise Einführung eines neuen, kürzeren Evaluierungsformats, mit dem das IEO schneller auf Anliegen des Direktoriums reagieren kann.

Das Direktorium billigte ein Regelwerk, um den großen Rückstand noch nicht umgesetzter Maßnahmen aus den Management Implementation-Plänen (MIP) früherer Evaluierungen aufzuarbeiten. Das Regelwerk umfasst fünf allgemeine Kategorien und entsprechende Interventionen, die erforderlich sind, um den Fortschritt der Managementmaßnahmen zu verstärken. Dieser „Triage“-Prozess wird im Rahmen des *Zehnten Periodischen Überwachungsberichts* (Periodic Monitoring Report, PMR) zur Anwendung kommen.

Das Direktorium billigte zudem Maßnahmen zur engeren Einbindung des IEO bei der Erstellung der Zusammenfassungen, die dem Direktorium als Grundlage für seine Beratungen über die IEO-Berichte dienen; zur Verstärkung des Nachverfolgungsprozesses für Empfehlungen des Direktoriums, indem die Maßnahmen der MIP konkreter, messbarer, besser umsetzbar und aussagekräftiger formuliert werden und die PMR in formellen Sitzungen des Direktoriums erörtert werden; sowie zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem IEO, der Geschäftsleitung und dem Stab.

Direktoriumsüberprüfungen der Berichte und Empfehlungen des IEO

DER IWF UND FINANZÜBERWACHUNG

Im Januar 2019 erörterte das Exekutivdirektorium die Evaluierung des IEO zum Thema *The IMF and Financial Surveillance* (Der IWF und Finanzüberwachung). Die Exekutivdirektoren begrüßten den Bericht des IEO, der zu dem Ergebnis kam, dass der IWF seine Finanzüberwachung seit der globalen Finanzkrise erheblich weiterentwickelt hat. Gleichzeitig schlossen sie sich der Einschätzung an, dass die Qualität und Wirkung der Finanzüberwachung durch den IWF noch weiter verbessert werden könnten. Insofern begrüßten sie die allgemeine Unterstützung der Ergebnisse und Empfehlungen des IEO seitens der Geschäftsführenden Direktorin.

Unterstützung durch die Exekutivdirektoren erfuhr auch die Empfehlung zur Stärkung der Finanz- und Makrofinanzanalysen innerhalb des Überwachungsprozesses nach Artikel IV, unter anderem durch bessere Einbeziehung der Analysen aus dem Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program, FSAP) in die Beratungen nach Artikel IV sowie durch Vertiefung der finanziellen Kompetenz und Sachkenntnis der Länderteams. Die weiteren Fortschritte in diesem Bereich werden davon abhängen, bei der Aufteilung der Mittel für die Finanzüberwachung das richtige Gleichgewicht zwischen der Überwachung im Rahmen des FSAP und der Überwachung nach Artikel IV zu finden.

Die Exekutivdirektoren schlossen sich grundsätzlich der Empfehlung an, den derzeitigen Ansatz für die Zuteilung von FSAP-Mitteln zu überdenken, um eine flexiblere, dynamischere und risikoorientierte Aufteilung zwischen Ländern und Themen zu erreichen. Die meisten Direktoren stimmten ferner dem Vorschlag zu, die Häufigkeit der vorgeschriebenen Bewertungen der Finanzstabilität zu überprüfen. Einig waren sich die Exekutivdirektoren auch darin, dass eine Überprüfung des Umfangs und Schwerpunkts der FSAP besser auf die Umstände des jeweiligen Landes, einschließlich Risiken und Regelungslücken, zugeschnitten werden könnte. Gleichzeitig sollte vermieden werden, sich zu sehr auf internationale bewährte Standardpraktiken zu verlassen. Damit soll zu einem höheren Mehrwert und einer besseren Nutzung der Zeit und Ressourcen von Mitarbeitern und Behörden beigetragen werden.

Die Exekutivdirektoren befürworteten oder zeigten sich aufgeschlossen für den Vorschlag, dass sich die FSAP in Ländern, die komplexe Stresstests durchführen, auf die Gestaltung der Risikoszenarien und die Überprüfung der von den Behörden eingesetzten Modelle konzentrieren sollten, um den Ressourcenaufwand für den IWF und die Behörden zu begrenzen. Andere Exekutivdirektoren waren jedoch gegen eine Aufweichung der Stresstests seitens des IWF in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, damit eine durchgängige Qualität dieser Tests gewährleistet sei. Die Exekutivdirektoren sprachen sich dafür aus, die vorstehenden Themen im Rahmen der FSAP-Überprüfung aufzugreifen.

Die Exekutivdirektoren begrüßten das Ergebnis, dass die multilaterale Finanzüberwachung durch den IWF hohes Ansehen und Einfluss genießt. Gleichzeitig stellten sie fest, dass es Möglichkeiten gebe, die Zugkraft dieser Überwachung durch mehr Nachdruck und Transparenz und durch eine intensivere Zusammenarbeit mit internationalen Partnern zu verbessern. Dementsprechend befürworteten sie allgemein die Empfehlung, mehr Daten und Analysen aus dem *Global Financial Stability Report* (GFSR) (vorbehaltlich urheberrechtlicher Beschränkungen) online zur Verfügung zu stellen und die Darstellung des GFSR so

anzupassen, dass sie für seine Hauptzielgruppe – viel beschäftigte Beamte – einfacher zu lesen sind. Die Exekutivdirektoren sprachen sich auch für eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern aus, beispielsweise mit dem Rat für Finanzstabilität bei der Frühwarnübung, ohne die Möglichkeit des IWF einzuschränken, Standardthemen aufzugreifen. Die Exekutivdirektoren betonten die Notwendigkeit, dass der IWF seine Zusammenarbeit mit internationalen Aufsichtsbehörden bei der Beurteilung der Auswirkungen von Reformen fortsetzt und dabei in den Grenzen verfügbarer Ressourcen seine vergleichswise Vorteile in bestimmten Bereichen einbringt.

Unterstützt wurde von den Exekutivdirektoren auch die Empfehlung zur weiteren Verbesserung der Analyseinstrumente des IWF im Hinblick auf ein besseres Verständnis der makrofinanziellen Zusammenhänge. Sie erörterten den Meinungsaustausch zwischen dem IWF und den großen Zentralbanken sowie die Entwicklung vereinfachter Instrumente und eine verstärkte interne Informationsarbeit, die für diesen Zweck hilfreich sind.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die Anerkennung, die dem IWF für seine bedeutenden Anstrengungen zur Verbesserung der makrofinanziellen Kompetenzen seiner Ökonomen entgegengebracht wurde, waren sich jedoch darin einig, dass die Arbeit in diesem Bereich noch nicht abgeschlossen sei. Sie unterstrichen, wie wichtig es sei, dass die Länderteams über das Wissen zur Einbindung finanzieller und makrofinanzieller Analysen in die Beratungen nach Artikel IV verfügten und diesbezüglich unterstützt würden.

Die Exekutivdirektoren waren der einhelligen Meinung, dass der IWF angemessene Mittel zur Stärkung der Finanzüberwachung abstellen sollte, um seinen Aufgaben und Zielen vollumfänglich gerecht zu werden. Sie schlossen sich der Empfehlung an, dass hierfür zusätzliche Ressourcen erforderlich sind.

Im Einklang mit gängiger Praxis achteten Geschäftsleitung und Stab bei der Formulierung des Umsetzungsplans, einschließlich der Ansätze zur Fortschrittsüberwachung, sorgfältig auf die Ergebnisse der Direktoriumsaussprache.

GOVERNANCE DES IWF

Im September 2018 gab das IEO eine aktualisierte Fassung des Berichts von 2008 *IEO Evaluation of the Governance of the IMF* heraus. Darin kommt das IEO zu dem Schluss, dass trotz der erheblichen Fortschritte seit der Veröffentlichung seiner Evaluierung der *Governance des IWF* im Jahr 2008 die Governance-Struktur des IWF immer noch überproportional auf Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit ausgerichtet sei; die Bereiche Rechenschafts-

pflcht und Stimme gäben weiterhin Anlass zu Bedenken, wodurch die Legitimität und Wirksamkeit des Handelns des IWF beeinträchtigt werden könnten. Die Governance des IWF habe sich gut bewährt, um den IWF bei der Erfüllung seines Mandats zu unterstützen. Die Quoten- und Stimmreformen seien von den Mitgliedern jedoch größtenteils nicht ausreichend berücksichtigt worden, und bei der Angleichung der „Anteile und Sitze“ bleibe noch einiges zu tun. Im aktualisierten Bericht wurde auch Kritik an der eingeschränkten Möglichkeit des Exekutivdirektoriums zur strategischen Überwachung, an der dominierenden Rolle der Geschäftsleitung im Entscheidungsprozess und an den in der Praxis begrenzten Auswirkungen des Regelwerks zur Rechenschaftspflicht der Geschäftsleitung geübt. Am Auswahlverfahren für die obersten Führungspositionen im IWF wurde von vielen Stakeholdern bemängelt, dass das Verfahren zu wenig transparent und leistungsbezogen sei und zu sehr durch Rücksichtnahmen auf die Nationalität eingeschränkt werde. Die Vorgabe der strategischen Richtung des IWF durch den Internationalen Währungs- und Finanzausschuss werde, so die Auffassung einiger Mitglieder, zeitweise von der weniger repräsentativen G20 überschattet.

STRUKTURELLE KONDITIONALITÄT DES IWF IN DEN IWF-GESTÜTZTEN PROGRAMMEN

Im Mai 2018 gab das IEO eine aktualisierte Fassung des Berichts von 2007 *IEO Evaluation of Structural Conditionality in IMF-Supported Programs* heraus. Darin wurde festgestellt, dass am IWF-Regelwerk für die strukturelle Konditionalität einige wichtige Änderungen vorgenommen wurden, wozu insbesondere die Abschaffung struktureller Leistungskriterien gehört. Ferner gab es Fortschritte im Hinblick auf den optimierten Einsatz der strukturellen Konditionalität und moderate Verbesserungen bei der Compliance. Dennoch lautete die Schlussfolgerung des aktualisierten Berichts, dass viele bei der Evaluierung 2007 angeschnittene Sachverhalte weiterhin auffällig seien und erneute Aufmerksamkeit verdienten. Auch wenn die Umstellung auf einen prüfbasierten Ansatz bei der Überwachung der Konditionalität grundsätzlich begrüßenswert sei, müssten die fehlende Eigenverantwortung der Länder und eine mögliche Stigmatisierung jedoch nach wie vor mit Sorge betrachtet werden. Die Zahl der strukturellen Auflagen ist in den letzten Jahren leicht gestiegen, doch sei die Wirkung weiterhin fraglich. Im Bericht wurde auch auf die Herausforderungen bei der Zusammenarbeit mit der Weltbank und anderen Partnern bei der Gestaltung und Überwachung der strukturellen Konditionalität des IWF in Bereichen außerhalb der IWF-Kernkompetenz sowie im Hinblick auf die Angemessenheit der IWF-Dokumentation zur Begründung struktureller Auflagen und die Qualität und Benutzerfreundlichkeit von MONA, der Datenbank des IWF für IWF-gestützte Programme, hingewiesen.

Das Arbeitsprogramm des IEO

Neben der Durchführung der oben genannten Projekte setzte das IEO im GJ 2019 seine Arbeit zur Evaluierung der *IWF-Beratung zu unkonventioneller Geldpolitik* fort und leitete a) eine Evaluierung der *Politikberatung des IWF zu Kapitalströmen*, b) eine Evaluierung der Aspekte *Anpassung, Verschuldung und Wachstum in IWF-gestützten Programmen*, c) eine kürzere Evaluierung der *Zusammenarbeit des IWF mit der Weltbank bei makrostrukturellen Fragestellungen* und d) eine Aktualisierung der Evaluierung des Berichts über die *Mitwirkung des IWF bei internationalen handelspolitischen Fragestellungen* aus dem Jahr 2009 ein.

Die Evaluierung der *IWF-Beratung zu unkonventioneller Politik* befasst sich ausführlich mit den Ratschlägen des IWF für die wichtigsten fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die eine solche Geldpolitik betreiben, sowie für eine Auswahl fortgeschrittener und aufstrebender Volkswirtschaften, die von den Spillover-Effekten dieser Politiken betroffen waren. Die Evaluierung untersuchte, ob der IWF nützliche Ratschläge zu den verschiedenen Instrumenten erteilte, die Zentralbanken zur Verfügung stehen, die wahrscheinliche Wirksamkeit der Geldpolitik im Verhältnis zu anderen politischen Optionen und den besten Maßnahmenmix sowie die allgemeineren Folgen dieser Entscheidungen für die Ursprungsländer und die von den Spillovers betroffenen Länder. Außerdem wurde bewertet, wie gut der IWF sein Kernmandat, die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in Währungsfragen, ausübte und ob er objektiv und multilateral stimmig handelte.

Die Evaluierung der *Politikberatung des IWF zu Kapitalströmen* befindet sich noch in der Anfangsphase. Mit der zunehmenden internationalen Integration der Finanzmärkte ist die Beratung darüber, wie sich die Vorteile der Kapitalströme ausschöpfen und gleichzeitig mögliche Risiken eindämmen lassen – und die bei Eintritt solcher Risiken entstehenden Krisensituationen zu bewältigen sind –, zu einem wichtigen Bestandteil der Überwachung durch den IWF geworden. Die Evaluierung geht der Frage nach, ob der IWF seinen Mitgliedern bei der Beratung zu Kapitalströmen einen Mehrwert liefert. Zu den zentralen Fragestellungen gehören: a) ob die Beratung auf Analysen beruht und durch empirische Daten gestützt wird, die Verschiebungen in den Rahmenbedingungen und neue Erfahrungen berücksichtigen, b) ob die Beratung schlüssig und objektiv ist und c) ob ihr ein Gleichgewicht zwischen den individuellen Umständen der Länder und dem allgemeinen Interesse der Mitglieder gelingt.

Im Mittelpunkt der Evaluierung von *Anpassung, Verschuldung und Wachstum in IWF-gestützten Programmen* steht die Bewertung des Gleichgewichts zwischen Anpassung und Wachstum in der Programmgestaltung und den Ergebnissen der Programme. In den letzten Jahren haben sich die Bedenken verstärkt, ob dieses Gleichgewicht tatsächlich erreicht wird, da immer deutlicher geworden ist, dass Programme, die keine spürbaren Wachstumsvorteile bringen, wahrscheinlich politischen Rückhalt verlieren und die Schuldentragfähigkeitsziele verfehlen. Hinsichtlich der Programmgestaltung wird die Evaluierung untersuchen, wie die Programme ein angemessenes Wachstum bei gleichzeitiger Erfüllung der Anpassungsziele erreichen wollten, und ob die Gestaltungsentscheidungen durch verfügbare wirtschaftliche Nachweise und eine Beurteilung politischer Wirtschaftsfaktoren hinreichend untermauert waren. In Bezug auf die Umsetzung und die Ergebnisse der Programme wird sich die Evaluierung damit befassen, inwiefern und warum die Ergebnisse von den Programmprojektionen abgewichen sind und (soweit möglich) ob die Programme dem Land letztendlich geholfen haben, ein höheres Wachstum zu erzielen.

Die Evaluierung der *Zusammenarbeit des IWF mit der Weltbank bei makrostrukturellen Fragestellungen* wird die erste in dem neuen kürzeren Evaluierungsformat sein, das vom IEO als Pilotversuch eingeführt wird. Seit zehn Jahren widmet sich der IWF mit verstärkter Aufmerksamkeit verschiedenen makrostrukturellen Fragestellungen, die als potenziell kritische Einflussfaktoren für makroökonomische Ergebnisse gelten (darunter Beschäftigung und Wachstum, Ungleichheit, Geschlechterfragen und Klimawandel), und anerkennt die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit der Weltbank und anderen Institutionen bei diesen Themen, da sie nicht unter die Kernkompetenzen des IWF fallen. Die Evaluierung wird untersuchen, wie wirksam diese Zusammenarbeit ist, und daraus Erkenntnisse zu Verbesserungsmöglichkeiten ableiten.

Im Rahmen der Aktualisierung der Evaluierung zur *Mitwirkung des IWF bei internationalen handelspolitischen Fragestellungen* wird der Bericht des IEO aus dem Jahr 2009 vor dem Hintergrund der erheblichen Veränderungen, die sich in den letzten zehn Jahren in der Handelslandschaft vollzogen haben, überprüft. Sie wird eine Bestandsaufnahme der Fortschritte bei der Bearbeitung der Feststellungen von 2009 machen, die Reaktion des IWF auf neu hinzugekommene Fragestellungen bewerten und potenzielle Herausforderungen und Chancen untersuchen. Sie wird sich mit der Reichweite und Qualität der handelspolitischen Arbeit des IWF, seiner Beziehung zu anderen internationalen Institutionen, der externen Kommunikation über Handelsthemen und der internen Organisation der handelspolitischen Arbeit beschäftigen.

Weitere Informationen und Dokumente zu abgeschlossenen, laufenden und künftigen Evaluierungen des IEO sind unter ieo.imf.org abrufbar.

Umsetzung der vom Direktorium befürworteten Empfehlungen

Im Oktober 2018 billigte das Exekutivdirektorium den Management Implementation Plan (MIP) für den Bericht *The IMF and Fragile States* (Der IWF und fragile Staaten). Das Maßnahmenpaket zielt darauf ab, die Wirksamkeit der Arbeit des IWF in Ländern, die sich in fragilen Situationen und Konfliktsituationen befinden, weiter zu verbessern. Der Plan sieht unter anderem die Entwicklung länderspezifischer Strategien für die Arbeit von IWF-Mitgliedsländern vor. Weitere Eckpunkte sind die Prüfung von Optionen für eine nachhaltigere finanzielle Unterstützung dieser Länder, praktische Maßnahmen, um dem Kapazitätsaufbau durch den IWF mehr Wirkung zu verleihen, und die Prüfung der Personalpolitik, um sicherzustellen, dass die Mitarbeiter des IWF über ausreichende Sachkenntnis und Erfahrung verfügen, um in fragilen Situationen und Konfliktsituationen effektive Arbeit zu leisten.

Im September 2018 erörterte das Exekutivdirektorium den *Neunten Periodischen Überwachungsbericht (Periodic Monitoring Report, PMR) zum Status der Implementierungspläne in Reaktion auf die vom Direktorium befürworteten Empfehlungen*. In dem Bericht wurde anerkannt, dass die 2015 vom Direktorium gebilligten Verbesserungen im Folgeprozess zu einer konsequenteren Umsetzung der jüngsten Maßnahmen beigetragen haben. Gleichzeitig wies der PMR jedoch auf den wachsenden Bestand noch nicht durchgeführter Maßnahmen hin und führte neue Kennzahlen ein. Diese sollen den Blick auf Maßnahmen lenken, die möglicherweise ein Eingreifen der Geschäftsleitung oder des Direktoriums erfordern, um die Umsetzung voranzubringen. Das Exekutivdirektorium schloss sich der Schlussfolgerung an, dass die Fortschritte bei der Umsetzung der in den Management Implementation Plans vorgesehenen Maßnahmen weiterhin ungleichmäßig sind. Wie vorstehend ausgeführt, hat das Direktorium anschließend ein neues Regelwerk gebilligt, um die erhebliche Zahl ausstehender Maßnahmen im Rahmen des Zehnten PMR abzuarbeiten.

TRANSPARENZ

Transparente Wirtschaftspolitik und zuverlässige Daten zu wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen sind für solide, informierte Entscheidungen der Behörden und das reibungslose Funktionieren einer Volkswirtschaft unerlässlich. Die aktuellen Politikmaßnahmen des IWF, die darauf abzielen, sinnvolle und genaue Informationen über die Rolle des IWF in der Weltwirtschaft und in den Volkswirtschaften seiner Mitgliedsländer sicherzustellen, sind in Echtzeit öffentlich verfügbar.

Transparenz lässt Volkswirtschaften effizienter arbeiten und senkt ihre Anfälligkeit gegenüber Krisen. Mehr politische Offenheit der Mitgliedsländer erleichtert die öffentliche Diskussion und Prüfung ihrer Politik, die Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger und die Glaubwürdigkeit ihrer Politik werden erhöht; des Weiteren werden effizientere und geregeltere Abläufe auf den Finanzmärkten ermöglicht. Mehr Offenheit und Klarheit aufseiten des IWF über seine eigene Politik und die Beratung für seine Mitgliedsländer führen zu einem besseren Verständnis der Rolle und Arbeitsweise des IWF und stärken so die Zugkraft seiner politischen Beratung und machen es leichter, die Institution zur Rechenschaft zu ziehen. Untersuchungen von außen dienen darüber hinaus der Qualität der Überwachung und IWF-gestützten Programme.

Der Transparenzansatz des IWF basiert auf dem allgemeinen Grundsatz, dass er nach Möglichkeit Dokumente und Informationen zeitnah zur Verfügung stellt, es sei denn, überzeugende und spezielle Gründe sprechen gegen eine derartige Offenlegung. Der Grundsatz respektiert die Freiwilligkeit der Veröffentlichung von Dokumenten über die Mitgliedsländer auf der Website des IWF: www.imf.org.

Nach Auffassung des IWF ist die Veröffentlichung von Länderdokumenten, die dem Exekutivdirektorium vorgelegt werden („Direktoriumsdokumente“), in der Regel „freiwillig, aber vorausgesetzt“; das bedeutet, dass der IWF die Veröffentlichung dieser Dokumente grundsätzlich wünscht. Die Veröffentlichung von Politikpapieren ist vorausgesetzt, bedarf aber der Zustimmung durch das Direktorium. Ein Direktoriumsdokument wird veröffentlicht, sobald das betreffende Mitglied keinen Einspruch gegen die Veröffentlichung einlegt und dadurch seine Zustimmung erteilt. Die Veröffentlichung von Mehrländerdokumenten erfordert je nach Dokument entweder die Zustimmung des Direktoriums oder der betroffenen Länder.

Mit seinem öffentlichen Engagement verbessert der IWF die Meinung der Öffentlichkeit über die Institution durch a) Transparenz der Überwachung und IWF-gestützten Programme, b) Transparenz seiner Finanzgeschäfte, c) externe und interne Revision und Beurteilung sowie d) Kommunikation nach außen. Die Transparenzpolitik des IWF soll alle fünf Jahre überprüft werden; die letzte Überprüfung fand 2013 statt (siehe auch die Abschnitte „Rechenschaftspflicht“ und „Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder“).

**ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND
EINBINDUNG EXTERNER STAKEHOLDER**

Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit verfolgt der IWF zweierlei Ziele. Zum einen möchte er externen Stakeholdern Gehör schenken, um ihre Bedenken und Sichtweisen besser zu verstehen und dadurch die Relevanz und Qualität seiner Politikberatung zu verbessern. Zum anderen möchte er das Verständnis der Außenwelt für die Ziele und die Arbeit des IWF stärken. Die Abteilung Communications des IWF trägt die Hauptverantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit und die Beziehungen zu externen Stakeholdern.

Die Kommunikationsstrategie hat sich im Laufe der Jahre weiterentwickelt. In den letzten zehn Jahren wandelte sich der Ansatz des IWF von erhöhter Transparenz zu einer proaktiveren Einbindung der Medien und anderer beteiligter Gruppen mit dem Ziel, die Richtlinien und Arbeitsweise des IWF zu erläutern, dem IWF die Teilnahme und Mitwirkung am intellektuellen Diskurs zu wichtigen Wirtschaftsfragen zu ermöglichen und zwischen IWF und seinen Mitgliedern weltweit wechselseitiges Lernen und Lehren sowie den Dialog miteinander zu fördern.

Der IWF setzt Kommunikation als strategisches Mittel zur Stärkung seiner Wirkungskraft ein. Die strategische Nutzung von Technologien wie soziale Medien, Videos, Blogs und Podcasts spielt in der Kommunikationsarbeit des IWF eine immer größere Rolle. Gleichzeitig wendet sich der IWF in der sich rasch ändernden Welt von heute immer wieder neuen Kommunikationskanälen zu, einschließlich Organisationen der Zivilgesellschaft (Civil Society Organizations, CSOs) und Netzwerken im Privatsektor.

Der IWF pflegt Beziehungen zu einem breiten Spektrum an Gruppen außerhalb der Regierung, wie Parlamentariern, CSOs, Gewerkschaften und Leitern von Jugendgruppen. Dieser gegenseitige Dialog bietet dem IWF die Möglichkeit, seine Ansätze darzustellen und von anderen zu lernen, um seine Politikberatung zu verbessern. Themen von besonderem Interesse und spezieller Bedeutung im GJ 2019 waren Bestechung, Ungleichheit, Geschlechterfragen, Sozialschutz, Fintech und inklusives Wachstum.

Parlamentarier

Der IWF schätzt seine Kontakte zu Parlamentariern, die Gesetze auf den Weg bringen und ihre Wähler repräsentieren. Etwa 50 Parlamentsmitglieder (MPs) aus mehr als 20 Ländern nahmen während der Jahrestagung 2018 in Bali am Workshop für Parlamentarier teil und sprachen über Transparenz, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die wirtschaftliche Emanzipation von Frauen und die Entwicklung von Humankapital. Im März 2019 nahmen 19 MPs aus Bangladesch, Butan, Indien, Nepal und Sri

Lanka an einem vom IWF organisierten Workshop im South Asia Regional Training and Technical Assistance Center in Neu Delhi teil, bei dem relevante Themen wie öffentliche Finanzen, Besteuerung und Handel erörtert wurden. Bei einem ähnlichen Workshop am Joint Vienna Institute tauschten sich rund 20 Parlamentarier aus Mittel- und Südosteuropa über das neue Governance-Regelwerk und wirtschaftlichen Wohlstand aus. Rund 170 MPs aus über 60 Ländern nahmen an der Global Parliamentary Conference während der Frühjahrstagung 2019 teil, auf der Themen wie Partnerschaften zur Nutzung privatwirtschaftlicher Daten in der Politikgestaltung, Klimawandel, Transparenz der öffentlichen Haushalte und Einkommensungleichheit behandelt wurden. Das Konferenzprogramm umfasste auch eine Versammlung mit der Geschäftsführenden Direktorin Christine Lagarde.

Organisationen der Zivilgesellschaft

Der IWF setzte seine enge Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft (Civil Society Organizations, CSOs) fort. Rund 620 CSO-Vertreter nahmen an der Jahrestagung 2018 teil; ein Highlight war eine Videokonferenz mit Winnie Byanyima, Exekutivdirektorin von Oxfam International, über Ungleichheit, Besteuerung und Geschlechterfragen. Der IWF finanzierte auch 21 Stipendiaten von CSOs. Ferner fanden ungefähr 50 politische Foren zu CSOs statt, auf denen Themen behandelt wurden, die von Geschlechterfragen über Ungleichheit und Verschuldung bis hin zur Überprüfung der Konditionalität durch den IWF und internationaler Besteuerung reichten. Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde sprach bei einer Art Townhall-Meeting zu über 400 CSO-Vertretern.

Mehr als 1000 CSO-Vertreter kamen zur Frühjahrstagung 2019. Der IWF finanzierte 15 Stipendiaten von CSOs, und es wurden 46 politische CSO-Foren zu Themen wie Bestechung, Verschuldung, Geschlechterfragen, Besteuerung und Sozialschutz ausgerichtet.

Der IWF hielt mehrere Konsultationen mit CSO-Vertretern. Gegenstand dieser Konsultationen waren unter anderem die 2019 vom IWF durchgeführte Analyse der Besteuerung internationaler Körperschaften, die Gestaltung eines IWF-Regelwerks für Sozialausgaben, die Überprüfung der Konditionalität und die Gestaltung von IWF-gestützten Programmen sowie das inklusive Wachstum im Nahen Osten und Zentralasien. Regionale Workshops für CSO fanden in Indonesien, Jordanien, Marokko und auf den Philippinen statt.

Gewerkschaften

Der Dialog mit Gewerkschaften wurde auf verschiedenen Kanälen fortgesetzt. Im März 2019 nahmen 65 Gewerkschaftsführer und Vertreter aus 35 Ländern an hochrangigen Tagungen von IWF, Weltbank und internationalem Gewerkschaftsbund (ITUC) in Washington, D.C. teil. Dort erörterten sie mit der Geschäftsleitung und Führungskräften des IWF-Stabs Themen wie den Weltwirtschaftsausblick, Ungleichheit und Sozialausgaben. Im Laufe des Jahres führten Stabsmitarbeiter Konsultationen mit Gewerkschaften zu einem breiten Spektrum politischer Themen, darunter das IWF-Regelwerk zu Sozialausgaben. Viele Landerteams stehen im Rahmen ihrer volkswirtschaftlichen Überwachungs- und Programmmissionen im Meinungsaustausch mit nationalen Gewerkschaften.

Sozialverantwortliche Unternehmensführung

Giving Together ist das Spendenprogramm des IWF, das gegenwärtige und pensionierte Mitarbeiter des IWF bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in ihrem sozialen Umfeld vor Ort und international unterstützt. Es umfasst Mitarbeiterspenden, Aufrufe zur Katastrophenhilfe, Spenden der Geschäftsleitung, Zuschüsse für karitative Organisationen vor Ort und auf internationaler Ebene sowie ehrenamtliche Hilfsaktionen der Mitarbeiter.

Dieses Jahr brach die jährliche Kampagne Giving Together zwei Rekorde: Mit einer Mitarbeiterbeteiligung von 62 Prozent wurde die 2017 erreichte Quote von 43 Prozent weit übertroffen. Spenden und Spendenzusagen von Mitarbeitern und Pensionären betrugen im Geschäftsjahr 3 Mio. US\$ – mehr als die 2,6 Mio. US\$ des Vorjahres – und kommen 1352 verschiedenen gemeinnützigen Organisationen weltweit zugute. Giving Together organisierte Aufrufe zur Katastrophenhilfe – die vom IWF um 100 Prozent aufgestockt wurde – für die Opfer des Vulkanausbruchs in Guatemala und des Erdbebens und Tsunamis im indonesischen Sulawesi.

Der IWF gewährt Zuschüsse für lokale und internationale Wohltätigkeitsorganisationen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit durch die Förderung von Bildung und wirtschaftlichen Chancen unterstützen. Im GJ 2019 wurden 115 000 US\$ an zwölf karitative Organisationen im Großraum Washington, D.C. ausgeschüttet, während 100 000 US\$ an zehn internationale Organisationen gingen. Spenden von der IWF-Geschäftsleitung unterstützten karitative Organisationen an der Basis, die sich der Armutsbekämpfung und Ausbildung unterprivilegierter Gruppen verschrieben haben. Während der Besuche der Geschäftsleitung in verschiedenen Ländern, darunter Angola, Dominica, Fidschi, Ghana, Honduras, Indonesien, Südafrika und Tonga, kamen Spenden von insgesamt 165 000 US\$ zusammen.

Im Laufe des Geschäftsjahres fanden mehrere ehrenamtliche Aktionen statt. Im Juli 2018 fügten 150 Mitarbeiter 750 Rucksäcke für Schulkinder zusammen, die von Flüchtlingskrisen betroffen waren. Im Oktober 2018 organisierte der IWF als Beitrag für die örtliche Gemeinde, die Gastgeber der Jahrestagung 2018 war, gemeinsam mit den indonesischen Behörden eine Freiwilligenaktion für den Wiederaufbau der Korallenriffe in Bali. Weitere ehrenamtliche Aktionen waren der Unterricht in finanziellen Grundkenntnissen und Englischkurse für Schüler an den High Schools der Umgebung, das Schreiben von Karten an Kinder mit Gaumenspalte, um ihnen Mut zu machen, und das Zusammenstellen von Mahlzeiten für bedürftige Familien vor Ort.

Der IWF ist dem Aufbau einer nachhaltigen Zukunft verpflichtet und hat Maßnahmen getroffen, um die von ihm ausgehenden Umwelt- und Klimaauswirkungen zu verringern. Seit Januar 2019 verwendet der IWF in seinen Restaurationsbetrieben und im Concordia Hotel keine Einwegartikel aus Kunststoff mehr und spart dadurch über eine Million Plastikartikel pro Jahr ein.

In der Poststelle des IWF landen jährlich rund fünf bis sieben Tonnen an Katalogen und anderen Werbematerialien. Im Januar 2019 startete der IWF eine Initiative zur Reduzierung unerwünschter Postsendungen, indem die Empfänger von den Verteilerlisten ausgetragen und die Verteilung von Werbe-Postwurfsendungen unterbunden wurde. Ende des Geschäftsjahres 2019 hatte der IWF den Versand und die Verteilung von zwei Tonnen unerwünschter Post verhindert. Außerdem stellt der IWF alle Zeitungsabonnements gerade auf elektronische Formate um, die über Apps auf Mobilgeräten und Computern gelesen werden können.

Durch die Wiederverwertung und Kompostierung von Abfällen beim IWF wurden 63 Prozent der von IWF-Mitarbeitern produzierten Abfälle (GJ 2019) umgeleitet. Das entspricht 1062 Tonnen an umgeleiteten Abfällen. Im GJ 2019 wurden 37,5 Prozent der Energieverbrauchs des IWF aus erneuerbaren Energien gedeckt.

Regionalbüros

Als zentrale Niederlassung des IWF in der Region Asien und Pazifik spielt das Regionalbüro für Asien und Pazifik (Regional Office for Asia and the Pacific, OAP) eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Überwachung, dem Kapazitätsaufbau für politische Entscheidungsträger in Asien und der Öffentlichkeitsarbeit in Japan und anderen Ländern, um die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und die strategischen Ziele des IWF voranzubringen. Das Büro und seine Tätigkeit werden von der japanischen Regierung großzügig kofinanziert.

Das OAP unterstützt die Überwachung der Wirtschafts- und Finanzentwicklung in der Region Asien und Pazifik; seine Ökonomen arbeiten mit den IWF-Länderteams zusammen, die an der bilateralen Überwachung mit Japan, Kambodscha und Vietnam beteiligt sind. Darüber hinaus ist der Stab des OAP aktiv in die Foren Asiens für politischen Dialog involviert, darunter die Association of Southeast Asian Nations plus China, Japan, and Korea (ASEAN+3), Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) und das Executives' Meeting of East Asia Pacific Central Banks (EMEAP).

Das OAP trägt entscheidend zu den Bemühungen des IWF bei, die Kapazitäten wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger in der Region zu stärken und so eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung durch eine solide makropolitische Steuerung zu ermöglichen. Das Büro verwaltet das Japan-IMF Scholarship Program for Asia (JISPA), das junge Beamte aus Asien bei der Erlangung eines Hochschulabschlusses in Japan unterstützt. Das 1993 ins Leben gerufene Programm hat über 700 Absolventen aus 23 Ländern hervorgebracht, von denen viele inzwischen Führungspositionen in Zentralbanken, Ministerien und anderen staatlichen Stellen bekleiden. Seit 2018 bietet das Büro einen zweiwöchigen Fortbildungslehrgang für Absolventen an, um ihre Kenntnisse auf den neuesten Stand zu bringen. Diese Lehrgänge fördern ihr berufliches Weiterkommen und leisten einen positiven Beitrag zur Politikgestaltung in ihren eigenen Ländern. Ein weiterer Aufgabenbereich des Büros ist die Zusammenarbeit mit internen und externen Partnern bei der Ausrichtung des Japan-IMF Macroeconomic Seminar for Asia, eines Führungskräfte-seminars für Beamte aus ganz Asien, und anderen kapazitätsbildenden Seminaren auf regionaler Ebene. Das OAP veranstaltete im GJ 2019 drei solcher regionalen Seminare: in Samoa zum Thema finanzielle Inklusion, in Vietnam zum Thema Governance und Finanzierungsoptionen im Infrastrukturbereich und in Kambodscha zur Finanzstabilität.

Das Regionalbüro fördert die Informationsarbeit und externe Kommunikationsaktivitäten in Japan und ganz Asien, um die Außendarstellung des IWF zu verbessern und das Verständnis für seine Arbeit und seine politischen Empfehlungen in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Im Geschäftsjahr organisierte das OAP vor dem Hintergrund der Handelsspannungen zwischen den USA und China eine hochkarätige politische Konferenz zu handelspezifischen Themen und veranstaltete zehn öffentliche Seminare zu Wirtschaftsfragen, die sich mit dem Weltwirtschaftsausblick und anderen zentralen Themenkomplexen befassten. Um junge Menschen zu erreichen, bot das OAP 2017 erstmals eine Reihe volkswirtschaftlicher Schulungen für Hochschulstudenten in Japan an. Im GJ 2019 wurden vier dieser Schulungen in Tokio und anderen Städten durchgeführt.

Das Büro unterhält zwei Websites (OAP und JISPA), die seine Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Sie dienen als Forum, um Informationen auszutauschen, zu den Feeds des IWF in japanischer und englischer Sprache beizutragen und mit Medien, Unternehmen und Denkfabriken in Japan und anderen asiatischen Ländern in Kontakt zu treten.

Das Europabüro des IWF (IMF Europe Office) mit Zweigstellen in Paris und Brüssel fungiert als Verbindungsglied zu den Institutionen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten sowie zu vielen internationalen Organisationen und zur Zivilgesellschaft in Europa. Institutionen wie die Europäische Kommission, die EZB, der Europäische Stabilitätsmechanismus und das Europaparlament sowie der Wirtschafts- und Finanzausschuss und die Eurogroup Working Group erörtern gemeinsam mit dem Europabüro politische Fragen über den Euroraum und die EU sowie Länderprogramme, die gemeinsam von der Europäischen Union und dem IWF finanziert werden.

Das Europabüro vertritt zudem den IWF bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es unterstützt auch die Tätigkeit des IWF in Europa, etwa bei wirtschaftlicher Überwachung, IWF-gestützten Programmen und technischer Hilfe, und hilft bei der Koordination der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit in der Region. Im Allgemeinen fördert es den Dialog über globale Wirtschaftsfragen mit Institutionen der EU, internationalen Organisationen, Regierungen und der Zivilgesellschaft in Europa. Es kommt häufig mit Vertretern von Industrieverbänden, Gewerkschaften, Denkfabriken, der Finanzmärkte und Medien zusammen.

Das Büro organisiert gemeinsam mit Partnern mehrere Workshops und Veranstaltungen und lädt zu hochkarätigen politischen Mittagessen und Medienbriefings in europäischen Hauptstädten ein, bei denen die Ansichten des IWF zu den großen Herausforderungen für die Region erörtert werden. Das Büro veröffentlicht einen Newsletter und unterhält eine externe Website und einen aktiven Feed auf Twitter (@IMF_inEU). Schließlich unterstützt das Büro auch die Anwerbung potenzieller Mitarbeiter, indem es an Universitäten in verschiedenen europäischen Ländern Bewerbungsgespräche mit Kandidaten führt.

Öffentlichkeitsarbeit durch Vertreter vor Ort

In 77 Ländern weltweit entsendet der IWF sogenannte Resident Representatives (Vertreter vor Ort), die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit leisten. Ziel ist es, oftmals in Zusammenarbeit mit den ansässigen Universitäten, Regierungsbehörden und Nichtregierungsorganisationen, das Verständnis über die Arbeit des IWF und makroökonomische Fragestellungen zu vertiefen. Einige Beispiele aus verschiedenen Regionen:

Im März 2019 hielten der Direktor des Europabüros des IWF und der Senior Resident Representative in der Europäischen Union Jeffrey Franks an der Hochschule von St. Gallen, Schweiz, TEDx-Vorträge zum Thema „Acting Globally in an Interconnected World“ (Globales Handeln in einer vernetzten Welt). Bei der diesjährigen Veranstaltung sollten die Referenten, die aus allen Gesellschaftsschichten kamen, eine „Notiz an sich selbst“ schreiben. Die Kernbotschaft von Jeffrey Franks lautete: „Handelt global im Einsatz für eine bessere Welt. Seid die Generation, die die internationale Zusammenarbeit erneuert, um unsere gemeinsamen Probleme zu lösen.“

Der Vor-Ort-Vertreter in der Ukraine Gösta Ljungman organisierte Veranstaltungen in Ternopil, Winnyzja und Kiew, bei denen er vor Hochschulstudenten und Wirtschaftsjournalisten die Arbeit des IWF und seine Tätigkeit in der Ukraine erläuterte. Außerdem stellte er vor Wissenschaftlern und Medienvertretern in Kiew den *Regional Economic Outlook* vor.

Im Jemen sprach der Vor-Ort-Vertreter Kareem Ismail mit Gebern über den Kapazitätsentwicklungsbedarf der Regierung, die Durchführung technischer Hilfe sowie darüber, wie eine weitere Verschlechterung der humanitären Bedingungen durch eine bessere makroökonomische Politik und Steuerung abgewendet werden kann. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Integrität und Wirksamkeit öffentlicher Institutionen und die Wiederaufnahme der öffentlichen Dienstleistungen im Jemen. Im Rahmen dieser Bemühungen stellte Ismail – auf einer Tagung der Geber im Januar 2019, die von der Beratungsgruppe der Quad-Nationen (Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten) ausgerichtet wurde – die Ergebnisse der IWF-Mission zur Ermittlung des Kapazitätsentwicklungsbedarfs im Zentralbankensystem sowie die Schlussfolgerungen des IWF-Stabs aus dem Besuch im Dezember 2018 vor.

Seit ihrer Ankunft im März 2018 hat die Vor-Ort-Vertreterin des IWF in Pakistan Teresa Daban Sanchez intensive Öffentlichkeitsarbeit geleistet, um die Beziehungen zwischen dem IWF und der pakistanischen Gesellschaft nach der Aufhebung der fünfjährigen Aussetzung der Mission zu verbessern. Diese Bemühungen wurden nach den Wahlen im Juli 2018 weiter verstärkt und trugen maßgeblich dazu bei, dass die neuen pakistanischen

Behörden Ende 2018 ein IWF-Programm beantragen konnten. Sanchez gelangt es auch, die neue Regierung wieder für technische Hilfsmissionen zu interessieren und der Öffentlichkeit den Nutzen einer Zusammenarbeit mit dem IWF zu vermitteln.

Wie in den Vorjahren betrieb der IWF im GJ 2019 eine umfangreiche Informationsarbeit in Jamaika. Diese umfasste: a) einen Vortrag des Vor-Ort-Vertreters Constant Lonkeng Ngouan vor High-School-Studenten aus dem ganzen Land über die Rolle des IWF und seine enge Partnerschaft mit Jamaika; b) die Aufklärung eines breiten Querschnitts von Stakeholdern über die Notwendigkeit eines Kurswechsels der Zentralbank weg von der Wechselkurskontrolle hin zu Inflationssteuerung; c) eine Reihe von Mittagessen zwischen dem IWF-Missionsteam und Mitgliedern des Economic Program Oversight Committee, um auszuloten, wie die Privatwirtschaft eine führende Rolle bei der Identifizierung von Investitionsmöglichkeiten übernehmen kann, sobald sich eine nachhaltigere gesamtwirtschaftliche Stabilität abzeichnet; und d) Information der breiteren Öffentlichkeit über die Beziehung zwischen Jamaika und dem IWF, wenn das vorsorgliche Stand-By Arrangement (dem die Extended Fund Facility vorausging) Ende 2019 ausläuft.

Auf Einladung der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Rafael Landívar University stellte der regionale Vor-Ort-Vertreter in Guatemala Gerardo Peraza den *Regional Economic Outlook* der Abteilung Westliche Hemisphäre vor. Im Juni 2018 war Peraza Ehrengast bei dem von dem Banco de Guatemala veranstalteten „XXVII Ciclo de Jornadas Económicas“ und fasste zum Abschluss der Tagung die wichtigsten Ergebnisse zusammen. Als eine Hauptreferentin sprach dort Era Dabla-Norris aus der Abteilung Fiskalpolitik.

Die Vor-Ort-Vertreter in Afrika erschließen neue Zielgruppen, unter anderem durch den Einsatz digitaler Medien. Der Vor-Ort-Vertreter in der Elfenbeinküste Jose Gijon unterstützte Mitarbeiter der Abteilung Kommunikation bei der Durchführung eines Seminars für 20 Journalisten aus Ländern der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion und eines Vortrags zur Rolle des IWF in der Region. Der Vor-Ort-Vertreter in Guinea Jose Sulemane veranstaltete vier Schulungen für Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft über die Verwaltung der öffentlichen Finanzen und Haushaltsfragen. Der Vor-Ort-Vertreter in Malawi Jack Ree ist auf LinkedIn aktiv und veröffentlicht dort kurze Analysen zu ausgewählten makroökonomischen Themen.

Weiterführende Literatur

TEIL 1 – ÜBERSICHT

EINLEITUNG

Die zentralen Aufgaben des IWF

International Monetary Fund: www.imf.org/external/index.htm

SCHLAGLICHTER

1. Für den Handel eintreten

Oktober 2018 *World Economic Outlook: Challenges to Steady Growth*: <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2018/09/24/world-economic-outlook-october-2018>

April 2019 *World Economic Outlook: Growth Slowdown, Precarious Recovery*: <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2019/03/28/world-economic-outlook-april-2019>

Bericht über den Außenwirtschaftssektor 2018: Tackling Global Imbalances amid Rising Trade Tensions: <https://www.imf.org/en/Publications/ESR/Issues/2018/07/19/2018-external-sector-report>

Policy Papers – Reinventing Trade and Inclusive Growth: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/09/28/093018-reinventing-trade-and-inclusive-growth>

Policy Papers – Economic Integration in the Maghreb: An Untapped Source of Growth: <https://www.imf.org/en/Publications/Departmental-Papers-Policy-Papers/Issues/2019/02/08/Economic-Integration-in-the-Maghreb-An-Untapped-Source-of-Growth-46273>

2. Die Finanzstabilitätsanalyse vertiefen

April 2019 *Global Financial Stability Report: Vulnerabilities in a Maturing Credit Cycle*: <https://www.imf.org/en/Publications/GFSR/Issues/2019/03/27/Global-Financial-Stability-Report-April-2019>

Oktober 2018 *Global Financial Stability Report: A Decade after the Global Financial Crisis: Are We Safer?*: <https://www.imf.org/en/Publications/GFSR/Issues/2018/09/25/Global-Financial-Stability-Report-October-2018>

3. Die Verschuldung angehen

Policy Papers – Assessing Fiscal Space: An Update and Stocktaking: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/06/15/pp041118assessing-fiscal-space>

4. Digitale Dividenden einfahren

Departmental Papers – FinTech in Sub-Saharan African Countries: A Game Changer?: <https://www.imf.org/en/Publications/Departmental-Papers-Policy-Papers/Issues/2019/02/13/FinTech-in-Sub-Saharan-African-Countries-A-Game-Changer-46376>

Staff Discussion Notes – Casting Light on Central Bank Digital Currencies: <https://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2018/11/13/Casting-Light-on-Central-Bank-Digital-Currencies-46233>

Treatment of Crypto Assets in Macroeconomic Statistics: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/bop/2019/pdf/Clarification0422.pdf>

Policy Papers – The Bali Fintech Agenda: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/10/11/pp101118-bali-fintech-agenda>

Staff Discussion Notes – Gender, Technology, and the Future of Work: <https://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2018/10/09/Gender-Technology-and-the-Future-of-Work-46236>

Working Papers – Technology and the Future of Work: <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2018/09/28/Technology-and-the-Future-of-Work-46203>

Gemeinsame Verantwortung, geteilter Lohn: die Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2019/04/11/managing-director-global-policy-agenda-spring-2019>

IMF Blog – Chart of the Week: Invest in Robots and People in Asia: <https://blogs.imf.org/2018/08/29/chart-of-the-week-invest-in-robots-and-people-in-asia/>

5. Globale Chancen fördern

Staff Discussion Notes – Work in Progress: Improving Youth Labor Market Outcomes in Emerging Market and Developing Economies: <https://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2019/01/18/Work-In-Progress-Improving-Youth-Labor-Market-Outcomes-in-Emerging-Market-and-Developing-45130>

April 2019 *Fiscal Monitor: Curbing Corruption*: <https://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2019/03/18/fiscal-monitor-april-2019>

Policy Papers – How to Operationalize Inequality Issues in Country Work: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/06/13/pp060118howto-note-on-inequality>

Policy Papers – How to Operationalize Gender Issues in Country Work: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/06/13/pp060118howto-note-on-gender>

Staff Discussion Notes – Fiscal Policy and Development: Human, Social, and Physical Investments for the SDGs: <https://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2019/01/18/Fiscal-Policy-and-Development-Human-Social-and-Physical-Investments-for-the-SDGs-46444>

Staff Discussion Notes – Women in Finance: A Case for Closing Gaps: <https://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2018/09/17/women-in-finance-a-case-for-closing-gaps-45136>

HÖHEPUNKTE AUS DEN REGIONEN

Rede – „Steer, Don't Drift*: Managing Rising Risks to Keep the Global Economy on Course: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/09/27/sp100118-steer-dont-drift>

Buch – *Realizing Indonesia's Economic Potential*: <https://www.elibrary.imf.org/idnbook>

Buch – *The ASEAN Way: Sustaining Growth and Stability*: <https://www.elibrary.imf.org/aseanbook>

Konferenz – Opening Up and Competitive Neutrality: The International Experience and Insights for China: <https://www.imf.org/en/News/Seminars/Conferences/2019/04/19/7th-pbc-imf>

Departmental Papers – The Future of Work in Sub-Saharan Africa: <https://www.imf.org/en/Publications/Departmental-Papers-Policy-Papers/Issues/2018/12/14/The-Future-of-Work-in-Sub-Saharan-Africa-46333>

Country Reports – Central African Economic and Monetary Community: Common Policies of Member Countries, and Common Policies in Support of Member Countries Reform Programs: <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2019/01/03/Central-African-Economic-and-Monetary-Community-CEMAC-Common-Policies-of-Member-Countries-46501>

Pressemitteilung – IMF Executive Board Approves US\$3.7 Billion Extended Arrangement Under the Extended Fund Facility for Angola: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/12/07/pr18463imf-executive-board-approves-extended-arrangement-under-the-extended-fund-facility-for-angola>

Länderberichte – Rwanda: Tenth Review Under the Policy Support Instrument <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2018/11/30/Rwanda-Tenth-Review-Under-the-Policy-Support-Instrument-Press-Release-Staff-Report-and-46407>

Länderberichte – Euro Area Policies: Selected Issues: <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2018/07/18/Euro-Area-Policies-Selected-Issues-46097>

Working Papers – Global Value Chains: What are the Benefits and Why Do Countries Participate?: <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2019/01/18/Global-Value-Chains-What-are-the-Benefits-and-Why-Do-Countries-Participate-46505>

Konferenz – Opportunity for All: Promoting Growth, Jobs, and Inclusiveness in the Arab World: <https://www.imf.org/en/News/Seminars/Conferences/2017/08/08/morocco-opportunities-for-all>

Departmental Papers – Opportunity for All: Promoting Growth and Inclusiveness in the Middle East and North Africa: <https://www.imf.org/en/Publications/Departmental-Papers-Policy-Papers/Issues/2018/07/10/Opportunity-for-All-Promoting-Growth-and-Inclusiveness-in-the-Middle-East-and-North-Africa-45981>

Departmental Papers – Financial Inclusion of Small and Medium-Sized Enterprises in the Middle East and Central Asia: <https://www.imf.org/en/Publications/Departmental-Papers-Policy-Papers/Issues/2019/02/11/Financial-Inclusion-of-Small-and-Medium-Sized-Enterprises-in-the-Middle-East-and-Central-Asia-46335>

Pressemitteilung – World Bank Group and IMF to Hold 2021 Annual Meetings in Marrakech, Morocco: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/04/25/pr18147-world-bank-group-and-imf-to-hold-2021-annual-meetings-in-marrakech-morocco>

Pressemitteilung: IMF Executive Board Approves US\$4.2 Billion Extended Fund Facility for Ecuador: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2019/03/11/ecuador-pr1972-imf-executive-board-approves-eff-for-ecuador>

Buch – *Brazil: Boom, Bust, and Road to Recovery*: [r.imfeli/24306](https://www.imf.org/en/Books/2018/04/19/brazil-boom-bust-and-road-to-recovery)

Konferenz – High-Level Conference on Building Resilience to Disasters and Climate Change in the Caribbean: <http://www.worldbank.org/en/events/2018/11/09/high-level-conference-on-building-resilience-to-disasters-and-climate-change-in-the-caribbean>

TEIL 2 – DIE ARBEIT DES IWF

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ÜBERWACHUNG

Policy Papers – Review of the Fund's Strategy on Anti-Money Laundering and Combating the Financing of Terrorism: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2019/02/04/pp101718-2018-review-of-the-funds-aml-strategy>

Pressemitteilung – IMF Executive Board Adopts Decisions to Formally Recognize the Core Principles for Islamic Finance Regulation (CPIFR) for Banking: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/05/24/pr18193imf-adopts-decisions-to-the-cpifr-for-banking>

Policy Papers – Fiscal Transparency Initiative: Integration of Natural Resource Management Issues: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2019/01/29/pp122818fiscal-transparency-initiative-integration-of-natural-resource-management-issues>

Pressemitteilung – IMF Board Takes Stock of Work on Fiscal Space: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/06/26/pr18260imf-board-takes-stock-of-work-on-fiscal-space>

Policy Papers – Public Investment Management Assessment—Review and Update: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/05/10/pp042518public-investment-management-assessment-review-and-update>

Pressemitteilung – IMF Managing Director Christine Lagarde Names External Advisory Groups for the 2020 Comprehensive Surveillance Review: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/10/30/pr18399-christine-lagarde-names-external-advisory-groups-for-2020-comprehensive-surveillance-review>

Policy Papers – Guidance Note for the Use of Third-Party Indicators in Fund Reports: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/09/13/pp071718guidance-note-for-the-use-of-third-party-indicators-in-fund-reports>

Policy Papers – „Overarching Strategy on Data and Statistics at the Fund in the Digital Age“: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2018/03/20/pp020918imf-executive-board-supports-new-strategy-for-data-and-statistics-in-the-digital-age> <https://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2018/03/20/pp020918imf-executive-board-supports-new-strategy-for-data-and-statistics-in-the-digital-age>

National Summary Data Pages: <https://dsbb.imf.org/nsdp>

Pressemitteilung – FSB and IMF publish the 2018 Progress Report on G20 Data Gaps Initiative: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/09/25/pr18358-fsb-and-imf-publish-the-2018-progress-report-on-g20-data-gaps-initiative>

Pressemitteilung – IMF Releases the 2018 Financial Access Survey: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/09/28/pr18366-imf-releases-the-2018-financial-access-survey>

KREDITVERGABE

Policy Papers – 2018 Review of Facilities for Low-Income Countries: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/08/01/pp080118-2018-review-of-facilities-for-low-income-countries>

Pressemitteilung – IMF Executive Board Completes Second Review under the Policy Coordination Instrument for Seychelles: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/12/07/pr18462-seychelles-imf-executive-board-completes-second-review-under-pci>

Pressemitteilung – IMF Executive Board Approves 30-Month Policy Coordination Instrument for Serbia: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/07/18/pr18299-serbia-imf-executive-board-approves-30-month-policy-coordination-instrument>

Pressemitteilung – Albania: IMF Executive Board Concludes First Post-Program Monitoring: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/05/21/pr18188-albania-imf-executive-board-concludes-first-post-program-monitoring>

Pressemitteilung – IMF Executive Board Concludes First Post-Program Monitoring Discussions with Greece: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2019/03/08/pr1974-greece-imf-executive-board-concludes-first-post-program-monitoring-discussions>

KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

Factsheet – Regional Capacity Development Centers: <https://www.imf.org/en/About/Factsheets/Sheets/2017/06/14/imf-regional-capacity-development-initiatives>

Rede – Stress-Testing for the Transition to a Low-Carbon Economy: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2019/04/10/sp04102019-stress-testing-for-the-transition-to-a-low-carbon-economy>

Policy Papers – 2018 Review of the Fund's Capacity Development Strategy: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2018/11/20/2018-review-of-the-funds-capacity-development-strategy>

Factsheet – How Does the IMF Encourage Greater Fiscal Transparency? <https://www.imf.org/en/About/Factsheets/Sheets/2016/07/27/15/46/Encouraging-Greater-Fiscal-Transparency>

The IMF 2019 Financial Soundness Indicators Compilation Guide: <https://www.imf.org/en/Data/Statistics/FSI-guide>

Policy Papers – Corporate Taxation in the Global Economy: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2019/03/08/Corporate-Taxation-in-the-Global-Economy-46650>

Video – Pacific Islands Technical Assistance Center 25th Anniversary: <https://www.imf.org/external/mmedia/view.aspx?vid=5982227772001>

Revenue Mobilization Thematic Fund: <https://www.imf.org/external/np/ins/english/rmtf.htm>

TADAT-Tax Administration Diagnostic Assessment Tool: www.tadat.org/home

Managing Natural Resource Wealth Thematic Fund: <https://www.imf.org/en/Capacity%20Development/trust-fund/MNRW-TTF>

Anti-Money Laundering/Combating the Financing of Terrorism (AML/CFT): <https://www.imf.org/external/np/leg/amlcft/eng/>

Debt Management Facility: <http://www.worldbank.org/en/topic/debt/brief/debt-management-facility>

Data for Decisions (D4D) Fund: <https://www.imf.org/en/Capacity-Development/d4d-fund>

TEIL 3 – ÜBER DEN IWF

Pressemitteilung – International Monetary Fund Appoints Edward C. Anderson as Chief Information Officer: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/04/25/pr18148-international-monetary-fund-appoints-edward-c-anderson-as-chief-information-officer>

Pressemitteilung – Christine Lagarde Appoints Gita Gopinath as IMF Chief Economist: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/10/01/pr18386-christine-lagarde-appoints-gita-gopinath-as-imf-chief-economist>

Pressemitteilung – IMF General Counsel Sean Hagan to Retire: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/06/18/pr18242-imf-general-counsel-sean-hagan-to-retire>

Pressemitteilung – IMF Chief Economist Maurice Obstfeld to Retire: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/07/25/pr18307-imf-chief-economist-maurice-obstfeld-to-retire>

Pressemitteilung – IMF Managing Director Christine Lagarde Appoints Rhoda Weeks-Brown as General Counsel of the IMF and Director of the Legal Department: <https://www.imf.org/en/News/Articles/2018/07/30/pr18321-imf-lagarde-appoints-rhoda-weeks-brown-as-general-counsel-of-the-imf>

Unabhängiges Evaluierungsbüro: <https://ieo.imf.org/>

Akronyme und Abkürzungen

AML/CFT	Anti-money laundering and combating the financing of terrorism (Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung)	GRA	General Resources Account (Konto für allgemeine Ressourcen)
BIP	Bruttoinlandsprodukt	HIPC	Heavily Indebted Poor Country (Hochverschuldetes armes Land)
CCRT	Catastrophe Containment and Relief Trust (Treuhandsfonds für Katastropheneindämmung und Katastrophenhilfe)	IEO	Independent Evaluation Office (Unabhängiges Evaluierungsbüro)
CEMAC	Central African Economic and Monetary Community (Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft)	IFRS	International Financial Reporting Standards
D4D	Data for Decisions (Daten für Entscheidungen)	IMFC	International Monetary and Financial Committee (Internationaler Währungs- und Finanzausschuss)
EAC	External Audit Committee (Externer Rechnungsprüfungsausschuss)	LIDC	Low-Income Developing Country (Einkommensschwaches Entwicklungsland)
ECCU	Eastern Caribbean Currency Union (Ostkaribische Währungsunion)	OIA	Office of Internal Audit (Büro für interne Revision)
ECF	Extended Credit Facility (Erweiterte Kreditfazilität)	PLL	Precautionary and Liquidity Line (Vorsorgliche und Liquiditätslinie)
EFF	Extended Fund Facility (Erweiterte Fondsfazilität)	PRGT	Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandsfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum)
e-GDDS	Enhanced General Data Dissemination System (Erweitertes allgemeines Datenweitergabesystem)	PRS	Poverty Reduction Strategy (Strategie zur Armutsbekämpfung)
EWE	Early Warning Exercise (Frühwarnübung)	RCF	Rapid Credit Facility (Schnellkreditfazilität)
FAS	Financial Access Survey (Erhebung zum Finanzzugang)	RFI	Rapid Financing Instrument (Schnellfinanzierungsinstrument)
FCL	Flexible Credit Line (Flexible Kreditlinie)	SBA	Stand-By Arrangement (Bereitschaftskreditvereinbarung)
FSAP	Financial Sector Assessment Program (Programm zur Bewertung des Finanzsektors)	SCF	Stand-By Credit Facility
FSSR	Financial Sector Stability Review	SZR	Sonderziehungsrecht
GJ	Geschäftsjahr	WAEMU	West African Economic and Monetary Union (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion)
G20	Gruppe der Zwanzig	WEO	<i>World Economic Outlook</i>
GFSR	Global Financial Stability Report	WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

Begleitschreiben an den Gouverneursrat

1. August 2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII, Abschnitt 7, Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Paragraph 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2019 abgelaufene Geschäftsjahr zu übergeben. Laut Paragraph 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF für das Geschäftsjahr mit Ende zum 30. April 2020 in Teil 3 vorgelegt. Die geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung und der vom IWF verwalteten Konten für das am 30. April 2019 abgelaufene Geschäftsjahr werden gemeinsam mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Anhang VI vorgestellt und können eingesehen werden unter www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2019/eng. Die externe Rechnungsprüfung und die Rechnungslegungsprozesse wurden nach Maßgabe von Paragraph 20 Buchstabe c der IWF-Satzung durch den externen Rechnungsprüfungsausschuss geprüft, dem derzeit Frau David (Vorsitz), Frau Cearns und Frau Lopez angehören.

Hochachtungsvoll



David Lipton

Amtierender Geschäftsführender Direktor und Vorsitzender des Exekutivdirektoriums



Über den nachfolgenden Link bzw. durch Scannen des QR-Codes können dieser Bericht und der in Anhang VI enthaltene Jahresabschluss GRATIS heruntergeladen werden. Auf den Webseiten zum *Jahresbericht* des IWF findet sich eine Fülle von Informationen.

www.imf.org/AR2019

Dieser *Jahresbericht* wurde vom Referat für Redaktion und Publikationen in der Abteilung Kommunikation des IWF in Zusammenarbeit mit einer fondsübergreifenden Arbeitsgruppe erstellt. Die Arbeit des für den Jahresbericht zuständigen Teams unter der Leitung des Evaluierungsausschusses des Exekutivdirektoriums (Vorsitz: Jin Zhongxia) wurde von Christoph Rosenberg und Jeffrey Hayden betreut. Die Schriftleitung lag bei Nagwa Riad, das Projektmanagement bei Wala'a El Barasse. Mit der Produktionsleitung war Denise Bergeron betraut. Crystal Herrmann leistete Unterstützung bei der digitalen Gestaltung. Für die Verwaltungsassistenz war Hyoun Woo Park verantwortlich.

Für die deutsche Fassung war das folgende Team zuständig: Britta Boes, Irene Popenberger (Übersetzung), Sandra Janisch (Terminologie, Revision und Korrektur), Brian De Nicola (Herstellung), Fernando Sole (Satz).

Gestaltung: Beth Singer Design LLC www.bethsingerdesign.com

Web-Design: Feisty Brown www.feistybrown.com

Illustrationen: Roy Scott www.royscott.com

Bildnachweis: **Seite 1:** © IWF **Seite 7:** © Alamy. **Seite 9:** © iStock. **Seite 13:** © Alamy. **Seite 15:** © iStock. **Seite 18:** © IWF (oben rechts), Stephen Jaffe/© IWF (unten rechts). **Seite 20:** Stephen Jaffe/© IWF (unten links), © Newscom (oben rechts). **Seite 21:** © Alamy (oben links), © Alamy (oben rechts), © IWF (2. Reihe rechts), © IWF (unten links). **Seite 22:** © Alamy (unten links), Stephen Jaffe/© IWF (unten rechts). **Seite 23:** © Alamy. **Seite 24:** © Alamy (oben links), © Alamy (unten links), © AGEfotostock (oben rechts). **Seite 26:** © iStock (unten links), © IWF (oben rechts). **Seite 27:** © Alamy. **Seite 28:** Stephen Jaffe/© IWF (oben links), © IWF (unten links), © iStock (unten rechts). **Seite 33:** © Alamy (oben links), © Alamy (unten rechts). **Seite 34:** © Alamy. **Seite 36:** © Alamy. **Seite 37:** Stephen Jaffe/© IWF. **Seite 39:** © Alamy. (unten links), © Alamy (oben rechts). **Seite 40:** © Alamy. **Seite 41:** © Alamy. **Seite 45:** © Alamy. **Seite 51:** © Alamy. **Seite 52:** © Alamy. **Seite 56:** © iStock. **Seite 57:** © Alamy. **Seite 58:** Stephen Jaffe/© IWF. **Seite 60:** © Alamy. **Seite 61:** © Alamy. **Seite 63:** © Alamy (oben links), Stephen Jaffe/© IWF (unten rechts). **Seite 64:** © iStock. **Seite 70:** © Alamy. **Seiten 74–75:** © IWF. **Seite 76:** © IWF. **Seite 78:** © IWF (1. Reihe), © IWF (2. Reihe), Stephen Jaffe/© IWF (3. Reihe), © IWF (4. Reihe), © IWF (5. Reihe). **Seite 79:** © IWF. **Seite 82:** © IWF (1. Reihe links), © IWF (1. Reihe rechts), Stephen Jaffe/© IWF (2. Reihe links), © IWF (2. Reihe rechts), Stephen Jaffe/© IWF (3. Reihe links), © IWF (3. Reihe rechts). **Seite 86:** © IWF (links), © IWF (rechts).

„Die
Politik muss
Bedingungen schaffen,
unter denen die
**Menschen erfolgreich
sein können ...**,
um das **Vertrauen**
wiederherzustellen,
Korruption zu bekämpfen
und langfristiges,
**inklusives Wachstum
anzukurbeln.“**

David Lipton

Amtierender Geschäftsführender Direktor des IWF



Internationaler Währungsfonds
700 19th Street NW
Washington, DC 20431 USA

www.imf.org

